Wildcat 55
Mai/Juni 91
4 Mark

Wildcat

Gentechnik

Hunger

Knast

Drogen

Réunion

Türkei

Krieg:
Berichte
aus den
Betrieben

Light my fire

Plünderungen in Port of Spain, August 1990

Wildkatzen lassen sich nicht zähmen!

wildcats nennen deshalb die nordamerikanischen ArbeiterInnen ihre Kämpfe, die sie außerhalb der Institutionen (Gewerkschaftsapparate, Arbeitsrecht usw.) führen.

Wildkatzen arbeiten nicht!

wildcat beinhaltet immer auch den Kampf gegen die Arbeit und nicht nur für ein paar Pfennige mehr.

Wildkatzen sind frei!

wildcat bedeutet, daß die Arbeiterklasse, um sich von Ausbeutung und Unterdrükung zu befreien, die ganze bestehende Gesellschaft zerschlagen muß und wird.

wildcat will die Revolution!

Die Zeitschrift wildcat berichtet über Klassenkämpfe in allen Teilen der Welt. Es geht uns um die Erfahrungen und Diskussionen der ArbeiterInnen selbst. Wir versuchen, uns an den täglichen Kämpfen in Fabriken, Klitschen und Büros, Krankenhäusern oder im Stadtteil zu beteiligen, sie zu unterstützen und voranzutreiben.

wildcat ist keine Partei. Wir sind eine Gruppe von Leuten aus verschiedenen Städten der BRD und Westberlin. Für den revolutionären Klassenkampf können wir auf keine fertigen Organisationsmodelle zurückgreifen. Wir müssen in den Kämpfen selbst nach neuen Formen suchen, in denen wir uns wirksam organisieren können, um mit der Ausbeutung endgültig Schluß zu machen.

Jump, Cat, Jump!

Buchbestellungen, Abos usw.:

Sisina, Postfach 360527,
1 Berlin 36
Telefon 030-6121848
Überweist den entsprechenden Betrag an:
Sisina, Postgiroamt Berlin
Kto.-Nr: 31502-109
Einzelheft 4 Mark,
Abo 6 Hefte 20 Mark

Kontaktadressen

Sisina, Postfach 360527, 1 Berlin 36
Sisina, Postfach 301206, 5 Köln 30
Wildcat, Postfach 306325, 2 HH 36
Postlagerkarte 172649 E,78 Freiburg
Wildcat im Friedensbüro, M2,15b,
68 Mannheim

V.i.S.d.P. ist P.Müller

Eigentumsvorbehalt
Diese Zeitung ist Eigentum des Absenders bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. Eine "Zurhabenahme" ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehaltes.
Wird die Zeitung nicht oder nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile - und nur diese - an den Absender mit ausführlicher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken.

EDITORIAL

"Sich gegen Katastrophen wappnen"
(Motto der Weltgesundheitsorganisation zum diesjährigen Weltgesundheitstag)

Es tut sich was -
Aus allen Teilen der Welt prasseln Meldungen auf uns herab, die belegen, daß die Arbeiterklasse sich zurück gemeldet hat.
Ein vereinheitlichendes Moment in diesen Kämpfen ist im Moment weit und breit nicht zu erkennen. Außerhalb der Metropolen besinnen sich Teile der Klasse scheinbar auf die Macht, die sich aus den ökonomischen Verhältnissen ergibt. In Albanien legten Massenstreiks die Produktion lahm, in Peru streiken die GesundheitsarbeiterInnen seit Wochen -und das angesichts der Cholera. Die Ölarbeiter im Iran, die 1979 den Sturz des Schahs eingeleitet haben, waren (sind?) im Streik. Der Streik der sowjetischen Bergarbeiter weitet sich auf andere Industriebereiche aus, und war selbst mit einer Verdoppelung der Löhne nicht zu beenden.
Daraus läßt sich aber noch nicht ableiten, daß die "Haupttendenz der Welt die Revolution ist".
Die Auseinandersetzungen in den südlichen Republiken der Sowjetunion, in Jugoslawien, in Afrika deuten mehr auf Chaos hin. In den Metropolen bewegen sich die ArbeiterInnen derzeit nicht als ArbeiterInnen. Von den Hooligans in der Ex-DDR bis hin zu den Banden in den Gettos der USA haben die Kämpfe kein vorwärtsweisendes Moment. Vielleicht die Riots in Frankreich? Diese Bewegungen sind auch fürs Kapital nicht produktiv nutzbar. Kapital und Klasse blockieren sich gegenseitig!

"Wer mit Bananen handelt, wird Zitronen ernten!"
(Motto der WC 49, Februar 1990)

Diese Blockade versucht das Kapital in der Ex-DDR durch Inszenierung der Krise zu durchbrechen. Durch den Anstieg der Arbeitslosigkeit, Erhöhung der Mieten etc. soll der Arbeitszwang durchgesetzt werden. Da das nicht funktioniert, wird jetzt noch der Protest inszeniert. Aber auch das tut nicht. Die Beteiligung an den Montagsdemos nimmt wieder ab, nicht mal Kohl hat einen Hund hinter dem Ofen hervorgelockt.
Das Problem ist der Mangel an "produktiver" Kreativität, Verantwortungsbewußtsein und Eigeninitiative. Die Demos sollen helfen, diese gesellschaftlichen Energien freizusetzen. Die Menschen sollen "eigene" Forderungen entwickeln, deren Befriedigung fürs Kapital verwertbar ist. Bisher kommt nur das Unbehagen über die Situation herüber, ohne daß eine Verhandlungsmasse erkennbar wäre.
Das muß dem Kapital unheimlich sein, die Medien reden zwar viel von "brodeln", "gären", "Tanz auf dem Vulkan" etc., aber es handelt sich viel eher um einen Tanz vor einem Hochdruckkessel mit Siedeverzug - der Inhalt müßte schon lange kochen, die Temperatur steigt und steigt, aber es passiert nichts. Von außen sieht er immer gleich aus, bis er platzt.

DER KRIEG 2
Szenen aus der Wirklichkeit 7

KNAST
Brief eines Gefangenen 13
Thesenpapier zur Zwangsarbeit 14
Zur Rheinbach-Revolte 15

DROGEN
Sehnsucht 17
Interview zum Methadonprogramm 19

Kurdistan 20

Türkei 22

Réunion 23

GENTECHNIK 24
Genbaukasten 25
Genetik 26
Gengesellschaft 28

WELTERNÄHRUNG
Hunger 30
Indien 32

Neue Weltwirtschaftsordnung 35

Neue TheKla erscheint! 36
Zionismus 37

Filmbesprechung 40
Stumpfe Sense, Scharfer Stahl

In der BRD ist eine neue Situation entstanden: aus einem der stabilsten Metropolenstaaten ist durch den Anschluß der DDR ein Staat geworden, der in mehr als einem Viertel seiner Fläche als Staat nur noch eingeschränkt funktioniert, geschweige denn als Ausbeutungsmodell.
Das Modell Deutschland scheint zu Ende, wie es weitergeht ist offen - hier und weltweit!

Ludwigshafen, 10.4.91

Der Krieg

Strafaktion gegen die Arbeiterklasse im Nahen Osten
Drohung gegen das Weltproletariat

Aufatmen? Weil der Krieg begrenzt geblieben ist, weil er unseren Vorgarten nicht verwüstet hat, weil die ökologische Katastrophe uns kaum belästigt? Es ist den Herrschern der Welt gelungen, ihre Strafaktion in einer präzisen Weise durchzuführen, sie militärisch, regional und politisch sehr genau zu dosieren. Wahrlich kein Grund zur Beruhigung: Die Dosis besteht aus mehreren hunderttausend Toten, Millionen Flüchtlingen, geschlagenen Aufständen des Proletariats im Irak.

Saddam Hussein war nicht der Feind

"Eine Erhebung der irakischen Bevölkerung war vor der Kuwaitkrise denkbar; wenn überhaupt, dann lag sie zu diesem Zeitpunkt im Bereich des Möglichen. Das war auch einer der Gründe für die Kuwaitinvasion. Der Aufmarsch der ausländischen Truppen, die Drohungen gegen den Irak und der Angriff am 17.1. haben die Position von Saddam Hussein erheblich gestärkt. Die äußere Bedrohung drängt die inneren Widersprüche in den Hintergrund". Soweit ein irakischer Oppositioneller im Februar 91.

Von Marokko bis Pakistan hat die Arbeiterklasse in den 80er Jahren ihre Ansprüche nicht nur angemeldet, sondern vielfach in Form höheren Lebensstandards durchgesetzt; sie hat einen größeren Teil am sagenhaften Ölreichtum gefordert. Das geschah selten in spektakulären Kämpfen, die dann allerdings sehr beeindruckend waren.

Angefangen von der iranischen Revolution 1979, über die Hungerrevolten in den Magreb- Staaten (Marokko, Tunesien, Algerien) und Ägypten, über die Intifada und Streikwellen in Israel (Juni 90: Generalstreik mit 800.000 Teilnehmern) bis zu Massenstreiks im Irak und im Iran im Verlauf des ersten Halbjahres 90.

Alle Regimes standen unter dem Druck der Klasse. Die einheimische Arbeitskraft in den Scheichtümern arbeitete so gut wie gar nicht mehr. Auch die eingewanderten arabischen Arbeiter erwiesen sich bald als "faul und ineffizient". Seit Anfang der 80er wurden verstärkt Arbeitskräfte aus Asien angeworben, die zum Teil in dauernder Rotation gehalten werden mußten, um die Anpassung an die Verhältnisse zu verhindern. Dennoch wandelte sich die positive Leistungsbilanz der OPEC-Länder schon 1982 in ein Defizit. Libyen und die Scheichtümer konnten zwar nach wie vor Überschüsse im Staatshaushalt verbuchen, aber die bevölkerungsreichen Länder wie Nigeria, Venezuela, Algerien, der Iran wurden zu Schuldnerländer. Der Irak war Anfang 1990 so gut wie bankrott: erwarteten Ausgaben von 22 Milliarden $ standen Einnahmen von 13 Milliarden $ gegenüber. Selbst die "reichen" Ölländer wie Saudi Arabien gingen daran, die vielfältigen Subventionen des Lebensstandards der Bevölkerung abzubauen. Gleichzeitig fiel der Ölpreis: die OPEC war nicht mehr in der Lage, die Förderquoten zu senken. Dazu standen zuviele ihrer Mitglieder zu sehr unter dem Druck, den sozialen Frieden durch Zugeständnisse aufrechterhalten zu müssen. Diese Arbeiterklasse, die vor allem im Irak kurz davor stand, die Revolution zu wagen, war das eigentliche Ziel dieses Krieges.

Dieser Krieg war geplant und gewollt

Alles, was inzwischen über die diplomatische Vorgeschichte des Krieges bekannt ist, belegt, daß er von den USA mit langer Hand vorbereitet und geplant war. Dem bankrotten Regime im Irak, das am 6.Januar 1990 nur knapp einen Militärputsch überlebt hatte, si-

Flugblatt der Campaign Against Repression in Iran (CARI)
BM Cari, London, WC1N 3XX vom 11.2.91

Landesweiter Streik der iranischen Ölarbeiter

Der iranische Präsident ruft zum Frieden am Golf auf. Viele Iraner, besonders die iranischen Ölarbeiter, deren historischer Streik 1979 den Schah stürzte, glauben, Rafsandjani habe Angst, die Verlängerung des Krieges würde die Möglichkeit revolutionärer Erhebungen vergrößern. Die Herrschaft des "moderaten" islamischen Staates ist dann bedroht.

Während der Iran von der westlichen Militärallianz langsam als Partner bei der Neuordnung der Nachkriegsgolfregion akzeptiert wird, wachsen die Kämpfe im Land mit jedem Tag an. Nach einem langen und erfolgreichen Streik der Lehrer im Herbst, bedrohen die Ölarbeiter die islamische Führung mit einem koordinierten, landesweiten Streik. Das Folgende sind die ersten Informationen über den Streik, die von den Ölarbeitern aus dem Iran geschmuggelt wurden.

19. Januar 1991

Während dieser Bericht geschrieben wird, ist der Streik schon zwei Wochen alt. Er begann in der Ölraffinerie von Abadan, breitete sich nach Esfahan und von da aus auf die Raffinerien im ganzen Iran aus. In ihren Forderungen haben die Arbeiter folgende Gründe für ihren Streik aufgeführt:

* die schlechte rechtliche Absicherung der Arbeitsplätze und Löhne
* niedrige Löhne, besonders in Anbetracht der Inflationsrate
* Forderung nach Wohngeld und Wohnraum, und nach Neueinstufung bei den Lohngruppen

In Esfahan waren die Arbeiter zunächst drei Tage im Hungerstreik. Als das Management dem keine Beachtung schenkte, legten sie die Arbeit nieder.

Neueren Berichten zufolge begannen auch die Arbeiter der Ölraffinerie in Teheran mit einem Hungerstreik, der dann in einen Streik mündete. Während des Streiks kam ein Vertreter des Arbeitsministeriums in die Raffinerie und forderte die Arbeiter auf, wieder an die Arbeit zu gehen und einen Vertreter für Gespräche zu benennen. Die Arbeiter antworteten, sie hätten keine Vertreter und verlangten den Öl- oder Arbeitsminister zu sprechen. Als der Streik fortgesetzt wurde, kam ein Beamter der Geheimpolizei und teilte den Arbeitern mit, daß die Sicherheitskräfte jetzt die Kontrolle in der Raffinerie übernommen hätten. Falls die Arbeit nicht wieder aufgenommen würde, würden sich die Sicherheitskräfte der Arbeiter annehmen. Im Angesicht des Krieges sei es obligatorisch, die Regierung zu unterstützen.

Nach dem anfänglichen Erfolg des Streiks, erklärten sich die Arbeiter bereit, den Streik für zwei Wochen auszusetzen, um der Regierung Zeit zu geben, auf die Forderungen zu reagieren.

Obwohl die Regierung viele Forderungen der Arbeiter akzeptiert (besonders in der Zeit, in der die Öleinnahmen eine derart wichtige Rolle im politischen und wirtschaftlichen Leben des Landes spielen), deuten neue Nachrichten auf eine Fortsetzung des Streiks hin, da die Regierung nicht auf alle Forderungen reagiert hat.

gnalisierten die USA, daß es versuchen könnte, die Förderquotendisziplin zugunsten eines höheren Ölpreises auch mit militärischem Druck durchzusetzen. Das zielte gegen Kuwait, das im Februar '90 seine Fördermengen weit über seine OPEC- Quote erhöht hatte. (Der Ölpreis sank bis zu einem historischen Tiefstand am 27.7.90.) Diese scheinbar solidarische Haltung hielt die US- Regierung bis unmittelbar vor der Invasion Kuwaits bei. Im Verlauf des ersten Halbjahres hielt General Schwarzkopf eine Stabsübung mit dem Thema "Angriff des Iraks gegen Kuwait" ab. In den Monaten der Golfkrise gab es mannigfache diplomatische Versuche, den Krieg zu vermeiden. Ein Gipfeltreffen wurde von Jordanien kurz nach der Invasion angeregt und von Saudi Arabien nach einem Besuch des US-Außenministers abgesagt. Französische, iranische und sowjetische Vorschläge, denen der Irak schon zugestimmt hatte und die alle das angebliche Kriegsziel, die "Befreiung Kuwaits" beinhalteten, wurden von den USA abgelehnt. George Bush hatte am 8. November die Verdoppelung der Truppen befohlen - damit war der Weg in Richtung Krieg beschritten.

Im Grunde genommen waren wir alle davon überrascht. Wir dachten, daß es den USA auf die Dauerkrise ankam, als Vorwand für die Dauerstationierung ihrer Truppen. Es schien uns, als wäre die Vertreibung von mehr als einer Million Fremdarbeiter in der Vorkriegszeit schon der eigentliche Angriff auf die Lebensbedingungen des Proletariats gewesen. In diesem Punkt haben wir uns in zweierlei Hinsicht geirrt. Erstens wußten wir zu wenig über den Klassenkampf in der Region. Zweitens haben wir uns in der Frage verschätzt, für wie dramatisch die Planer des Kapitals die Situation hielten. Wir wußten nicht, daß es eine bevorstehende Revolution zu verhindern galt: die Revolution im zweitwichtigsten bevölkerungsreichen Land der Golfregion.

Ein Krieg der USA?

Inwieweit "innerimperialistische" Differenzen, also Spannungen zwischen den USA, der EG und Japan bei der Politik der US- Regierung eine Rolle gespielt haben oder von vornherein die bekannte Arbeitsteilung gelaufen ist, ist schwer abzuschätzen. Tatsache ist, daß - außer Großbritannien - die EG-Staaten anfangs zurückhaltend reagiert haben. Um dann umso energischer mitzutun. Soviel scheint aber klar: Zu einer Neuverteilung der Einflußsphären im Nahen Osten ist es nicht gekommen. Kuwait und Saudi Arabien waren vorher schon eng (politisch und ökonomisch) mit den USA liiert. Auch zwischen dem Iran und den USA gibt es alte Freundschaften. In den anderen arabischen Ländern könnte der Einfluß der EG, vor allem der sozialdemokratischen Variante der Außenpolitik, nun gerade zugenommen haben. Nach wie vor wird das alte Spiel "böser Imperialismus USA - guter Imperialismus SPD" gespielt werden können. Das einzige, was sich wirklich verschoben hat, sind einige Milliarden Dollar, für die die US-Army ans internationale Kapital vermietet worden ist. Für die deutsche Regierung ein willkommener Vorwand, eine gewaltige Umverteilungsaktion mittels Steuererhöhungen anzukündigen.

Exkurs: Krieg, Imperialismus, Nationalstaat.

Kriege sind für das Kapital immer der letzte Ausweg aus dem Klassenkampf gewesen. Die bürgerliche und "marxistische" Geschichtsschreibung verschleiert das und spricht von kapitalistischer und imperialistischer Konkurrenz. Und diese Abziehbilder von Geschichte sitzen so tief in aller Köpfen, daß die geschichtliche Wahrheit als absurd abgetan wird. Das betrifft vor allem die beiden Weltkriege. Sie sind im Geschichtsbewußtsein zu Naturkatastrophen geronnen, die noch im Nachhinein die wirklichen Ereignisse überschatten und unsichtbar machen. So bleiben dann nur die Schüsse von Sarajewo oder die Figur eines durchgeknallten Führers übrig, um sich aus der Begriffslosigkeit zu helfen. Dem ersten Weltkrieg gingen die heftigsten und revolutionärsten Drohungen des Proletariats voraus, die das 19. Jahrhundert überhaupt erlebt hat. Angefangen von den großen Streikwellen der 90er Jahre über die ersten Revolutionen 1905 bis zu einem neuen Streikzyklus 1913/14, der den mühsam entwickelten ersten Vermittlungsversuchen (Gewerkschaften, Sozialstaat etc.) schon wieder aus dem Ruder lief. Und trotz des Abschlachtens hunderttausender von Proletariern standen am Ende dieses Krieges wieder Revolutionen. Die Arbeiterklasse und die aufständischen Bauern waren nicht besiegt.

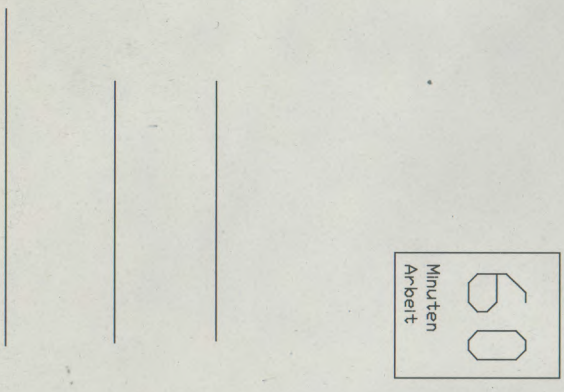
Vor dem zweiten Weltkrieg war es nicht anders: In den 30er Jahren ging es rund. Die größten Massenstreiks in den USA, in Frankreich - sogar unter dem nationalsozialistischem Regime in Deutschland wuchsen die Lohnforderungen und die Aufsässigkeit. In Spanien war Bürgerkrieg, der auch der Sowjetunion recht kam, weil sie einen Krieg brauchte, um den Widerstand gegen die Zwangsindustrialisierung des Landes zu brechen. Gleichzeitig mit den Streiks in den Industriezentren revoltierte die bäuerliche Bevölkerung im Baltikum - bis hin zum Aufstand von 1936 in Palästina. Die Hauptlast des Krieges wurde in Kontinentaleuropa zumindest zeitweise von den Partisanen, von Norwegen, über die französische Resistance bis zu den Partisanen in Griechenland getragen. Von den USA aus mußte die Situation sehr nach Revolution aussehen. Das war der eigentliche Grund für ihren direkten Aufmarsch in Europa.

Die bürgerliche Geschichtsschreibung greift zur Erklärung dieser Tatsachen auf den dümmlichen Pluralismus zurück: natürlich, für das staatliche Handeln gebe es sowohl außenpolitische wie innenpolitische Ursachen. Aber was ist Außenpolitik? Warum gibt es überhaupt Nationalstaaten? Von einem rein ökonomischen Standpunkt des Weltkapitals scheinen sie längst überholt. Aber die Ökonomie des Kapitals ist immer die des Klassenkampfs: Die mit dem Weltmarkt gegebene wirtschaftliche Einheit des Kapitals darf sich niemals in einer politischen Einheit der Arbeiterklasse widerspiegeln. Die Nationalstaaten taugen noch immer dazu, die Klasse nach irgendwelchen ethnischen, sprachlichen, kulturellen etc. Gesichtspunkten zu spalten, und eine klassenunspezifische Einheit als Volk und Staat herzustellen. Es gibt also keine eigenständigen "außenpolitischen" Gesichtspunkte des staatlichen Handelns, die nicht auf die politische Herrschaft des Kapitals zurückzuführen wären. Die innerkapitalistische Kon-

kurrenz ist letztlich der Kampf der Einzelkapitalisten darum, wie sich die Klasse am besten ausbeuten läßt. Ihnen ist klar, daß sich die Profitspannen nicht dadurch verändern lassen, daß sie den konkurrierenden Kapitalisten totschießen - was sie ja auch noch in keinem Krieg getan haben! - sondern nur dadurch, daß aus der lebendigen Arbeitskraft mehr Arbeit herausgeschunden wird. Imperialismus ist nicht, wie Lenins Epigonen vermutet haben, Ergebnis der Kapitalbewegungen. Es ist der Versuch, den Klassendruck der eigenen Arbeiterklasse auf die Arbeiterklasse anderer Nationalstaaten abzuwälzen - und dabei Entwicklung und Nichtentwicklung gegeneinander auszuspielen.

Der Krieg war eine Strafaktion gegen die Arbeiterklasse im Nahen Osten.

Nicht alle Bilder lügen auf die gleiche Weise.



Der präzise Krieg

Nicht alle Fernsehbilder lügen auf dieselbe Weise. Es war ein sehr präziser Krieg. Die Militärs bewiesen in mehrfacher Hinsicht, daß sie auf der Grundlage einer enormen zahlenmäßigen und technologischen Überlegenheit in der Lage waren, ihren politischen Plan durchzuführen. Einen Krieg gegen die wehrlose irakische Bevölkerung (genauer: gegen die irakische Arbeiterklasse) zu führen, ohne das Baath- Regime ernsthaft in Frage zu stellen. Und die militärisch- politischen Voraussetzungen zu schaffen, damit dieses den Bürgerkrieg gegen eine bewaffnete Bevölkerung erfolgreich weiterführen konnte.

"Die eineinhalb Jahre nach dem Waffenstillstand mit Iran waren auch für die Machthaber in Bagdad eine schwierige Zeit. Die Inflation ließ sich nicht in den Griff bekommen. Löhne und Gehälter blieben im Keller, Preise Steuern und Mieten kletterten in die Höhe. Die Menschen mußten über 12 Stunden am Tag arbeiten und mehrere Jobs ausüben, um ihr Existenzminimum zu bestreiten. Diese Zustände führten zu starken sozialen Spannungen. Erstmal seit Mitte der 70er Jahre wurde 1990 berichtet, daß ArbeiterInnen in 26 irakischen Firmen erfolgreich für Lohnerhöhungen, Arbeitszeitverkürzung und mehr Wohnungen gestreikt haben. Ausgerechnet die Zementfabrik in Sulaimaniya, in der am 5.10.1990 [während der Krise! A.d.V.] erfolgreich gestreikt wurde, stand auf der Abschußliste der US- Militärs und wurde bereits in den ersten drei Tagen des Luftangriffs bombardiert." (SOZ, 31.1.91)

Weitere Quellen für diese Streiks und ihren Umfang waren nicht zu finden. Aber sie könnten die Frage beantworten, warum bis Mitte Oktober alles darauf hindeutet, daß die USA keinen Krieg wollen und warum die US-Streitmacht Anfang November verdoppelt wurde — eine Entscheidung, nach der (von heute aus betrachtet) klar war, daß es einen Angriffskrieg geben würde. Es sieht so aus, als ob den US-Strategen im Laufe des Oktober klar wurde, daß sie den drohenden Aufstand des irakischen Proletariats nur durch Massaker, Einladung/Aufstachelung zum Aufstand und arbeitsteilige Niederschlagung desselben in den Griff kriegen konnten. Es war das Massaker als Strafaktion. Das wirkliche Ausmaß des Blutbades läßt sich nach wie vor nur erahnen. Täglich wurden Bomben mit einer Sprengkraft vergleichbar der beiden Atombomben des Zweiten Weltkriegs abgeworfen. Die Treffgenauigkeit dürfte aufgrund der schwachen oder fehlenden Luftabwehr ziemlich hoch gewesen sein. Die Zerstörung des Luftschutzbunkers in Bagdad mit über 400 Toten war ebenso beabsichtigt wie das Abschießen der jordanischen LKWs. Ebenso alle Treffer, die, umschrieben mit "Zerstörung der Infrastruktur", die Arbeiterklasse direkt zum Ziel hatten. Der Bodenkrieg endete ebenfalls mit einem Massaker an 80.000 (an Wievielen wirklich?) fliehenden Soldaten, die sich nicht mehr wehren konnten oder nicht mehr wehren wollten. Die Verluste der Alliierten waren gleich Null. 150 Tote: das ist die Zahl, die an Unfallfolgen bei einem Manöver dieser Größenordnung zu erwarten ist.

Der politische Krieg

Trotz langer Vorbereitung und großer militärischer Präzision scheint die Durchführung dieser Strafaktion nicht unbeeinflußt von den internationalen Protesten gewesen zu sein. Auf der einen Seite erwies sich die Antikriegsbewegung in den Metropolen als unerwartet schwach. Das betrifft gar nicht so sehr die Zahl der Teilnehmer an Aktionen der ersten Kriegstage. Die Bewegung war politisch schwach, was sich in der Nichtbeteiligung der Arbeiter einerseits und andererseits am schnellen Zusammenbruch unter dem ideologischen Trommelfeuer der Medien zeigte. Die politische Friedensbewegung setzt an der Angst der Menschen hier an, daß dieser Krieg auch sie betreffen könne. Und sie instrumentalisiert die moralische Empörung über den Krieg. "Mit dem Kriegsausbruch hat unser Leben seine Normalität verloren" (PDS), "wir sind entsetzt über das Massaker, das die Erde in ein globales Schlachthaus verwandelt" (Berliner Frauen aus Frauenprojekten). Vertuscht wird damit gerade der reale Angriff des Kapitals (auf den Lohn, Steuererhöhungen, Mietnotstand usw.). Diese Verbindung zu den alltäglichen Problemen und Kämpfen der Menschen wurde nicht hergestellt, und ihre legitime moralische Empörung ("gegen jeden Krieg") wurde in eine Betroffenheit umgelogen. Einem Teil der Antikriegsbewegung ging es nur darum, sich die Probleme vom Leib zu halten: die Welt sollte kein "Schlachthaus" werden - daher auch die Popularität der Parole "Embargo ja - Bomber nein". Sie mobilisierte sich also für etwas, das sowieso die Absicht des US-Regimes war: den Krieg begrenzt zu halten. "Als Krieg" hat uns der Golfkrieg nicht betroffen - und in dem Moment, wo das klar war, schrumpfte die Bewegung zusammen.

Anders die Reaktion in den islamischen Ländern. Auch wenn die Religion einen lockeren Bezug vermittelte - die Proteste waren Ausdruck sozialer Revolte. Die Bewegung, die vom Maghreb bis nach Indonesien mehrere Millionen umfaßte, überwand die Grenzen der Schia (Spaltung des Islam) ebenso mühelos wie ethnische Differenzen.

Nur die Grenzen zwischen Arm und Reich, Herrschern und Beherrschten wollte sie nicht überwinden. Von den 300.000 Demonstranten in Marokko bis zur Freiwilligen-Rekrutierung von 100.000 in Pakistan (worunter auch viele afghanische Kämpfer, alte Freunde des CIA, waren). Saddam Hussein wurde zum Star der Massen. Damit wurde er - und vor allem das, was er verkörperte - für das internationale Kapital eine Nummer zu groß. Die Propaganda der Medien machte die Notwendigkeit der "Demütigung" und blanken antiarabischen Rassismus zum neuen Inhalt. Jeder Krieg kann sich zur Revolution wenden - das schien

für den Irak im Griff, aber für Marokko, Algerien oder Pakistan?

Die Falle

Der erfolgreiche Vernichtungsfeldzug gegen die Aufstände im Süden und im Norden beweist, daß trotz gegenteiliger Behauptung die Elitetruppen des Baath-Regimes nicht wesentlich beschädigt worden waren. Die irakische Revolution ist in die Falle gelockt worden. Die scheinbar hohen Verluste der irakischen Militärmaschine, deren vorübergehende Desorientierung nach der Niederlage; Ermutigung oder besser, offene Aufforderung in den internationalen Medien; mit hoher Wahrscheinlichkeit auch direkte Zusagen durch die USA oder durch die UNO, möglicherweise ein Mitwirken Teherans im Süden, jedenfalls Absprachen mit Ankara im Norden ließen die Oppositionsgruppen und -Parteien zum offenen bewaffneten Sturz des Regimes blasen. Die schnelle Ausbreitung des Aufstandes, die hohe Zahl der Teilnehmer und der Verluste belegen, daß dies keine willkürliche Entscheidung war, sondern mindestens breite Zustimmung fand. Inwieweit es sich im Süden um einen "schiitischen" und im Norden um einen "kurdischen" Aufstand handelte ist unklar. Die Gleichzeitigkeit und Verbreitung der Aufstände (bis nach Bagdad) spricht dafür, daß die soziale Situation ausschlaggebender war, als die ethnische oder religiöse Zugehörigkeit.
Vielleicht war der "bewaffnete Aufstand" aber auch nur der Versuch, bereits stattfindende revolutionäre Prozesse wieder einzufangen. Darüber wissen wir im Moment aber so gut wie nichts.
Die für den Bürgerkrieg erforderlichen Truppen und Waffen waren dem Baath- Regime geblieben. Vielleicht, um es auch dem letzten Ignoranten klar zu machen, welche Rolle sie spielen, schossen die Alliierten zwar noch ein irakisches Jagdflugzeug ab, ließen aber die Kampfhubschrauber und leichten Jagdbomber unbehelligt.

Neue Ordnung in der Golfregion

Der Krieg hat einen Prozeß der weitgehenden Neuzusammensetzung der Arbeiterklasse in der Golfregion und in den Heimatländern der Fremdarbeiter eingeleitet. Die Zahl der Flüchtlinge übersteigt inzwischen gewiß die 2 Millionen-Grenze. Die Wanderungen sind aber nur ein Aspekt der Neuzusammensetzung. Es geht um die Neuverteilung der Arbeit insgesamt. Kuwait ist dafür das deutlichste Beispiel. Die ArbeiterInnen aus Asien sind weg; die Palästinenser, die früher sowas wie eine "Mittelschicht" gestellt haben, sind zum Teil ebenfalls geflohen. Die noch da sind, werden von den Sicherheitsbehörden verfolgt, verhaftet, mißhandelt. Sie sollen für niedrigere Stellungen in der kuwaitischen Gesellschaft "weich" gemacht werden. Dies hat nichts mehr damit zu tun, daß die PLO im Krieg die irakische Seite eingenommen hat. Auch Ägypter werden verfolgt, verhaftet und gefoltert.
Auch wenn es banal klingt: Die Menschen sollen wieder zum Arbeiten gebracht werden. Über die Folgen der Vertreibungen für die Heimatländer (Ägypten, Jemen, Phillippinen, um nur die wichtigsten zu nennen) läßt sich zur Zeit wenig sagen. Viele der Vertriebenen sind um Ersparnisse, um ihren letzten Lohn und um jede Aussicht auf soziale Sicherheit betrogen worden. Saudi-Arabien z.B. hat den Jemeniten alle Rechte entzogen und allein dadurch lockere 10 Milliarden Dollar gespart. Für den neuen Investitionsboom beim Wiederaufbau Kuwaits werden ganz neue Arbeitskräfte angeworben: die Arbeitsämter der Türkei suchen Arbeiter für die kuwaitischen Baustellen.
Der Krieg hat zu einer radikalen Senkung des Lebensstandards im Nahen Osten geführt. Aber er hat damit auch die "soziale Sprengkraft" der Verhältnisse vervielfacht. Arabien ist alles andere als befriedet - auch wenn die irakische Revolution erst mal geschlagen scheint.

Die neue Weltordnung

Nach dem verlorenen Vietnam-Krieg stützte sich die kapitalistische Weltordnung auf den Aufbau imperialistischer Subzentren: Phillippinen, Südkorea, Südafrika, "Persien". Diese Entwicklung hat allerdings auch die Entwicklung der revolutionären Macht der Arbeiterklasse in diesen Ländern vorangetrieben. Die iranische Revolution 1979 zeigte eigentlich das Scheitern dieser Weltordnung an, aber der Irak konnte den ausgefallenen Partner Persien ersetzen. Nun ist klar, daß diese "kleinen Imperialisten" die Revolution nicht aufhalten können. In dem Maße, wie sie unter dem Druck ihrer Bevölkerung ökonomische und politische Forderungen an die zentralen Institutionen des internationalen Kapitals stellen, werden sie zum Vorwand einer ganz neuen Art von Kriegen: Strafaktionen, wie die vor zwei Jahren in Panama (wo die US-Army in ein paar Tagen 10 000 Leute umbrachte) oder, im großen Maßstab, jetzt im Irak. Das erfordert auch eine neue Art militärischer Vorbereitung. Seit Vietnam führen die USA (und andere) einen, meist verdeckten, low intensity war, den "Krieg geringer Intensität" gegen die kommunistische Guerilla. Jetzt sieht der "Gegner" anders aus: es sind die regulären, modern ausgerüsteten Armeen der Unterzentren in der "Dritten Welt". Die neue Militärdoktrin heißt folgerichtig mid intensity war. Genau das, was wir grade erlebt haben: Strafaktionen unter Einsatz der geballten militärischen Feuerkraft des internationalen Kapitals. Mögliche Partner für dieses Spiel sind schon viele benannt: alle Länder der Südhalbkugel, die angeblich oder tatsächlich über große "konventionelle" oder ABC- Waffenarsenale verfügen.

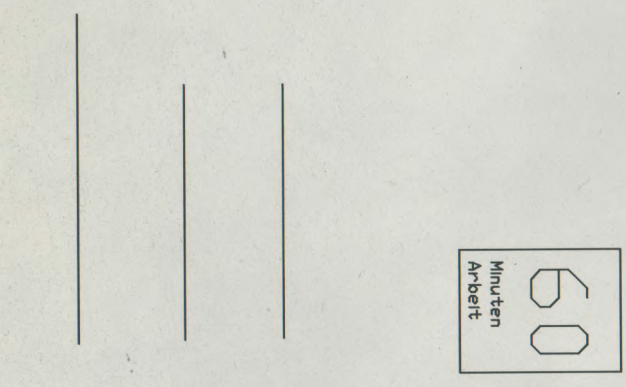
Militarisierung

Um die Kriegsmüdigkeit und Friedensehnsucht der Menschen nach dem zweiten Weltkrieg zu überwinden, inszenierte die US-Regierung (auch damals mithilfe der UNO) den Korea-Krieg. Die kommunistische Gefahr wurde drei Jahre lang der westlichen "Welt-

öffentlichkeit" vorgeführt. Durchaus erfolgreich, denn die umfassende Remilitarisierung im Rahmen des "Kalten Krieges" wurde akzeptiert. Ganz ähnlich jetzt: Nach dem Wegfall der "Bedrohung aus dem Osten" wird die Bedrohung durch die Hussein-Ghaddafi-Noriega-Hitlers, durch die "irren Machthaber" der Subzentren aufgebaut.
Aber das ist nicht alles. Der antiarabische Rassismus der Medien während des Golfkrieges zeigt, daß eine Grundeinschätzung der Weltlage in die Hirne der Prolis eingehämmert werden soll: die Armen der Welt wollen "unseren" Reichtum, "unseren" Lebensstandard. Und sie wollen das alles ohne Arbeit, während "wir" dafür schuften müssen.

Arabien ist alles andere als befriedet – auch wenn die irakische Revolution erstmal geschlagen scheint.

Nicht alle Bilder lügen auf die gleiche Weise.



Der Golfkrieg schafft für derartige Propaganda aber nur Voraussetzungen. Funktioniert hat es in einem entscheidenden Punkt (noch?) nicht. Zwar akzeptieren die Proletarier der Metropolen weitgehend das Blutbad am irakischen Proletariat (wie auch am panamesischen Proletariat), aber es gibt keine Anzeichen dafür, daß sie bereit wären, sich selber für die Neue Weltordnung zur Disposition zu stellen. Die panische Angst der US- Regierung vor großen eigenen Verlusten ist bekannt. In diesem Sinne hat das Kapitals sein Vietnamtrauma noch nicht überwunden - sondern seine Lehren gezogen. Gegen die bewaffnete Bevölkerung können weder die Rambos noch die imperialistische Armee gewinnen.

Streiflichter aus verschiedenen westeuropäischen Ländern

Wir haben GenossInnen gebeten, uns zu berichten, was bei ihnen los war. Den Antworten aus Frankreich, Italien und den Niederlanden kann man entnehmen, daß es in den Betrieben ähnlich selten wie hier zu Aktionen gekommen ist. Die Hafenarbeiter haben in Livorno die Verladung von US-Panzern verzögert, in Marseille das Umladen von Munition und anderem militärischen Material verweigert.

"Eine Ausnahme sind die Schulen, von denen viele, vor allem in den Vorstädten, für einige Tage besetzt und selbstverwaltet wurden - und dies mit breiter Beteiligung von fast allen Schülern." (aus Italien)
Flughäfen und Fluggesellschaften (Alitalia, Air France) benutzen die abnehmende Zahl der Flüge, um junge und aufmüpfige Belegschaftsteile loszuwerden.
"Wichtig ist noch, daß die Verfolgung der Einwanderer, und nicht nur der arabischen, zugenommen hat. Angst vor möglichen Terroristen, ein guter Vorwand, um besetzte Häuser zu räumen!" (aus Italien) "Für die jungen Araber und Schwarzen hat sich schon was geändert: die Polizei war mehr und mehr hinter ihnen her... Die jungen Araber stehen zwischen dem Trend zur Integration, wenn möglich, und der Aufforderung zur Solidarität mit den Arabern im Nahen Osten und den Palästinensern... Für mich ist ein Problem, daß es möglicherweise auf lange Zeit zwischen den jungen Arabern, oder einem Teil von ihnen, und den anderen Leuten in Frankreich eine Spaltung geben wird. Ich denke, der Trend zum Nationalismus ist wichtiger, als wir uns das vorstellen, oder besser, als wir uns das vorstellen wollen. Das ist der Erfolg dieses Krieges, vom Standpunkt der Bourgeoisie aus gesehen." (aus Frankreich)

Die Anti-Kriegsbewegung war fest in den Händen der Politorganisationen, sowohl in Italien, als auch in Frankreich. "... die Tatsache, daß sich die Kommunistische Partei an der Spitze dieser Demos befand,..., verhindert gleichzeitig, daß sich Unorganisierte an den Demos beteiligen. Es waren sehr wenig Jugendliche bei den Demos." (aus Frankreich)
Im Gegensatz zu Frankreich und Italien, wo es große Demos gab (100.000 -150.000), war die Bewegung in den Niederlanden sehr schwach: In Amsterdam waren kaum mehr als 2500 Leute bei der Demo. Die Friedensbewegung erklärt das damit, daß die Leute befürchteten, für Sympathisanten Saddam Husseins gehalten zu werden. Streiks gegen den Krieg hat es wohl nicht gegeben.

Szenen aus der Wirklichkeit

oder: was wir während des Krieges mit unseren Kollegen erlebt haben

Angestelltenmilieu:

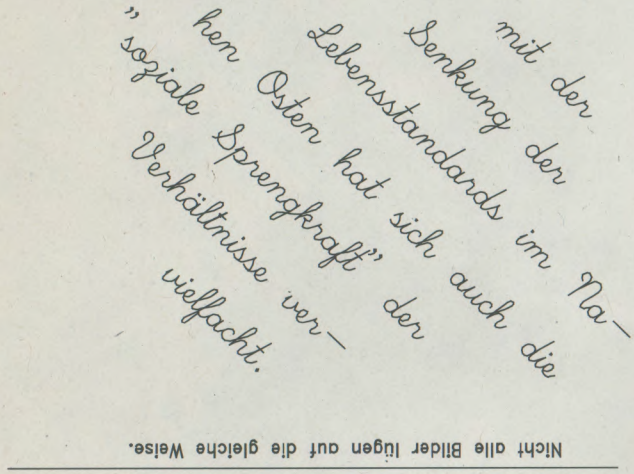
Bei Kriegsbeginn waren die Ohren noch offen. Mensch konnte noch politisch argumentieren. Gearbeitet wurde am ersten Tag sehr wenig. Es herrschte so etwas wie "Ausnahmezustand" im Betrieb. In so einer welthistorischen Situation konnte und brauchte mensch nicht zur Tagesordnung überzugehen. Das spürten die Malocher sehr schnell und das wurde auch kräftig ausgenutzt. Leute, die trotzdem arbeiteten, wurden zurechtgewiesen: "Wie, du arbeitest heute?" An jeder Ecke fanden sich kleine Grüppchen ein, in denen die neuesten Nachrichten ausgetauscht wurden und die Diskussionen noch kontrovers waren. Überall wurde Radio gehört. Schon eine Woche später schlug die Stimmung radikal um. Die Diskussionen befanden sich auf militärstrategischem Niveau. Die "Militärexperten" hatten das Wort. Die wenigen Kriegsgegner, die es noch gab, zogen sich zurück, waren diskussionsmüde. Die Anderen hatten die einfacheren und "besseren" Argumente. Die Medienhetze gegen die Friedensbewegung schlug voll ein. Die "Argumentationshilfen", welche die Presse den Kriegshetzern zum Fraß vorwarf, wurden fast ausnahmslos und ohne Anstrengung geschluckt. Dann ebbte das Interesse am Thema nur noch ab. Das war wieder die Zeit der Manta-Witze. Auch der Beginn des Bodenkrieges änderte daran nicht viel.

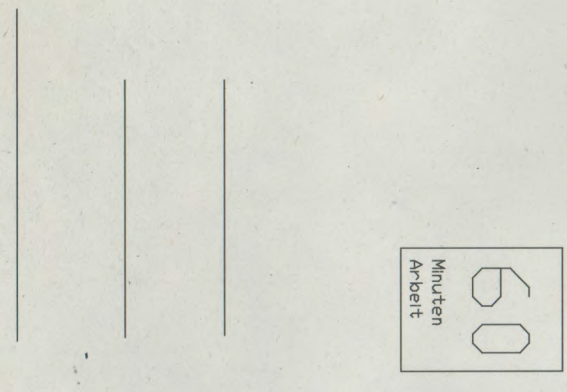
Mobilisierungsversuche an der Uniklinik:

Kurz nach Beginn des Bombenterrors der Amis sind in Freiburg aus den unterschiedlichsten Zusammenhängen raus Aktionsgruppen entstanden. Eine davon war das Frauenplenum. Dort waren dann auch Frauen, die an der Uniklinik malochen. Die Uniklinik ist die größte Fabrik in Freiburg, so daß auch immer wieder Leute aus der "Scene" dort arbeiten. Entweder bei Reinigungsfirmen, in der Küche, oder natürlich auch als PflegerInnen.
Auf diesem Plenum wurde dann eben auch diskutiert, wie eine Mobilisierung gegen den Krieg im Gesundheitswesen möglich sei. Erstmal wurde über Radio Dreyeckland ein Treffpunkt für Arbeiterinnen aus dem Gesundheitswesen bekannt gegeben. Die Typen sollten sich mit den ZDLern zusammentun, die ja mit die ersten waren, die versucht haben, sich zu organisieren. Nach einer Woche hat es dann doch einen gemeinsamen Termin gegeben: Die Diskussion ging dann ungefähr darum, welche Folgen der Krieg für die ArbeiterInnen im Gesundheitswesen haben könnte, wie deren Einplanung aussieht und wie sich dem zu verweigern ist.
Das Treffen bestand anfangs aus ca. 40 Leuten, hauptsächlich Studis, einige ZDLs, ein oder zwei aus anderen Bereichen, Schwestern und Pfleger. Es wurde ein Flugblatt geschrieben und breit an den verschiedenen Krankenhäusern verteilt.
Nach dieser Aktion ging dann aber langsam der Frust los. Es kamen weniger Leute, kaum jemand hatte Reaktionen auf das Flugi mitgekriegt, oder überhaupt den Eindruck, daß sich an der Klinik was tut. Es wurde dann ein Infotisch organisiert, der an wechselnden Orten in der Klinik stattfinden sollte. Der wurde aber nicht genehmigt und fand dann immer vor dem Personalcasino statt.
Für den 23. Februar war dann von den ganzen Freiburger Grüppchen ein Sternmarsch geplant. Die "Klinikgruppe" entschloß sich, eine eigene "Sternzacke" auf die Beine zu stellen. Das war dann ein ziemlicher Akt: 15 Leute organisierten in wenigen Tagen noch ein Flugi, Transparente, einen Redebeitrag, Handzettel und die ganze Verteilung. Gemeinsames Ziel der Demo war, dem allgemeinen Abgang der Bewegung, zu einem Zeitpunkt, als sich der Krieg grad weiter zuspitzte (Beginn der Bodenoffensive) was entgegenzusetzen.
Die "Klinikgruppe" traf sich an der Klinik. Es waren 50 Leute da. Es gab Kundgebungen vor verschiedenen Krankenhäusern. Vor der Uniklinik wurde der Redebeitrag noch in voller Länge gehalten, danach gekürzt. Es war einfach auch komisch, mit 50 Leutchen vor nem Haus zu stehen, was über Mega zu verbreiten und dabei nicht genau zu wissen, ob einem überhaupt zugehört wird.Teilweise haben Patienten und Kollegen aus dem Fenster geschaut, teilweise sind Leute aus der Demo noch in die Häuser gegangen und haben die Flugis verteilt. Danach dann die Abschlußkundgebung mit den anderen Gruppen, insgesamt waren wohl ca.1000 Leute da.
Beim Treffen 3 Tage nach der Demo, war schlechte Stimmung. Zum einen wegen der matten 50 Leuten, zum anderen, weil nur 10 beim Treffen waren. Trotzdem wurde beschlossen, weiterzumachen. Über das Wie gab's dann unterschiedliche Vorstellungen. Die einen meinten, es müßte noch genauer

rausgearbeitet werden, wie die Einplanung bei solchen Geschichten wie Notstandsverordnung, Dienstverpflichtung etc. aussieht. Die anderen hatten darauf keinen Bock, die plädierten eher für eine Ausweitung der Diskussion, oder besser Aktionen auf "anstehende Geschichten" hier, z.B. Tarifrunde, Zuspitzung der Situation in der Klinik (noch schwer einzuschätzen, aber vielleicht entwikkelt sich eine ähnliche Situation wie vor der Bewegung '89), Gesundheitswesen in der Ex-DDR...
Soweit erstmal die "nackten Fakten". Nichts Spannendes. Es gab eben auch keine Bewegung in den Krankenhäusern. Bleibt die Fra-

ge, was an Aktivitäten gelaufen wäre, wenn dieses Treffen, was Zielrichtung/Ideen/Vorschläge mit "Sceneunterstützung" betrifft, nicht so schnell ins Leben gerufen worden wäre. Bei der zweiten großen Demo in Freiburg waren z.B. ca. 100 Pflegerinnen in Weiß, die auf den Treffen leider nie aufgetaucht sind. Kann sein, daß außer den 5 Schweigeminuten, die von der Gewerkschaft verordnet worden sind, nichts gelaufen wäre. Aber, wie schon erwähnt, die Freiburger Uniklinik, bzw. ein Teil ihrer ArbeiterInnen, hat schon Erfahrung im Aufbau unabhängiger Gruppen, an die anzuknüpfen ist.
Die Diskussionen auf den Stationen zu dem Scheißkrieg waren zäh. Alles schien irgendwie recht weit weg. Die Amis, das Öl, Krieg - aber was machen hier dagegen? Auf die Schweigeminuten hatte auch niemand Lust. In den letzten Tagen konntste eher über die Scheiße hier quatschen, die Steuergeschichten, die Arbeit, Personalmangel, die Wohnungsnot etc. Das zu verbinden erschien aber auch komisch, angesichts der Geschehnisse im Irak/Kuwait.





Städtisches Krankenhaus:

Ich arbeite als Arbeiter in einem städtischen Krankenhaus. In unserer Abteilung arbeiten ca. 20 Leute, davon 2 als ZDLer. Die meisten Kollegen sind Deutsche, darüberhinaus gibts noch einen Italiener und zwei Tunesier.
Generell kann ich sagen, daß der Golfkrieg in den Diskussionen und Pausengesprächen untereinander bei weitem nicht die dominierende Rolle gespielt hatte und hat. Nachdem morgens die neueste Entwicklung von einigen kurz erläutert und eingeschätzt wurde, bekamen die alltäglichen Ärgernisse und Widrigkeiten, die direkt mit der Arbeit zusammenhängen, schnell wieder die Oberhand. Selbst in den Anfangstagen des Krieges, als in längeren 'Live-Übertragungen' direkt vom Geschehen berichtet wurde, kam es nur zu kurzfristigen gemeinsamen Fernsehsessions (wir haben bei uns im Pausenraum 'nen Fernseher stehen), die aber nicht in gemeinsamen Diskussionen zum Krieg mündeten.
Obwohl der Krieg also nicht die große Wichtigkeit hatte, kann ich grob 3 Fraktionen unter meinen Kollegen (was den Golfkrieg betrifft) ausmachen:
a) Das Großmaul, das in einer Mischung aus Rassismus und Militarismus am liebsten 'den Irak dem Erdboden gleich machen und anschließend ein riesiges Spargelbeet dort anlegen will'. Mit diesen Kollegen war eine Diskussion unmöglich, sie konnten nur gebremst werden mit dem Hinweis, daß sie dann doch bitte schleunigst dort hinfahren sollten, um mitzufighten und uns damit ihre weitere nervtötende Anwesenheit zu ersparen. - Ähnlich großmäulig, wenn auch von einem anderen Standpunkt her, der eine tunesische Kollege: "Der Hussein wird den Amis schon gehörig den Arsch aufreißen!" Und so schaukelten sich die Sprücheklopfer gegenseitig hoch, und wenn der Krieg vorbei ist, werden sie bestimmt schon schnell ein neues Thema finden.

b) Die Nachdenklichen: Im Gegensatz zur ersten Gruppe wurden von ihnen die Propagandameldungen des Pentagon in Frage gestellt, wurde betont, daß dieses nicht unser Krieg, sondern der Krieg der Mächtigen gegen die kleinen Leute ist. Mit ihnen, (besonders mit 2 jüngeren Kollegen und dem Italiener, dessen Sohn, der noch in Italien lebt, jetzt wegen des Krieges als Reservist einberufen wurde) konnte ich ganz gute Diskussionen führen, und gemeinsam konnten wir auch hier und da dem dumpfen Militarismus einiger anderer Kollegen etwas entgegensetzen. Einer der beiden ZDLer beteiligte sich zwar nicht offensiv an einer eintägigen Streikaktion der hiesigen ZDLer wegen des Golfkrieges, machte an diesem Tag jedoch solidarischerweise krank.
c) Die restlichen Kollegen enthielten sich (so weit ich das mitgekriegt habe) einer identifizierbaren Position zum Krieg. Meiner Meinung hängt das mit einer allgemeinen Unlust zusammen, die 'große Politik' zu kommentieren, weil wir sowieso nix daran ändern können.
Zwei Sachen finde ich noch bemerkenswert: Die Steuererhöhungen, die u. a. mit dem Krieg begründet wurden, wurden von allen - also auch von denen, die den Krieg 'bejubelten', - grundsätzlich abgelehnt. (Wenns anders wäre, hätts mich auch schwer gewundert.) Und: Trotz der teilweise recht krassen Unterschiede in der Beurteilung des Krieges, ist es nie zu heftigeren Fetzereien und Spaltungen untereinander gekommen, also z.B. daß die beiden tunesischen Kollegen, die aus ihrer Sympathie für Hussein nie ein Hehl machten, nun plötzlich isoliert dagestanden hätten.
Die Gewerkschaft ist bei uns außer mit einem allgemeinen Appell des DGB-Bundesvorstandes zum Krieg, der hier verteilt wurde, überhaupt nicht in Erscheinung getreten. Auch in anderen Abteilungen des Krankenhauses hat der Krieg, so weit ich das mitbekommen habe, keine wichtige Rolle gespielt. Das könnte unter anderem auch damit zusammenhängen, daß es hier - anders als in anderen Städten - keine Überlegungen gab und gibt, Krankenhausbetten und Personal für die Versorgung von Kriegsverletzten bereitzustellen.

Telefonfabrik:

Der Krieg hat keine Arbeitsniederlegung, keine offene Meinungsbekundung ausgelöst - höchstens seitens der Geschäftsleitung: seit dem Montagmorgen, als Siemens in Spandau von 1000 Leuten blockiert wurde, ist das Tor der Hauptpforte geschlossen, nur ein schmaler Durchgang für die ArbeiterInnen ist frei, beim Rausgehen werden jetzt die Ausweise kontrolliert.
In den Tagen vor Kriegsausbruch kam das Gespräch öfter mal auf den Krieg. Türkische und kurdische Kolleginnen waren sehr besorgt, versuchten oft vergeblich ihre Verwandten in der Osttürkei anzurufen, die Telefonleitungen waren überlastet. Daß der Krieg nur den armen Menschen Leid bringt und daß Özal ein Schwein ist, wenn er sein Land in so einen Krieg zieht, war die ein-

hellige Meinung aller Frauen. Aber mehr wurde auch nicht gesagt. Hinzu kommt noch, daß die meisten Frauen sehr wenig über die aktuellen Auseinandersetzungen in der Türkei wissen. Sie lesen kaum Zeitung, beziehen ihre Infos aus dem türkischen Kabelfernsehen. Nur 2, 3 Frauen bewegen sich in linken Zusammenhängen.
Am 12.1. bin ich mit drei Frauen zu der ersten Großdemo gegen den Krieg gegangen.
Als die Amis dann angriffen, liefen in der Spätschicht zum ersten Mal überall die Radios. Hauptmotiv war die Angst um die Verwandten in der Türkei, aber daß der Krieg real geworden war, ist allen in die Knochen gefahren, als unmittelbare Bedrohung auch für uns hier. Viele konnten nachts nicht mehr schlafen.
Als dann klar wurde, daß der Krieg dank der haushohen Überlegenheit der Alliierten "begrenzt" bleibt, war das Interesse der wenigen Deutschen bei uns auch schon geschwunden, in der Woche darauf war der Krieg kein Thema mehr für sie.
Zu dritt versuchten wir, ein paar türkische KollegInnen für eine Aktion zu mobilisieren, bekamen aber nur die übliche Antwort: ich will ja gerne, aber es wird niemand mitmachen, warum macht der Betriebsrat nichts?
Der Krieg hat auf einmal Diskussionen mit Leuten ermöglicht, die ich bisher nur frustriert ihren Kaffee schlürfen gesehen habe, aber einfach keinen richtigen Anknüpfungspunkt gefunden habe.
Zum Beispiel hat sich ein junger türkischer Facharbeiter mit voller Kraft in die Bewegung geworfen, wegen der vielen Aktionen sogar nur noch Frühschicht gearbeitet. Er hat auch die Flugblätter ausgelegt für die Kundgebung am türkischen Konsulat, zu der wir zu mehreren gehen wollten (leider war sie vormittags...). Wir wollten den BR zur Rede stellen, warum er nicht mal die Schweigeminuten organisiert. Jener Kollege ist dann dort vorbeigegangen und voll aufgelaufen: die Sekretärin voll auf seiten der Amis (als Berlinerin halt), die Betriebsräte wiegelten ab: wenn, dann nur in Absprache mit der Geschäftsleitung, die eh schon Sicherheitsmaßnahmen verkündet habe (s.o.)...

Anfangs war ich davon ausgegangen, daß der Krieg noch lange geht und daß die Türkei irgendwie mitmischt. Daß die Aufmerksamkeit der KollegInnen so schnell abschlafft, hatte ich nicht erwartet.
Ich war noch nie in einem Betrieb, in dem soviele "demokratische" türkische KollegInnen arbeiten - und man so wenig davon spürt. Meine Kollegin versicherte mir, "früher" sei die Stimmung anders gewesen. Aber seit dem Fall der Mauer seien eben die Leute ängstlich und frustriert, sähen keine Perspektive mehr.

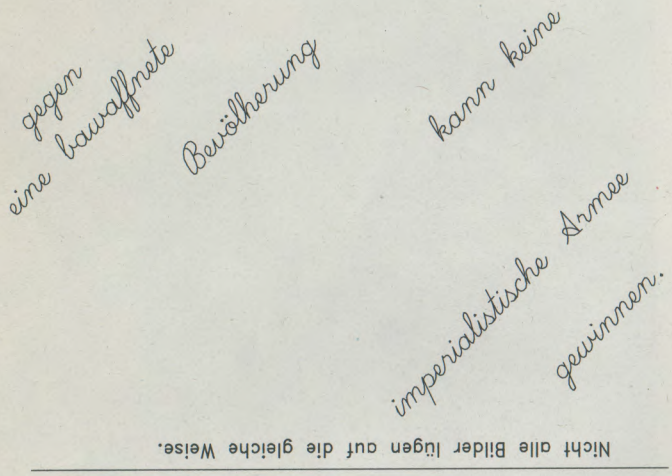
Metallfabrik, Mannheim, 1500 Beschäftigte:

In meiner Abteilung (9 Männer, 3 Frauen, 30-55 Jahre alt, alle deutsch) löst die Medienpropaganda vor/bei Kriegsbeginn eine Haßwelle auf "die fanatisierten arabischen Massen" und den "Irren von Bagdad" aus. Es ist schließlich einfacher, Saddam zu schmähen, als die eigenen Chefs. Auch die Hetze gegen die Antikriegsbewegung wird übernommen. Die Kollegen fühlen sich in ihrer Ruhe bedroht, ihre Verwirrung kaschieren sie mit Wortradikalität. Vor allem die Angst vor Terroranschlägen geht um, man könnte ja selber einen Kratzer abkriegen. Argumentation eines Kollegen: Solange das Palästinenserproblem nicht gelöst ist, besteht immer die Gefahr von Anschlägen im Westen, also muß das Palästinenserproblem gelöst werden, **"und wenn man sie alle umbringt"**. Meine Wortwechsel mit den Meinungsführern der Freunde der Neuen Weltordnung, werden immer unangenehmer, ich könnte genausogut gegen eine Wand reden. Nur ganz wenige haben im Kopf, daß Krieg "eine schreckliche Sache ist, immer die Kleinen trifft" etc.
Einen Tag nach Kriegsbeginn läßt der Betriebsrat von seinen Vertrauensleuten einen Aufruf der IG Metall-Verwaltungsstelle in den Abteilungen verteilen. Aufgerufen wird zu "5 Mahnminuten für den Frieden, ab sofort jeden Freitag". Offen bleibt, wie dies vor sich gehen soll: auf's Klo gehen, beten, in betroffenes Schweigen versinken? Zwei Kollegen aus anderen Abteilungen und ich einigen uns darauf, daß so eine symbolische Arbeitsniederlegung nur Sinn ergibt, wenn man sie sehen kann, d.h. wir wollen uns auf den Hof stellen. Einer der beiden fordert den Betriebsrat auf, eine Versammlung abzuhalten, Plakate zur Verfügung zu stellen etc. Der Betriebsrat teilt ihm mit, daß er diese Aktion keinesfalls unterstützt, und es besser wäre, sie fände gar nicht statt.
Also fertigen wir ein eigenes Transparent mit der Parole "Krieg dem Krieg" an. Um 11 Uhr entrollen wir es an einer gut einzusehenden Stelle auf dem Fabrikgelände. Wenige Kollegen kommen hinzu, die Zahl der Gaffer ist schließlich größer als die der Teilnehmer. (Die kühnste Schätzung der Teilnehmerzahl liegt bei zwölf.) Pünktlich um 11.05 Uhr wird das Transparent zusammengefaltet, als klar wird, daß nicht Mehr kommen.
Die Aktion findet leider keinerlei Widerhall bei den Kollegen, nicht mal auf der Diskussionsebene. Eine Woche später: vier Teilnehmer, die Zahl der Schaulustigen ist jedoch erheblich gestiegen. An den nächsten Freitagen wurde wegen Kälte und Frust ("zu peinlich") auf's Demonstrieren verzichtet.
Metallkleinbetrieb, ca. 150 Beschäftigte:

In meiner Abteilung (15 Leute), zur Hälfte

Metallfacharbeiter, zur Hälfte "Hilfsarbeiter", gab es ab Anfang Februar, wo ich angefangen habe, keine besonders kritischen Meinungen zum Krieg. Es gab einen Konsens "Saddam muß kaputtgemacht werden". Einer ist ein richtiger Hetzer, ("wir überrennen Bagdad und gliedern die nächstes Jahr in die Bundesliga ein - halt doch nicht, in die 2. Liga - das sind ja Ausländer"), der allerdings mit seiner Kriegsbegeisterung ziemlich allein stand. Die meisten waren eher nicht begeistert, eher so sachlich und nüchtern überzeugt, daß es eben nötig ist. Wieso? Die Bedrohung des eigenen Lebensstandards, Öl, Energiepreise, Kriegssteuern durch Unruhe

am Golf spielte nicht direkt die Rolle in den Diskussionen, eher so abstrakt "Ruhe und Frieden", "Ordnung", "Vernunft", "Demokratie", "Spielregeln" usw.. Keiner glaubt, daß der Energiepreis steigt. Es wäre genügend Geld für den Wiederaufbau da. Besonders die Kuwaitis hätten ja sogar Anteile bei Daimler, möglicherweise werden die Mercedes teurer, aber "ich fahre ja sowieso nur Passat". Entweder sind die Kollegen blauäugig, oder sie nehmen die Drohung des Angriffs gegen sie selbst nicht besonders ernst - oder sie sehen den Golfkrieg nicht als wesentlichen Bestandteil eines weltweiten Krisenszenarios. Über Kohle wird nur im Zusammenhang mit dem Osten diskutiert.



Nicht alle Bilder lügen auf die gleiche Weise.

Alle gehen davon aus, daß das Kriegsziel "Ruhe schaffen" nicht erreicht ist, sondern "es" dort weitergehen wird. Nicht wegen dem Klassenkampf und der Ausbeutung in der Region, sondern, weils dort "viele Spinner und Fanatiker" gibt. Daß viele Menschen gestorben sind, wurde von allen verdrängt und, wenn ich's gesagt habe, angezweifelt. Nur ein Pole hat öfter auf die Massaker hingewiesen. Er ist aber trotzdem für den Krieg und begründet das über diese Hitlerschiene, eben antifaschistisch. Der o.g. Hetzer ("Bagdad in die Bundesliga") reitet ebenso ständig auf dem Hitlervergleich rum - er aber eher, um die Verbrechen der deutschen Faschisten zu relativieren. Wenn zwei das gleiche sagen, ist es noch lange nicht dasselbe ... oder eben eine kleine große Koalition zwischen Nazis und "Antifaschisten".

Am ehesten habe ich noch "einen Fuß in die Tür gekriegt", wenn ich von den Arbeiterkämpfen in der Golfregion, erzählt habe. Das hat das "Alles Fanatiker und Spinner" angekratzt. Es hat aber nie soweit geführt, daß auch nur einer angedeutet hätte, gemeinsam mit den ArbeiterInnen "da unten" die Revolution zu machen. Ich selbst auch nur durch die Blume, weil ich Angst hatte, isoliert zu werden, nachdem ich den Laden noch nicht richtig kenne, solche Kleinbetriebe sowieso heikel sind und die Kriegsunterstützer-Front ziemlich massiv war.

Papierverarbeitende Fabrik, insg. 3000 Beschäftigte, in dem Werk, wo ich arbeite ca. 400, relativ wenig Ausländer, hoher Facharbeiteranteil:

Es gab überhaupt keine Kriegsbegeisterung. Einige haben das eher als willkommene Abwechslung gesehen, ähnlich wie Sportschau. Es wurde auch mehr Zeitung gelesen als vorher.

Die Mehrheit war gegen den Krieg, aber sehr resignativ. Da kann man eh nix machen, die machen mit uns doch sowieso, was sie wollen. Es gab nur sehr wenige, die überhaupt darüber nachgedacht haben, ob man nicht irgendetwas machen kann. Es waren vielleicht in meiner Abteilung von 70 Leuten 5-6 außer mir. In den ersten Tagen haben wir zum Teil sehr heftige Diskussionen mit den anderen geführt. Aber auch bei diesen 5-6 Leuten war die Ablehnung des Krieges nicht gleich. Meistens war es moralische Empörung, was nicht abwertend gemeint ist. Ich selber konnte diese Empörung sehr gut nachvollziehen. Außer den Diskussionen, die in ihrer Lautstärke und Penetranz ja auch schon so etwas wie eine Gegenöffentlichkeit schaffen, ist im Betrieb selber von keiner Seite aus etwas gelaufen. Ich hab dann noch für die Großdemo kurz vor Kriegsausbruch mobilisiert. Ich bin dann aber mit einem Kollegen und seinem Freundeskreis alleine geblieben. Drei andere, die ganz sicher auch kommen wollten, kamen dann doch nicht. Es war aber auch mein Fehler, weil ich nicht für eine verbindliche Verabredung vor der Demo gesorgt habe, z.B. Frühstück. Danach habe ich diverses Informationsmaterial mitgebracht, daß ich auch an Leute verteilt habe, die sich sonst nicht so interessiert zeigten. In dieser kleinen Gruppe ist die Stimmung dann mit der Zeit auch wieder schnell gekippt. Aus der Ohnmacht, gegen den Krieg nichts machen zu können, ist eine Stimmung entstanden, diesem Krieg doch noch irgendetwas abzugewinnen. Es gab dann Bedenken, ob es nicht doch vielleicht ganz gut ist, daß die Amis jetzt dem Hussein die Atomwaffen abnehmen und ähnliches. Ich hab mir den Mund fusslig geredet und schnell das Gefühl gekriegt, in ideologischen Auseinandersetzungen zu versumpfen. Es ist mir nicht gelungen, den Krieg in der Bedeutung für die eigenen Bedingungen zu diskutieren. Erst als die Kriegssteuer ins Gespräch kam, wurden andere Leute lebendig. Das war mir dann aber reichlich suspekt. Genau die Leute, die die dümmsten, faschistoidesten Sprüche gekloppt hatten, führten nun das Wort. Selbst die Ablehnung der Kriegssteuer wurde mit reichlich rassistischen Begründungen vorgetragen, so etwa in dem Stil: Sollen die Amis doch ein paar Atombomben auf den Irak werfen, das kommt uns dann nicht so teuer. Diese Position haben aber eh nur 3-4 besonders exponierte Typen vertreten. Als ich das Gefühl hatte, daß die Diskussionen immer mehr versumpften, habe ich aus Ratlosigkeit vor dem Tor ein Flugblatt verteilt. Das war ca. 2 Wochen vor Kriegsbeginn. Auf das Flugblatt gab es so gut wie keine Reaktion. Weder ablehnende, noch zustimmende, nicht mal die Hierarchie hat darauf reagiert.

Jetzt ist Kriegsalltag. Die Begleitumstände des Krieges -die Steuererhöhungen usw.- werden erst jetzt ganz zaghaft andiskutiert. Es gibt aber doch immer mal wieder ein paar kleine Highlights, das hängt von meiner "Tagesform" ab. Aber außer guten Diskussionen läuft da erstmal nix. Der olle Bert Brecht hat schon gesagt, reden über Sachen, die man nicht durch reden ändern kann, ist Zeitverschwendung.

Das klingt alles sehr resignativ, aber so bin ich zur Zeit gar nicht drauf. Es gibt einfach keine Gründe für das Nichtverhalten. Zum einen läuft in der Abteilung seit Monaten ein regelrechter Angriff des Managements gegen die freien Zeiten der ArbeiterInnen. Zum anderen ist gerade in Berlin alles drum herum in völligem Chaos und Auflösung. Und dann ist da noch die einfache und nicht

so leicht zu widerlegende Bemerkung: Dagegen können wir doch sowieso nichts machen.
Anmerkung zu den Türken und Ossis: Diese beiden Gruppen stellen die meisten Kriegsgegner. Bei den Türken ist es wegen der Nähe des Krieges und weil sie alle Özal nicht mögen. Sie sagen alle, daß Özal der nächste Hussein wird.
Die Ostdeutschen können schätzungsweise ihre formal antifaschistische Erziehung nicht abschütteln. Mich überrascht immer wieder der hohe Bildungsstand und die Fähigkeit, bei den Zeitungsmeldungen zwischen den Zeilen zu lesen. Wer jahrelang Neues Deutschland gelesen hat, glaubt immer noch automatisch das Gegenteil von dem, was in den Zeitungen steht.
Eine tragische Geschichte am Rande: Mitte Februar wurde der einzige Schwarze aus unserer Abteilung von drei arabischen Jugendlichen auf der Straße angegriffen und mit einem Messerstich verletzt. Die Araber dachten, daß er ein amerikanischer Soldat sei. Dabei ist er Ghanaer und hat als einziger Schwarzer bei uns sowieso schon Probleme.

Aus meiner begrenzten Erfahrung beim Sklavenhändler (3 Wochen in 3 verschiedenen Betrieben, davon 1 Woche aufgrund "Arbeitsmangel" zu Hause, danach fristlose Kündigung wegen Krankheit):

Die Woche, als der Krieg begann, war ich in einem kleinen papierverarbeitenden Betrieb. Nach Kriegsbeginn hingen die meisten während der Arbeit am Radio. In den Pausen wurde meistens über Saddam Hussein geschimpft und die USA gelobt/bewundert. Die einzigen kritischen Stimmen kamen von ausländischen Kollegen, die vor allem auf die Opfer unter der Zivilbevölkerung hinwiesen. Ich hab argumentiert, daß der Irak ja schließlich jahrelang vom Westen unterstützt wurde. Hat aber niemanden so richtig interessiert. Ich hab mich jedenfalls meistens über das Geschwätz der Kollegen aufgeregt. Eine gute Szene gab es, als in der Mittagspause ne Sachbearbeiterin in den Pausenraum kam (der von Arbeitern und Angestellten gemeinsam benutzt wird) und - frisch vom Radio weg - die Neuigkeiten kund gab. "In der Innenstadt ist vielleicht was los. Alle sind sie auf der Straße: die Schüler demonstrieren, die Lehrer demonstrieren, die Behördenmitarbeiter demonstrieren. Jetzt sind auch noch die Hafenarbeiter auf die Straße gegangen; nur wir Deppen hängen hier noch rum. Ist doch wahr!" Es wurde dann hin und her geredet, jemand meinte was von Bus chartern und hinfahren. Erstaunlicherweise beteiligten sich an dieser Diskussion auch die Kriegsbefürworter. Als ich mich dann konkret bereit erklärte, aufzustehen und loszugehen, ging das ganze dann auf die scherzhafte Ebene über und als die Pause dann zu Ende war, gingen alle wieder zur Arbeit.
Im größeren Metallbetrieb, wo ich die Woche drauf war, war die Diskussionskultur verbreiteter, was vor allem daran lag, daß die Arbeit total Scheiße ist und deshalb auch niemand zufrieden sein konnte (wie ich im vorherigen Betrieb den Eindruck hatte). Trotzdem war der Krieg nicht das große Thema. Lag vielleicht auch an einem gewissen Gewöhnungseffekt.
Einmal haben wir darüber geredet, daß dieser Betrieb schließlich auch Teile für Rüstung produziert (allerdings in einem anderen Werk) und einige meinten: "Das dürften wir eigentlich gar nicht machen. Wir produzieren ja auch für diesen Krieg." Doch weit größeres Gesprächsthema waren die Arbeitsbedingungen, die Bezahlung, wie wir am besten die Maschine zum Stillstand bringen oder reparaturreif kriegen. Als ich dann die Arbeitsrechtsflugis verteilt hatte, ging es über Sklavenhändler usw...
Leider haben sie dann 3 Sklavenarbeiter "nicht mehr gebraucht", wo ich denn bei war.

Postgiroamt:

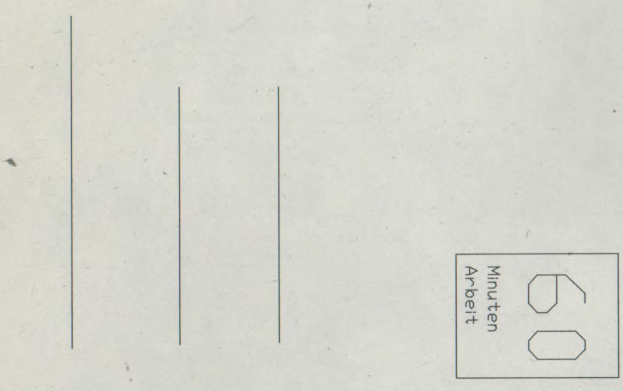
An den ersten Kriegstagen gab's rege Diskussionen, die zum einen darum gingen, wer Schuld hat am Krieg, zum anderen von einer möglichen eigenen Betroffenheit und Angst bestimmt waren (Öko-Katastrophe, Weltkriegsszenario). Die Leute, mit denen ich geredet habe, haben zum Teil erstmal auf die USA gesetzt, die den "verrückten Saddam" bremsen müßten, haben aber gleichzeitig gesagt, daß der Krieg sowieso nur wieder die "kleinen Leute" trifft, die überhaupt nichts dafür können. Ein paar andere meinten eher, daß beide Seiten die selben Interessen am Krieg haben (Öl, Macht), und es gar keine Seite gibt, auf die man sich stellen kann - außer auf die der Bevölkerung, die da zusammengebombt wird.
Mit zwei Kolleginnen bin ich auf die erste große Antikriegsdemo gegangen. Zwei Wochen später haben wir in ner kleinen Gruppe von 5 Leuten Aufkleber entworfen (DGB--Beschluß... Mal abgesehn davon, daß hier im Betrieb gar nichts läuft: nicht nur freitags um zwölf ist Krieg) und ne Woche später im Betrieb verklebt. Außerdem hatten wir noch Flugblätter übrig (Streik gegen den Krieg) und haben die im Pausenraum ausgelegt.
Unser Kleber-Vorschlag, erstmal die DGB-5-Minuten durchzusetzen, war völlig minoritär und ist von uns auch nicht offen-

siv angegangen worden. Ich mußte nach den ersten Kriegstagen immer total drängeln, um überhaupt mal wieder den Krieg zum Thema zu machen. Innerbetriebliche Querelen und Aktionen standen im Vordergrund. Wir waren dann auch selbst unsicher, ob es überhaupt richtig ist, weiter zu drängeln, haben keine Kontinuität in die Diskussionen gebracht und in den ganzen Diskussionen "zwischen Tür und Angel" kaum vermitteln können, gegen was sich der Krieg richtet und was das mit uns zu tun hat. Die Gespräche mit 2 türkischen Putzfrauen waren da noch am intensivsten und weitestgehenden, sind aber immer damit geendet, daß wir ja

völlig machtlos sind und nichts ändern können - die gleiche Einstellung, die sie auch zu ihren eigenen beschissenen Arbeitsbedingungen haben. Erst bei den anstehenden Steuererhöhungen gabs dann nochmal Unmutsäußerungen und ein paar Diskussionen mit KollegInnen, die sich sonst nicht rühren. Krieg und Wiedervereinigung will niemand bezahlen - aber bei der Frage, wie das zu verhindern sei, wurde der Kopf schnell wieder zugemacht. Bei den KollegInnen, mit denen wir viel zusammen diskutieren und agieren (die kleine Gruppe und der SympathisantInnenkreis), war das kein Thema, mit dem sich jetzt Putz machen läßt - wir bleiben erstmal an der Front, ihnen ihre befristeten Verträge zu versalzen.

die Menschen sollen wieder zum Arbeiten gebracht werden.

Nicht alle Bilder lügen auf die gleiche Weise.



Gegen den Krieg - drei Kundgebungen vor einer Berliner Fabrik

Generalstreik! Streik gegen den Krieg! Legt die Arbeit nieder! In vielen Flugblättern gegen den Krieg am Golf wurden diese Aufforderungen an eine für die VerfasserInnen wohl eher anonyme ArbeiterInnenmasse gerichtet. So richtig diese Aufforderung auch ist, sie wurde nicht befolgt, wenn sie denn überhaupt zur Kenntnis genommen wurde. Eine politische Szene, die sich in ihrer alltäglichen Praxis seit Jahren nicht oder nur sehr rudimentär für den täglichen Kampf in der Arbeit gegen die Arbeit interessiert, und oft gar nicht mehr wahrnimmt, daß es in Berlin überhaupt Arbeiterinnen und Arbeiter gibt, steht mit ihren Flugblättern eher hilflos morgens vor Siemens. Es gibt den Versuch einer Blockade und das übliche Hin und Her mit den Bullen. Trotzdem es nur zu sehr wenigen Gesprächen mit den MalocherInnen kommt, ist die Grundidee dieser Aktion richtig. Die Demos auf dem Kudamm können noch so groß und militant sein, sie bleiben so lange relativ wirkungslos, so lange die Produktion des kapitalistischen Reichtums nicht ernsthaft gefährdet wird, sprich so lange sich die MalocherInnen nicht bewegen.

Seit Jahren ist ein Schwerpunkt unserer politischen Praxis in einer Berliner Waschmaschinenfabrik. In dieser Fabrik arbeiten überwiegend TürkInnen. Ihre überwiegende Haltung zum Krieg ist ablehnend, so wie wohl in fast allen Fabriken. Wir haben bisher drei Kundgebungen vor dem Tor jeweils zum Schichtwechsel versucht, unsere bisherige Praxis mit Aktionen gegen den Krieg zu verbinden und bestenfalls zu innerbetrieblichen Aktionen zu kommen. Die erste Kundgebung fand am 30.1. statt. Obwohl es die erste von uns organisierte Kundgebung überhaupt war und wir viele Fehler gemacht haben, war die Beteiligung daran am größten. Wir haben fast nix vorbereitet, keine Flugblätter, stattdessen die in Berlin hergestellte Antikriegszeitung, die sich inhaltlich eher an die Szene gerichtet hat und auch ohne türkische Texte war, verteilt. Im Grunde genommen standen wir mit dem Mega und vielleicht zehn Leuten vor dem Tor und hofften, daß daraus schon irgendwie eine Kundgebung wird. Und tatsächlich blieben von beiden Schichten, dann zwanzig - dreißig türkische Männer stehen. Wir haben viel zu lange darauf gewartet, daß es mehr werden und die Arbeiter haben darauf gewartet, daß was passiert. Einen Redebeitrag hatten wir auch nicht vorbereitet, und so zerlief sich die ganze Sache. Im Betrieb wurde diese Kundgebung als Fehlschlag eingeschätzt, vor allem von den Kollegen, die schon vorher dafür mobilisiert hatten. Das hatte für die beiden folgenden Kundgebungen negative Auswirkungen.

Rund zehn Tage später standen wir wieder vor dem Tor, besser vorbereitet. Wir hatten ein eigenes Flugblatt auf deutsch und türkisch, das vor allem an der innerbetrieblichen Situation anknüpfte und versuchte rauszustellen, daß dieser Krieg ein Angriff auf die ganze Arbeiterklasse weltweit ist. Ähnlich war ein Redebeitrag, und wir hatten Stelltafeln und einige Thermoskannen Tee mitgebracht. Aber es war leider zu spät. Die Beteiligung war sehr mäßig. Insgesamt hatte aber auch das Interesse am Krieg abgenommen. Es war zum Alltag geworden. So war die Kundgebung eher eine umfangreichere Flugblattverteilaktion. Und die wiederum war erfolgreicher als unsere diversen Versuche in den letzten Monaten. Im Betrieb gab es zum ersten Mal seit Monaten der Stagnation wieder lebhafte Diskussionen über die ständigen Versuche, die Stückzahlen an den Bändern hochzutreiben. Die GenossInnen im Betrieb haben wieder ein bißchen Raum gewonnen für Diskussionen in den Pausen und an den Bändern. In den darauffolgenden Tagen gingen zweimal jeweils 20-30 ArbeiterInnen zum Betriebsrat, um gegen betriebliche Probleme zu protestieren. In einem Fall konnten die Betriebsräte dazu gezwungen werden, die ArbeiterInnen ans Band zu begleiten, was dazu führte, daß sich Bandführer und Betriebsräte in Gegenwart der ArbeiterInnen auf eine zusätzliche Pinkelpause wegen fehlendem Springer einigten.

An die dritte Kundgebung etwa eine Woche später, sind wir dann von vornherein so rangegangen, daß es wohl wieder hauptsächlich ums Verteilen von Flugblättern gehen wird. Diesmal hatten wir außerdem die Arbeitsrechtsbroschüre auf polnisch dabei, und ein Genosse mit etwas Polnisch-Kenntnissen versuchte, aus den vorbeiströmenden ArbeiterInnen die Polen und Polinnen rauszufischen. Das Interesse war größer, als wir vorher gedacht hatten.

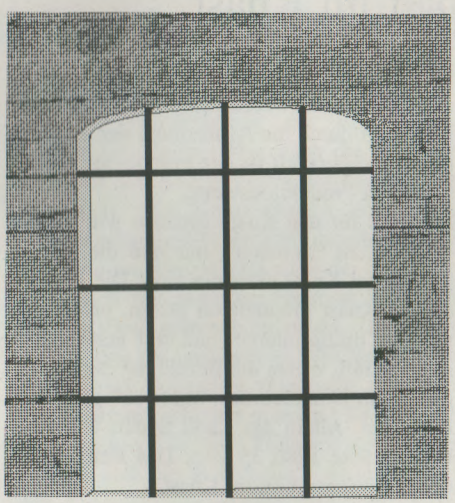
Unterm Strich kann man sagen, daß es uns nicht gelungen ist, im Betrieb irgendwelche Aktivitäten gegen den Krieg auszulösen. Trotzdem hat uns diese Art von Kundgebungen oder Flugblatt-Verteilaktionen ein wenig vorangebracht. Wir haben einige wenige neue Kontakte. Außerdem ist es ein Riesenunterschied, ob man mit zwei, drei Leuten vor dem Tor steht, und versucht, an die Masse im Morgengrauen Flugblätter zu verteilen. Oder ob man mit vielleicht zehn Leuten da steht, im Hintergrund quakt die ganze Zeit ein Megafon, vielleicht dudelt zwischendurch auch noch Musik. Und man markiert mit Hilfe von Stelltafeln eine Gasse, so daß man nicht Gefahr läuft, überrannt zu werden ....

Seit einiger Zeit ist wieder Ruhe in die Knäste eingekehrt und der Frust ist oft größer als vorher. Vereinzelt gibt es Diskussionen unter den wenigen Kollektiven, mehr aber unter aufrechten Einzelkämpfern, die in "ihrem" jeweiligen Knast isoliert sind. An diesen Diskussionen beteiligen sich auch Gruppen von draußen.
Wir haben in dieser Nummer zum einen den Beitrag eines Gefangenen aus dem Hamburger Knast "Santa Fu", eine nachträgliche Einschätzung der Revolten und ein paar Worte zu den Spaltungen im Knast.
Der andere Beitrag ist ein Thesenpapier zum Kampf gegen die Zwangsarbeit im Knast. Er stammt von einer Hamburger Gruppe, die seit den Aktionen im letzten Jahr Kontakt zu Gefangenen hat. Dies war auch ein Erfolg der Aktionen, daß sich draußen wieder mehr Leute für die Situation hinter den Mauern interessieren, über die Funktion von Knast in der Gesellschaft diskutieren...
Außerdem drucken wir einen Aufruf der Gefangenen Initiative Köln zur Unterstützung der Beteiligten an der Knastrevolte in Rheinbach ab. Es gibt die These, daß die Revolte von der Knastleitung und/oder Schließern aus Eigeninteresse gefördert wurde. Dazu ein Brief der dem Knast-Info entnommen ist.

"Die Sozialarbeiterkiste hemmt das was getan werden muß"

Brief eines Gefangenen aus dem Hamburger Knast zur Bewegung 1990

Hier also nun sowas wie eine Zusammenfassung der "Revolten" oder besser dem Bemühen der Gefangenen um Verbesserungen ihrer Knastsituation.
Das, was ich nun schreibe, ist wie gesagt das, was ich dazu denke, muß nicht die wirklichen Bemühungen widerspiegeln, also:
Knastkämpfe, das Aufbegehren von Gefangenen gegen ihre Peiniger gab es eigentlich schon immer - das Totschweigen dieser Bestrebungen, verbunden mit einer Tabuisierung von Knästen überhaupt, ließen dieses aber gar nicht in das Bewußtsein der Öffentlichkeit dringen - meine, viele wußten noch nicht mal, wo denn der Knast in ihrer Stadt lag - etwa so wie in früheren Jahren: KZ? Nee, davon haben wir noch nie was mitbekommen.
Was neu war, war ne übergreifende, nicht spezifisch auf einen Knast oder Bundesland begrenzte Solidarisierung und das Bewußtsein der Gefangenen: wir sind nicht isoliert - gemeinsam können wir vielleicht diesen übermächtigen Justizapparat bekämpfen - ließ auch jene etwas einbringen, die bereits resigniert hatten.
Nun war der Auslöser für dieses Aufbegehren etwas, das eigentlich mit dem, was tatsächlich nun abläuft, wenig zu tun hat.
Die verständliche Forderung nach Amnestie, im Zusammenhang des wiedererstarkten "Groß-Deutschland" ist ne Sache, die mir persönlich Sodbrennen verursacht. Was wir oder andere Minderheiten von diesem unserem Staat zu erwarten haben - dafür gibt es in der Vergangenheit Beispiele genug. Immerhin brachte diese Forderung und der Frust über die nicht gewährte Amnestie eine Entwicklung in Gang, die schon längst überfällig war. Förderlich bei dieser Entwicklung waren die ausländischen Mitgefangenen, die noch nicht wie wir Deutsche den Opportunismus oder das Obrigkeitsdenken verinnerlicht haben, allerdings auch im Kampf um Menschenrechte aus ihren Heimatländern gewisse Erfahrungswerte einbrachten.
Nachdem also die Forderung Amnestie - auf den eigenen Arsch zugeschnitten - vom Tisch war, konnte man sich den tatsächlichen Problemen widmen.
Man muß nun aber diese Gruppe Gefangene, so schmerzlich es ist, in zwei Teile splitten. Da gibt es jene, die nach sozialdemokratischem Muster, mit ner Pseudobehandlung ihrer Problematik und internen, sich in Nichtigkeiten erschöpfenden, als Zugeständnisse

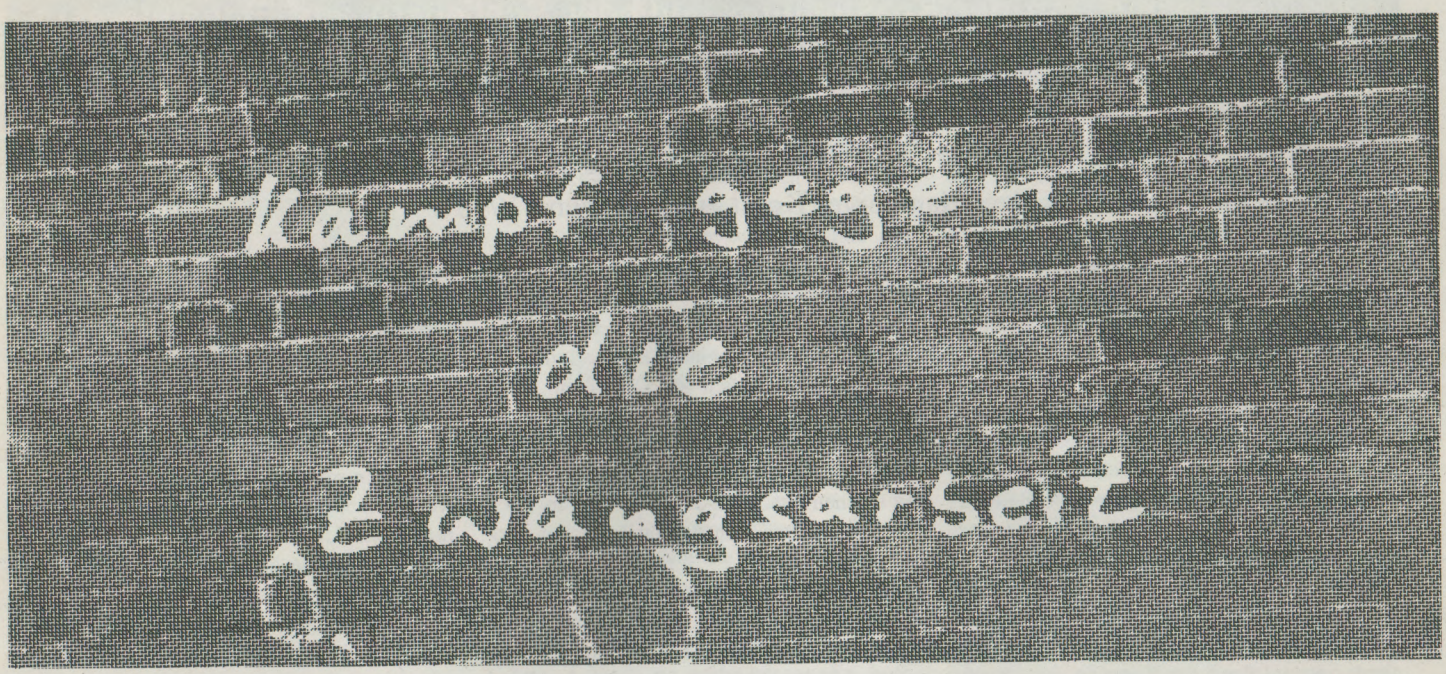


deklarierten vagen Zusicherungen zufrieden geben, und jenen, die wirkliche, notwendige Veränderungen fordern. Wer in die Sozialdemokratie und ihre verlogene Politik so etwas wie Hoffnung setzt, vergißt, daß es eben jene Sozialdemokratie ist, der wir an Menschenverachtung nicht zu überbietende Sicherheitsgesetze und perfektionierte Isolationsknäste verdanken. Helmut Schmidt mit seinen eingebrachten Gesetzespäketen, aber auch andere Figuren schufen gerade das, was verändert werden soll. Auch die Sicherungsverwahrung, ein Überbleibsel aus der Weimarer Republik, wurde uns durch die Sozialdemokratie beschert.
Neu in dem Knastkampf war und ist, daß es außerhalb der Knäste Menschen gibt, die sich mit den Gefangenen solidarisieren und ihre berechtigten Forderungen transparent machen, und es als das deklarieren, was es ist, ein gesellschaftspolitisches Problem.
Die Vorstellung, einiger weniger wie ich hoffe, in diesem Engagement für sich so was wie ne individuelle Sozialarbeiterkiste zu sehen und nicht einen politischen Kampf - ist nicht nur unverantwortlich - es hemmt das, was getan werden muß.
Veränderungen können nur erreicht werden, wenn es gelingt, den Gefangenen gelingt, sich in das Bewußtsein jener zu bringen, die letztlich dieses Drecksystem legitimieren. Ne Lobby aufzubauen - gleichsam so etwas wie ein Gegengewicht zu dem Kalkül derer zu schaffen, die für das Einmauern von Knackis plädieren oder zumindest die Diskussion im Fluß zu halten, muß Eigeninteressen, wie der Zweckentfremdung von Sozialarbeiteransinnen an die, die uns unterstützen, weichen.
Knäste gibt es nicht nur in der Form, wie sie derzeit in den Schlagzeilen zu finden sind. Knäste gibt es auch da, wo Menschen ausge-

grenzt in Betonghettos leben oder in den Köpfen.
Das, was dort begann, findet in Knästen wie Santa Fu eine Fortsetzung. Wie sehr sich das Knastdenken in den Köpfen von den Betroffenen festgesetzt hat, erkennt man in der Forderung von Gefangenen nach noch mehr Bewachern oder im Sinne der Klassenjustiz tätigen Psychologen. Welche Gedanken muß dieser Mensch haben oder mit der Forderung verbinden, wenn er fordert, daß mit einem noch perfektionierterem Knastsystem ihm auch das letzte bißchen Identität geraubt werden möge, das ihm vielleicht noch verblieb? Ich meine, es läßt die erschreckende Ohnmacht von Menschen erkennen, die - bedingt durch eine gewollte Vereinzelungspolitik von Knaststrategen - dieses perverse Programm derart verinnerlicht haben, daß sie bereits willige Opfer sind. Ein System, dessen oberste Maxime Sicherheit und Ordnung ist, ist wohl kaum der geeignete Gesprächspartner, wenn es darum geht, einschneidende Veränderungen herbeizuführen. Wirkliche Veränderungen können somit auch nur gemeinsam, in konstruktiver Zusammenarbeit, kollektiv erkämpft werden. Dazu gehört zunächst, daß die Gefangenen sich ihrer gemeinsamen Stärke bewußt werden und diese dann auch nutzen.

Transparenz oder das Durchlässigermachen von Mauern, ist eine sehr wichtige Forderung. Sie könnte bewirken, daß das künstlich erzeugte Zerrbild des Gefangenen, der gemeingefährlich ist, revidiert wird.
Das Klassifizieren untereinander muß unterbleiben: die Drogenabhängigen, die Homosexuellen, die Räuber, Diebe und was weiß ich noch alles. Derartige Überlegungen müssen um der Sache Willen zurückgestellt werden, denn klassifiziert wurden sie in der Vergangenheit ja selber.
Eine konstruktive, koordinierte Zusammenarbeit mit all jenen, die bereit sind, diesen Kampf zu fördern und an ihm mitzuwirken, muß geschaffen werden. Zusammenfassend kann man wohl sagen, daß alleine die Verschleppungsaktionen durch die, die es zu bekämpfen gilt, aufzeigen, daß wir, die Gefangenen, auf dem richtigen Weg sind! An uns liegt es nun, ob diese Entwicklung weiterläuft oder ob jene ihre Vereinzelungspolitik durchsetzen, die unseren Bestrebungen entgegenwirkt.

Werner Kühne, Knast Hamburg



Kampf gegen Zwangsarbeit im Knast

Seit dem Ende der Oktoberaktionen für Amnestie, haben in vielen Knästen unter den Gefangenen Diskussionen begonnen, wie die Ansätze dieser Bewegung weitergeführt werden können, in welche Richtung und mit welchen Mitteln. Ein wichtiger Punkt ist dabei überall die Zwangsarbeit und der Kampf dagegen. Es wird laut überlegt über organisierte Arbeitsniederlegungen. Argumentiert wird hierbei damit, daß solche Aktionen das Knastsystem an seinem Nerv treffen und deshalb wesentlich wirkungsvoller sind als bloße Hungerstreiks oder Dachbesteigungen. Wir möchten diese Diskussionen aufgreifen und uns daran beteiligen, genauso wie wir eventuelle Aktionen nach Möglichkeit von draußen unterstützen wollen.

Arbeit ist die Grundlage dieser Gesellschaft. Ohne den Zwang zur Arbeit könnte diese Gesellschaft und ihre Institutionen nicht aufrechterhalten werden. Die Produktion von Mehrwert durch die Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft ist das Prinzip der kapitalistischen Produktionsweise.
Dies gilt für den Knast genauso wie für die Gesellschaft "draußen", nur daß die Bedingungen im Knast extremer sind. Die Firmen, die im Knast produzieren lassen, profitieren von der disziplinierten und frei verfügbaren Arbeitskraft, wobei die Bezahlung der Gefangenen ein Bruchteil des "draußen" gezahlten Lohns ist. Allein das Land Baden-Württemberg erzielte 1986 35 Mio. DM Reingewinn durch Zwangsarbeit im Knast.
Die Zwangsarbeit im Knast hat auch die Funktion, allen zu zeigen, daß es unmöglich ist, vor der Arbeit zu flüchten. Die meisten sitzen im Knast, weil sie sich draußen der Lohnarbeit verweigert haben und sich andere Wege suchten, ihr Einkommen zu sichern. Vor allem uns draußen soll damit abschreckend vor Augen geführt werden, was passiert, wenn wir uns der alltäglichen Ausbeutung nicht unterwerfen. Die Gefangenen sollen durch die Zwangsarbeit diszipliniert und an das "Arbeitsleben" draußen gewöhnt werden. Sowohl die Geschichte des Einsperrens von den "Arbeitshäusern" zum "Zuchthaus", als auch die Konzeption der "modernen Gefängnisse" spiegeln dies wider.

Dies zeigt, daß die Zwangsarbeit einer der zentralen Pfeiler des Knastsystems ist. Ein kollektiver Kampf gegen die Zwangsarbeit trifft sie mehr als ein Hungerstreik oder eine spontane Dachbesteigung.
Wir finden es wichtig, daß der Kampf gegen Zwangsarbeit im Knast nicht nur von den Gefangenen alleine geführt wird, sondern

auch von Gruppen, die draußen gegen die Ausbeutung kämpfen, mitgetragen wird.
Wir möchten aber von vorneherein klarmachen, daß dies eine Frage des alltäglichen Kampfs der Gefangenen ist. Kampagnen gegen die Zwangsarbeit von draußen können nur unterstützenden Charakter haben und sind nur dann sinnvoll, wenn in den Knästen bereits etwas passiert ist. Wir halten nichts von moralischen Kampagnen ("die armen Gefangenen werden ausgebeutet"), die die liberale Öffentlichkeit wachrütteln sollen. Der Kampf gegen das Knastsystem und die Zwangsarbeit wird im Knast entschieden und nicht durch Kampagnen von außen. Natürlich ist es sinnvoll, Namen und Adressen von im Knast ausbeutenden Firmen zu veröffentlichen. Doch am wichtigsten ist der Kampf der direkt Betroffenen. Die Unterstützung wird auch ein größeres Gewicht haben, wenn sie nicht in erster Linie aus der moralischen Sicht sympathisierender Linker, sondern aus unserer eigenen Erfahrung der Ausbeutung draußen geleistet wird. So können wertvolle Kampferfahrungen ausgetauscht werden. Vielleicht sollten einfach mal neue Aktionsformen ausprobiert werden: zusätzlich zu Aktionen von außen gegen die "Knastarbeitsfirmen", wäre es doch mal interessant, vor Betrieben dieser Firmen Flugblätter an die externen Kollegen der arbeitenden Gefangenen zu verteilen (oder auch vor anderen Betrieben).
Der Arbeitsmarkt ist ein hierarchisches Gebilde: ganz "oben" die relativ gut verdienenden Facharbeiter, dann die Ungelernten, die Leiharbeiter, "zuverdienenden Hausfrauen", "illegalen Ausländer" usw. und ganz unten die Gefangenen, die Zwangsarbeit verrichten müssen. Nur in diesem Zusammenhang wird der Kampf gegen die Ausbeutung erfolgreich sein können, aber nicht, wenn wir eine dieser Realitäten von den anderen abtrennen.
In diesem Sinne und als Erfahrungen im Kampf gegen die Ausbeutung sind folgende Bemerkungen gemeint, und nicht als besserwisserische Belehrungen der Gefangenen.

Tariflohn für Gefangene?

Bei der Forderung nach "Tariflohn" besteht die Gefahr, daß sie, ähnlich wie die "Amnestie"-Forderung, zu einer sogenannten "endgültigen" Forderung wird. Es wird leicht der Eindruck erweckt, als gäbe es eine einfache, endgültige Lösung für das Problem. Doch "Tariflohn" ändert nichts an der Tatsache der Zwangsarbeit selbst.
Hinter der Forderung nach Tariflohn steckt die Illusion, es gäbe so etwas wie einen "gerechten Lohn", einen Gegenwert für die geleistete Arbeit. Doch dies ist auch "draussen" nicht der Fall. Gezahlt wird nur das, was unbedingt notwendig ist, damit wir auch morgen noch zur Arbeit gehen können (Miete, Essen, Auto - um auch bei Schichtarbeit noch zur Arbeit fahren zu können). Im Knast gilt dasselbe Prinzip: da für Unterbringung und Knastfraß kein Geld bezahlt werden muß, ist die Bezahlung dementsprechend geringer, so daß nur eine minimale Summe für den Einkauf übrigbleibt.
Selbst wenn sie "Tariflohn" gewähren würden, so können wir sicher sein, daß sie für die Zelle eine monatliche Miete und Bezahlung des Knastfrasses verlangen würden, woraufhin dieselbe mickrige Summe übrigbliebe. Geändert hätte sich letztendlich nichts.
Seien wir also vorsichtig mit solchen "endgültigen" Lösungen.
Hinter der Forderung nach Tariflohn steckt sicher bei einigen Gefangenen der Anspruch, genauso viel zu verdienen, wie die ArbeiterInnen draußen. Dafür wurde offensichtlich nach einem festen Maßstab gesucht. Doch "Tariflohn" bedeutet auch draußen nur, daß es völlig unterschiedliche Tarife gibt (z.B. 8-9 DM brutto) und viele ArbeiterInnen überhaupt nicht nach Tarif bezahlt werden. Ob Tariflohn oder nicht: die Löhne sind immer beschissen. Daher kämpfen wir auch draußen nicht für "Tariflohn", sondern für mehr Lohn und weniger Arbeit.
Wir denken aber auch, daß die Tariflohn-Forderung von bestimmten Gefangenen und Gruppen draußen gezielt eingebracht wurde, weil sie sich gerne als zukünftige Verhandler einer "Gefangenen-Gewerkschaft" anbieten wollen. Klar ist doch, daß Tariflohn als Legitimation dafür herhalten wird, diejenigen umso härter zu bestrafen, die sich auch der Zwangsarbeit nach Tariflohn verweigern.

Der Kampf gegen die Zwangsarbeit muß also, will er nicht von reformistischen Strategen eingefangen werden, in Richtung "Kampf gegen den Knast" gehen: also gleichzeitig gegen die Isolation und Spaltung, für offene Türen, Umschluß, mehr Kommunikation unter den Gefangenen.

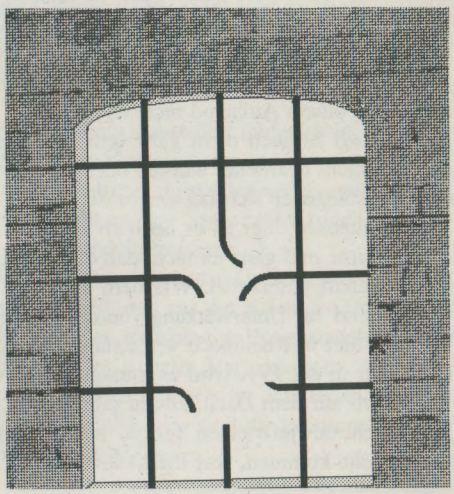
Ein Beispiel für einen Kampf, in dem durch kombinierte Aktionen (u.a. Hunger- und Arbeitsstreiks) eine Mobilisierung erreicht und Forderungen durchgesetzt wurden, war Moabit im Frühjahr 1990:
Da nicht alle Gefangenen arbeiten, wurden auch Forderungen aufgestellt, die die nicht-arbeitenden Gefangenen betreffen, um eine größere Einheit herzustellen. Hier die wichtigsten:
- Kein Arbeitszwang. Nur Arbeit für die, die wollen.
- Taschengeld für die nicht-arbeitenden Gefangenen
- mehr Freizeit- und Umschluß, damit einer der Hauptgründe wegfällt, warum Gefangene arbeiten gehen: nämlich um nicht alleine auf Zelle zu sitzen.
- Renten- und Sozialversicherung

Also Kampf für höhere Bezahlung, gegen Arbeitshetze, mehr Kommunikation, mehr Freiräume, also um bessere Kampfbedingungen.

Einige Leute aus Hamburg

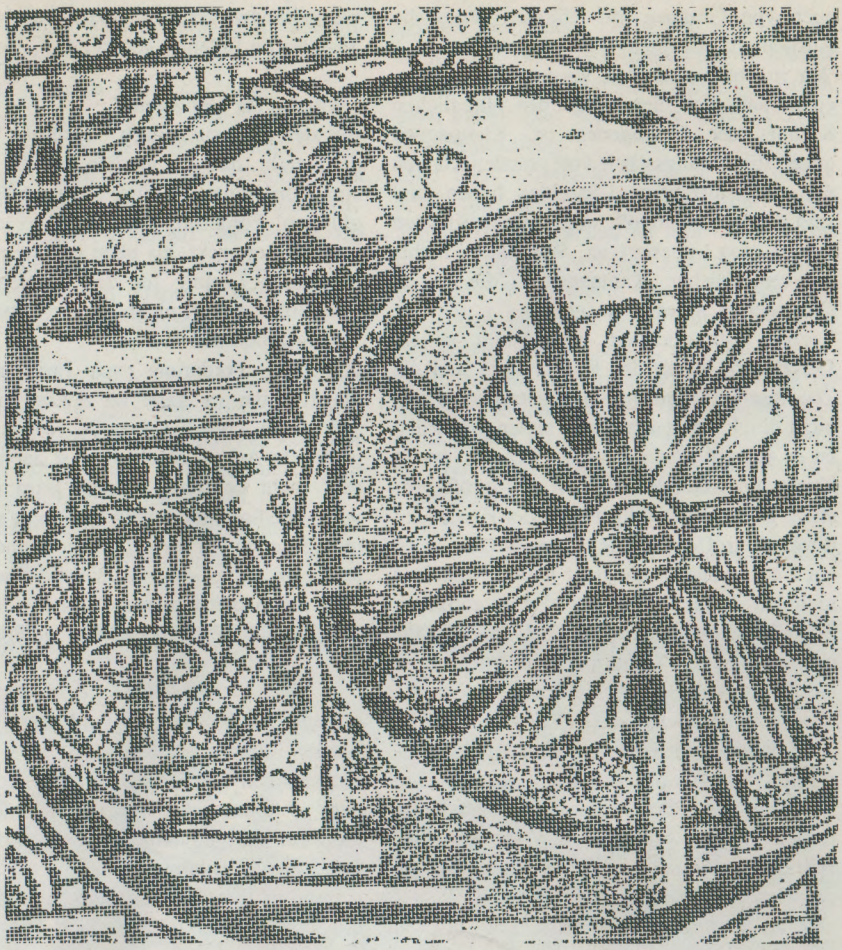
Strafverfahren gegen die Revolte im Knast Rheinbach

Im letzten Herbst revoltierten überall Gefangene gegen ihre Haftbedingungen und das Knastsystem. Mit ihren Revolten machten die Gefangenen auch in der Bewegung "draußen" die Situation in den Knästen wieder deutlich. Drinnen und Draußen gab es die Hoffnung, es könnte wieder eine breitere Bewegung gegen die Knäste entstehen. Aber die Revolten blieben isoliert und innerhalb der Knäste stecken. Und schließlich überschattete der Golfkrieg alle anderen Ereignisse und politischen Kämpfe.
Heute berichten uns viele Gefangene, daß die Situation schlimmer als vor den Revolten ist. Im Knast Rheinbach gibt es jetzt ein Gefühl der Resignation, da der Kampf erstmal nicht zur Durchsetzung der Forderungen, sondern zu einer Verschärfung der Bedingungen geführt hat. Es gibt aber auch die Wut darüber, für den Kampf gegen das Knastsystem mit noch mehr Knast bestraft zu werden. Und es gibt die Wut darüber, möglicherweise in einem internen Machtkampf der Schließerfraktionen der Hardcore-Fraktion ungewollt Hilfestellung geleistet zu haben. (In Rheinbach haben die Gefangenen berichtet, daß sie von einigen Schließern regelrecht zur Dachbesetzung aufgefordert wurden.) Es gibt aber auch nach wie vor den Stolz auf den eigenen Kampf und die Bereitschaft weiterzukämpfen.
In Rheinbach soll nun strafrechtlich gegen die Knastrevolten vorgegangen werden. Bei der Staatsanwaltschaft Bonn laufen Ermitt-



lungsverfahren gegen den harten Kern von 25 Leuten, die bis zum Schluß auf dem Dach geblieben waren. Gegen sie wird wegen Sachbeschädigung und schwerer Meuterei ermittelt. Schwere Meuterei bedeutet laut "Strafgesetzbuch" ein Strafmaß zwischen 6 Monaten und zehn Jahren!
In solchen Prozessen werden sie versuchen, die gesamte Revolte anzuklagen und zu kriminalisieren und stellvertretend einige für ein paar weitere Jahre in den Knast zu schicken. Der Staats- und Justizapparat versucht die Gunst der Stunde zu nutzen: ohne große Öffentlichkeit und bei sowieso schon vorhandener Enttäuschung über das Abebben der Kämpfe in den Knästen, wollen sie einige verknacken, um allen einzubleuen, daß im Knast nicht gekämpft werden kann.
Das wollen wir verhindern. Wenn es zu den Prozessen überhaupt kommt, wenn wir sie nicht schon im Vorfeld verhindern können, dann werden wir in ihnen das Knastsystem auf die Anklagebank bringen. Dafür müssen wir draußen wieder mehr Öffentlichkeit schaffen, wir müssen den Gefangenen in ihren alltäglichen Kämpfen Mut machen.
Wir haben daher in Köln eine Prozeßgruppe zur Unterstützung der Gefangenen in diesem Verfahren gebildet.

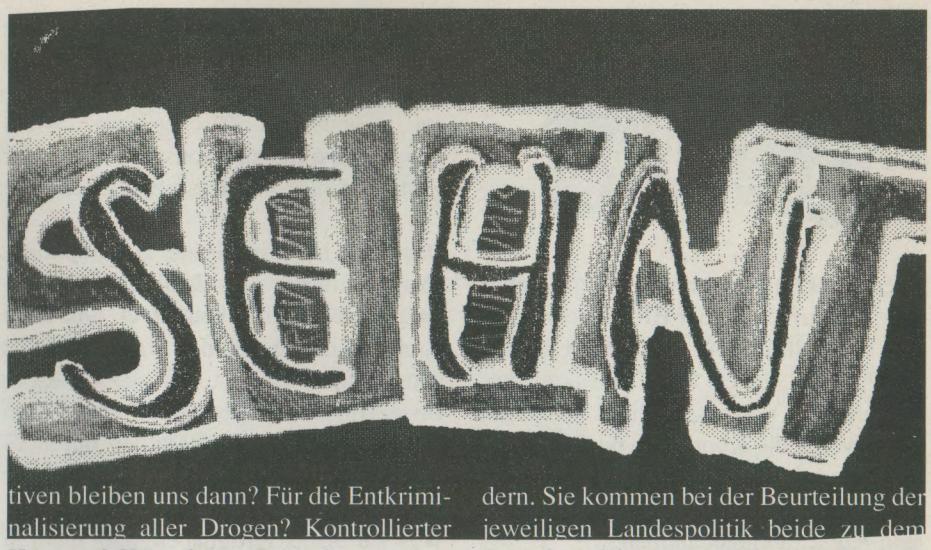
Kontakt über:
Gefangenen-Initiative Köln, PF. 25 04 01, 5000 Köln 1, Tel. 0221/33 14 17



Das Knast-Info Köln hat nach der Revolte im Knast Rheinbach einige Briefe von Gefangenen abgedruckt, die den Ablauf und die Hintergründe der Revolte beschreiben. Zur der etwas verwunderlichen These, daß die Revolte von einem Teil der Schließer gefördert wurde, hier ein Auszug aus einem Brief, der im Knast-Info Nr. 7 abgedruckt war: (Das Knast-Info wird in den Knast kostenlos verschickt. Draußen-Abos 10 Mark für 5 Ausgaben.)

Dachbesteigung - ferngesteuert?
Die Anstaltsleitung wußte, bzw. mußte davon ausgehen, daß zum 3.10.90 eine Aktion stattfinden sollte. Und daß sie davon ausgingen, beweist schon die Tatsache, daß am 1.10. eine Delegation vom Vollzugsamt und ein Sicherheitsbeamter alle Höfe der JVA nach Sicherheit kontrollierten. Bei dem geringsten Pups wird doch in der hiesigen JVA sofort reagiert, doch in diesem Fall wurde nichts unternommen. Im Gegenteil, mögliche Aktionen wurden sogar noch unterstützt oder zumindest begünstigt, indem alle Flügel plötzlich zusammen Freistunde machen konnten - und das ist sehr eigenartig!
Nun, es laufen zwei Erklärungen in der JVA rum, die sehr einleuchtend sind:
Erstens: die Anstaltsleitung beantragte mehr Geld vom Land NRW und mehr Beamte, damit die Sicherheit und Ordnung gewährleistet wäre - das wurde der JVA Rheinbach abgelehnt. Darum kam es dem Anstaltsleiter Foegen ganz recht, daß die Knackis rebellierten, da er so seinen Forderungen beim Land Nachdruck verleihen konnte.
Die zweite Erklärung ist etwas komplizierter: etwa im Januar 1990 hat ein Mitgefangener ein Flugblatt von einer führenden Gewerkschaft, DAG oder ÖTV oder BdsD oder 'ne andere, in die Hände bekommen. Das Flugblatt besagte, daß es den Gefangenen zu gut geht, und den Schließern zu schlecht. In dem Blatt forderten sie, daß mehr Beamte eingestellt werden und die Gefangenen weniger Freizeit bekommen sollten - denn weniger Freizeit für Gefangene hieße weniger Arbeit für die Schließer. Außerdem: alle Schließer sollten Polizeirechte zugesprochen bekommen. Dann wiesen die auf die Situation in den JVAen in NRW hin, daß es an allen Ecken am Brodeln sei, und daß man in Kürze mit einem Aufstand rechnen müsse.
Darum liegt es auch nicht ganz fern, daß hier ganz gezielt und bewußt die Gefangenen provoziert wurden, indem Anträge (auch Urlaubsanträge) nicht bearbeitet wurden oder verschwanden, daß die Post verschlampt wurde und alle erdenklichen Schikanen eingesetzt wurden. Als ein Mitgefangener sich bei einem Schließer beschweren wollte über die Vorgänge, bekam er zur Antwort: 'Dann müßt ihr mal ein bißchen Trouble machen, hier ist es doch eh zu ruhig!'
Ich behaupte mal ganz einfach, daß die Schließer darauf hingearbeitet haben, daß hier sowas passiert, das dann die Forderungen der besagten Gewerkschaft unterstützt. Wie dem auch sei, welche Erklärung den Tatsachen entspricht, Fakt ist, daß wir von der Gegenseite mißbraucht worden sind zur Unterstützung von deren Interessen.
Und daß hier in Rheinbach verfassungswidriger Verwahrvollzug praktiziert wird, dagegen sollte doch endlich mal was unternommen werden. Denn hier in der JVA wird es immer schlimmer, auch die Selbstmordrate steigt zusehends.
Wir waren auf dem Dach, um zu protestieren.
Man macht uns jetzt einen Termin wegen Meuterei. Ich hoffe, es kommen reichlich Leute zu dieser Verhandlung, denn garantiert wird einiges zur Sprache kommen, was die Mißstände der JVA und das Justizwesen betrifft.

suohhen (althochdeutsch ·sohhan, ·soahhan, ·suachen): suchen, begehren, verlangen, trachten nach; forschen, untersuchen.



In der vorletzten Nummer hatten wir einen Artikel zur Drogenpolitik in der BRD angekündigt. Mittlerweile haben wir ein paar Monate diskutiert, Interviews gemacht und Papiere geschrieben. So vielschichtig sind die Zusammenhänge von Drogenpolitik, daß wir in den Diskussionen ständig die Themen wechselten: vom Betäubungsmittel-Gesetz (BtmG) zur Situation in den amerikanischen Ghettos, vom Alkoholismus in der BRD zur Ausbeutung der Koka-PflanzerInnen in Bolivien usw. Vor allem in einem Punkt wurden wir uns bisher nicht einig: Funktioniert Drogenhandel und -konsum nicht in erster Linie gegen die Klasse und ihren Kampf? Wenn es so ist, was für Perspektiven bleiben uns dann? Für die Entkriminalisierung aller Drogen? Kontrollierter Konsum? Kampf statt Droge?

Zum Thema sind in letzter Zeit einige Sachen erschienen: "KOKApitalismus" in Kassiber 5, Bremen Nov. 1989; "Widersprüche des KokainKapitalismus" in wildcat 53, Berlin Dez. 1990; "Linksradikale Drogenpolitik?" (siehe Kasten!) in Kassiber 12, Feb. 1991; "Drücken in Deutschland" in 17°C, Hamburg 3/91.

Die beiden zuletzt aufgeführten Artikel befassen sich mit dem "neuen Umgang" mit der Junkszene in sozialdemokratisch regierten norddeutschen Großstädten/Ländern. Sie kommen bei der Beurteilung der jeweiligen Landespolitik beide zu dem Schluß, daß hier ein großes Trara um ein bißchen Kosmetik gemacht wird. "Ein Planspiel mit dem vorrangigen Ziel, die Beschaffungskriminalität in den Griff zu bekommen, und dabei wird es auch bleiben" (17°C).

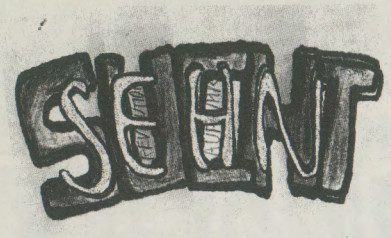
Tatsächlich werden im Moment in einigen Großstädten die staatlichen Methadon-Programme ausgedehnt, während von SPD-Bürgermeistern, Drogenbullen bis zur "Wirtschaftswoche" eine Liberalisierung bzw. Legalisierung von Drogen (vor allem auch von Heroin) diskutiert wird. Ein Teil des Kapitals und seiner staatli-

Zusammenfassung des Artikels "Linksradikale Drogenpolitik?" aus Kassiber Nr. 12, Februar/März 1991

1. Heroin ist gesund - aber fast alle user in der BRD sind fehlernährt, obdachlos, verschuldet, krank, viele AIDS-positiv... Es ist falsch über den Stoff als Ursache dafür zu reden (Drogentote...), die Ursache ist das Betäubungsmittelgesetz (BtmG), das Anfang der Siebziger als Kampfinstrument zur Kriminalisierung der Ende der Sechziger entstandenen Jugendprotestkultur eingeführt wurde.
Die Forderung nach Legalisierung ist keine radikale Maßnahme, sondern eine lebensrettende.
2. Das BTMG hat einen Bullenapparat und einen Therapieapparat erzeugt. Das 'Rauschgiftproblem' sollte es gar nicht lösen, es sollte den Staat schützen. Das hat es. BKA und entsprechende Apparate sind fähig, sich zu reproduzieren, neue Techniken der Kontrolle werden im Bereich 'Drogenabwehr' erprobt und eingeführt.
3. Chemie ist nicht die Ursache der 'Sucht', sondern nur ihre Grundlage.
4. Therapie ist meist als Gehirnwäsche angelegt, um die 'Fixeridentität' durch eine neue Identität ('drogenfrei') zu ersetzen. Frauenspezifische Ansätze gibt es kaum.
5. Behandlungsvollzug verschärft Knast für Abhängige: Urlaubs- und Freigangsperre, Trennscheibe, Psychiatrisierung des Knastalltags...
6. Es gab Kämpfe und Verweigerung der Kooperation sowohl im Knast (Kämpfe gegen Behandlungsvollzug z.B. in der Plötze) als auch in der Therapie ('Therapieresistenz', Vorziehen des Knastes).
7. Drogen als Aufstandsbekämpfungsprogramm gegen die linksradikale Szene spielen in der BRD (anders als in den USA) keine entscheidende Rolle, eher das Einordnen von 'Drogensucht' als 'Krankheit': "Abweichung ... von der spezifischen Norm der bürgerlichen Gesellschaft, die das kontrollierte, langfristig planende, in seinen Affekten gedämpfte Individuum erfordert."
8. Normierung und Kontrolle sind die zentralen Mittel der Herrschaft im modernen Sozialstaat.

Das sind die wesentlichen Thesen des Artikels; am Schluß drängt sich die Frage auf, wozu eigentlich Kontrolle? Und weiter: wieso ist die Drogenpolitik 'gescheitert'? Wenn wir nicht wissen, was sie eigentlich bewirken sollte. Dieses Individuum siehe Punkt 7 riecht doch nach der/m produktiven Arbeiter/in... Drogenpolitik als Zwang zur Arbeit, über Therapie und Knast, funktioniert aber nicht? Und was versuchen sie jetzt genau? Geht das in die Richtung?

Ist die Drogenpolitik nicht das eigentliche Schlachtfeld, sondern nur seine Begrenzung, das eigentliche die Erzeugung arbeitswilliger und -fähiger Einzelner? Der Kasten über 'Bremer Drogenpolitik' gibt keine Antwort:
"...viele Konzepte sollen nebeneinander stehen und sich im Sinne moderner 'Sozialpolitik' ergänzen..."
"... Und dabei soll der Senat so billig wie möglich wegkommen..."
"... um eine wirkliche Lösung geht es dem Senat nicht, sondern nur um eine Verringerung der schreienden Probleme..."
"... Auch die grassierende Wohnungsnot wird nicht angegangen..."
"... Drogenpolitik, die verhüten will, daß aus der Krise der Drogenpolitik ein Kollaps wird - und das feinspinnige Netz sozialer Institutionen reißt. Vermeidung tiefer sozialer Verwerfungen, billige Halblösungen und Rücksicht auf die Interessen der etablierten Fraktionen: Justiz, Zwangstherapie, Polizei - das sind die bestimmenden Merkmale Bremischer Drogenpolitik."



chen Funktionsträger will offensichtlich eine Reformierung der BRD-Drogenpolitik. Es heißt, die mit dem BtmG Anfang der 70er eingeleitete Kriminalisierung und Einknastung von Usern illegaler Drogen habe weder die Kontrolle von Drogenkapital und Userszene möglich gemacht, noch das offizielle Ziel erreicht, Handel und Konsum einzudämmen.

Was steckt dahinter? Der Staat ist in der Bredouille: Die Knäste sind voll - und die Gefangenen revoltieren (siehe wildcat 50 zum Hungerstreik in der Plötze). Therapien werden von Junkies zum "Urlaub von der Droge" benutzt, aber nicht zum "Einstieg in die Welt der Arbeit". Die Rückfallquoten sind hoch.

Wachsende Teile der gesellschaftlichen Arbeitskraft werden durch "Drogenmißbrauch" entwertet, hauptsächlich durch Alkoholismus. Wachsende Teile des Bruttosozialprodukts entziehen sich der staatlichen Kontrolle, unter anderem durch den Schwarzmarkt für illegale Drogen.

Die staatliche Drogenpolitik läuft dem Verhalten der Leute hinterher. Angesagt sind inzwischen neue synthetische Drogen, zu neuer synthetischer Musik. Wann kommen die Substitutionsprogramme für Ecstasy, Crack und Designerdrogen?

Das alles ist kein Grund zur Euphorie, aber wir müssen uns damit auseinandersetzen. Schließlich betrifft es uns auch direkt: Wir alle nehmen irgendeine Art von Drogen, die meisten sogar illegal. Über "Drogen" werden neue Technologien und Befugnisse für die Bullen durchgesetzt usw.

Was wir bisher fertighaben, paßt nicht in eine Nummer. Hier kommen erstmal Auszüge aus einem Interview mit zwei Junkies, die seit einigen Wochen Methadon nehmen, um vom Heroin wegzukommen. In der nächsten Nummer geht es dann weiter.

Bei dem Interview ging es uns darum, die Situation von Junkies zu verstehen. Wichtig war uns dabei:

1. die Wirklichkeit hinter dem Mythos und der Propaganda über Junkies zu sehen;
2. Junkies nicht nur über ihre Story mit Heroin wahrzunehmen;
3. ihre besonderen sozialen Zusammenhänge zu kapieren und sie als Subjekte zu sehen, die ihren eigenen Kampf führen.

Immerhin konnte das BtmG Anfang der Siebziger nur Leute kriminalisieren, die "freiwillig" Drogen nahmen. Heroin konnte eine derart weite Verbreitung nur erreichen, weil nach der allgemeinen Niederlage Leute es nehmen wollten, um sich nicht mit ihren gescheiterten Hoffnungen auf eine weltweite, menschliche (in jedem Sinn des Wortes) Revolution auseinandersetzen zu müssen. Das Scheitern dieser Hoffnungen hat viel mit dem Versagen der "Revolutionäre" zu tun, die sich lieber spalteten und gegenseitig bekämpften (und bereits durchblicken ließen, wen sie nachher wie auszubeuten, zu internieren oder zu vernichten gedachten), statt sich gemeinsam daran zu machen, die Sehnsucht der Menschen nach Befreiung in die Tat umzusetzen.

Eine Diskussion über Drogen, die praktisch werden soll, kann nur eine Diskussion darüber sein, wie wir einen neuen gesellschaftlichen Aufbruch bewirken können. Und nur ein Sieg wird verhindern können, daß für die meisten die Suche nach neuen Lebensformen wieder in Sucht mündet.

Methadon-Programme

In London, Amsterdam und Zürich gibt es seit Jahren sogenannte Methadon-Programme, das heißt die reglementierte Abgabe von Methadon (=Polamidon, Markenname von Hoechst) als Ersatzdroge an Opiatabhängige. In der BRD haben seit kurzem u.a. Hamburg, Bremen, Schleswig-Holstein und Berlin solche Programme. Schon seit einigen Jahren hatten Ärzte vereinzelt Methadon an Junkies abgegeben, sodaß nun in diesen Fällen nur die seit Jahren laufende Praxis legalisiert wurde. Ärzte, die Polamidon einsetzten, wurden von den Krankenkassen bisher regreßpflichtig gemacht, weil die Kassen nicht die Kosten tragen wollten. Es dauerte einige Zeit, bis sie sich auf eine gemeinsame Linie der Finanzierung einigen konnten. Dabei ging es vor allem um die Indikation, also die Frage, wer Polamidon kriegen soll und wer nicht. Es gibt bislang keine zentrale, bundesweite Regelung.
In Berlin wurde z.B. festgelegt, daß es nicht wie anderswo zentrale Vergabestellen für Polamidon, sondern einzelfallbezogene Substitution (Abgabe von P. als Ersatz für Heroin) durch den niedergelassenen Arzt geben soll. Der behandelnde Arzt soll nicht mehr als drei substituierte Patienten gleichzeitig übernehmen. Er stellt in Zusammenarbeit mit einer Drogenberatungsstelle einen Antrag bei der Ethikkommission der Berliner Ärztekammer, die entscheidet, welche PatientInnen Polamidon bekommen und welche nicht. Im Zweifelsfall können die Krankenkassen das nachprüfen. Ca. 300 von geschätzten 7500 Heroin-Abhängigen sind in Berlin seit 1987 mit Polamidon behandelt worden. Gegenwärtig werden von 80 ÄrztInnen ca. 240 Heroinabhängige behandelt. Insgesamt wird für Berlin mit einem Bedarf von 250 Ärzten gerechnet.
Voraussetzungen für die Zulassung zum Programm (sogenannte medizinische und sozialmedizinische Indikationen) sind im allgemeinen:
- eine unheilbare Erkrankung, die in absehbarer Zeit zum Tod führt (Aids), eine Spätschwangerschaft, unaufschiebbare operative Eingriffe,
- schwere chronische oder psychische Erkrankungen
- mehrere gescheiterte Abstinenztherapien.

Keine Zulassung sollte es geben
- bei einer Abhängigkeit unter 5 Jahren
- bei längeren drogenfreien Intervallen
- bei Mehrfachabhängigkeiten ohne Heroin-Bevorzugung
- bei Patienten, die unter 25 Jahren sind.

Der Patient, der behandelnde Arzt und der zuständige Drogenberater müssen zusammen einen Vertrag unterschreiben. Der Patient verpflichtet sich u.a., an einer psychosozialen Betreuung teilzunehmen, auf den Konsum illegaler Drogen zu verzichten und unangekündigte Urinkontrollen zuzulassen. Der Patient darf während der Behandlung auch nicht strafrechtlich in Erscheinung treten.
Der Arzt und der Drogenberater werden gegenüber der Ethik-Kommission und untereinander von ihrer Schweigepflicht entbunden.

Interview zum Methadonprogramm

WC: Ihr seid beide seit ein paar Wochen im Methadon-Programm. Wie seid ihr da reingekommen? Mußtet ihr euch bewerben und irgendwelche Voraussetzungen erfüllen?

Sabine: Wir waren drauf, also abhängig und hatten schon mehrmals versucht, zu entziehen. Ich habe schon mehrere Therapien gemacht und hatte auch längere Clean-Zeiten zwischendrin. Diesmal sind wir trotz vieler Versuche nicht runtergekommen. Dann wurde das mit dem Polamidon (=Methadon) in den Medien immer wieder angesprochen und Bekannte von uns bekamen bereits welches. Wir haben uns entschieden und tatsächlich einen Arzt gefunden, dann aber fast zwei Monate gebraucht, um das anerkannt zu kriegen. Der Arzt muß einen Bericht schreiben, wir mußten einen Lebenslauf schreiben. Den gaben wir dem Arzt und der stellte ein paar Untersuchungen an. Dann hat er den Antrag formuliert und gestellt. Parallel mußten wir zur Drogenberatung. Der Arzt reicht den Antrag bei der Ärztekammer ein. In der Situation, drauf zu sein, kriegt man viele dieser Gänge zur Drogenberatung usw. gar nicht hin. Für unseren schriftlichen Lebenslauf haben wir drei Wochen gebraucht.

WC: Mußtet ihr denen eine Perspektive bieten, oder einfach lange genug drauf gewesen sein?

Thomas: Du mußt schon lange drauf gewesen sein. Aber wir müssen auch Verträge machen mit der Drogenberatung, für ein halbes Jahr. Die werden dann jeweils um ein halbes Jahr verlängert, je nachdem, wie man sich sozial gefestigt hat, während man Polamidon bekommt. Danach kann man dann vom Polamidon selbst entziehen.

Sabine: Die meisten stecken ja in einer total kaputten Welt, keine Wohnungen, keine Bezüge, keine richtigen Freunde, nur Junk-Bekanntschaften. Man bearbeitet keine Post mehr, zahlt keine Miete mehr.
Das Polamidon ist dafür da, damit man aus diesem Kreislauf rauskommen kann, eine Wohnung findet, eventuell auch Arbeit.

WC: Was ist denn der Unterschied zwischen Methadon und Heroin?

Sabine: Heroin ist ein Produkt aus einer Pflanze und Methadon aus dem Reagenzglas. Was die Wirkung betrifft: Methadon ist nicht wie Heroin. Es fehlt das Enthusiastische. Das Feeling fehlt.

Thomas: Aber es stillt den Opiathunger. Wenn du entziehst und stehst die erste Zeit frisch im Leben und deine Rezeptoren schwingen da frei rum und sind nicht betäubt, dann kommst du bei Problemen ganz schnell auf den Gedanken, einen Druck zu machen. Wenn du Polamidon drin hast, sind die Rezeptoren gesättigt, irgendwie verkapselt, und du hast nicht diese Psychos.
Für uns ist es eine Medizin, die uns hilft. Wir wollen es auch nicht unser ganzes Leben machen, sondern erstmal so als soften Übergang ins cleane Leben, eben ohne Dope.

Sabine: Jetzt machen wir was ganz Legales. Wir kommen gar nicht mehr mit der illegalen Droge zusammen, wir kommen nicht mit den Leuten zusammen und versuchen auch nicht den Kontakt herzustellen. Wenn man drauf ist, man merkt das selber nicht, ist man recht eklig, finde ich. Wir merken das, wenn wir alte Bekannte treffen.

Thomas: Das war auch ein Grund, warum wir aufhören wollten. Wir sind zwar auch drauf und dicht ganz gut klargekommen, aber da hat immer was gefehlt. Als wir Remis genommen haben, hatten wir zwar keinen Turkey, waren aber nicht so abgedichtet wie bei H. Wir waren da lebendiger und ganz anders zueinander.
Auf H braucht man eigentlich wirklich niemanden.

WC: Ihr sagt, die Wirkung von Pola sei anders als bei H. Fehlt euch da nicht was?

Sabine: Ja, wir wollen aber clean werden.

Thomas: Klar. Viele versprechen sich unheimlich viel von Polamidon und denken jetzt, au ja, Polamidon, das ist es. Dope vom Staat oder so. Das ist es aber nicht. Wenn es nicht in der Ferne steht, daß einer mal aufhören will, dann wird ihm das Polamidon nicht reichen, wenn man auf abdichten aus ist. Dann wirst du dir automatisch am zweiten oder dritten Tag dazupacken.

Sabine: Und dann kommt man eben auf Polamidon und auf H drauf, und dann wird das noch viel schlimmer, wenn man entzieht.

Thomas: Und was passieren kann ist, daß du dich überdosierst, weil du es nicht merkst. Du wirst nicht dicht. Also, was du sonst halt beim Hero hast, das bleibt aus, aber auf den Körper wirkt es eben trotzdem. Du kannst also das drei- oder vierfache drücken, ohne was zu merken, und dann fällst du auf einmal um und wirst blau.

WC: Ihr habt gesagt, Polamidon wär für euch ein Mittel, um von der Abhängigkeit runterzukommen und euer Leben wieder ohne diese Sucht zu führen. Kriegt ihr das klar? Ihr seid ja noch nicht so lange dabei.

Thomas: Ich find es bisher ganz gut. Wir kannten Polamidon ja schon von früher, man konnte früher schon zwischendurch irgendwelches Apothekenzeugs kriegen. Das ist halt immer sauber und ganz gut. Man weiß ja, auf was man sich da einläßt. Es ist allerdings auch sehr stark. Der plötzliche Entzug davon muß höllisch sein, viel schlimmer als bei Heroin.
Es kommt immer drauf an, wie stark der Wille ist, wegzukommen von dem H. Und was man für Erwartungen und Erfahrungen hat, wo man clean war, und was man sich eben so vom Leben vorstellt. Man kann ja vergleichen.
So eine Sucht, die kann man nicht so einfach ausziehen wie eine Jacke. Und das Polamidon gibt mir erstmal Sicherheit, eine Krücke. Hero ist ja sowieso eine Krücke, eine Lebenskrücke. Wie ganz viele andere Drogen auch Krücken sind zum Überleben. Ist ja ganz klar, sonst würde man es ja nicht machen. Und jetzt hab ich halt eine Krücke genommen, die ist legal, macht nicht ganz so dicht, und ich hab einfach bessere Chancen, von Polamidon zu entziehen, als von Heroin. Man könnte jetzt theoretisch auch von Heroin entziehen, ganz langsam. Man müßte dafür immer das gleiche Dope haben, eine gute Waage, die auch Milligramm wiegt, und dann könntest du dich auch von H runterholen. Das H könnte man auch vom Staat bekommen und Milligramm für Milligramm entziehen. So, wie man im Endeffekt nachher auch von Polamidon entzieht.

Sabine: Das glaub ich nicht, mit dem H entziehen. Wir müssen uns jetzt natürlich darüber klar sein, daß wir jetzt registriert sind, für den Staat als Drogenabhängige verzeichnet. Ich habe Bekannte, die schrecken davor zurück, weil sie einfach noch nicht aufgefallen sind.

WC: War die Kriminalisierung, das ständige Risiko, für euch auch ein Grund aufzuhören?

Thomas: Sagen wir so, ich möchte mit den Bullen nichts zu tun haben, aber sie standen auch noch nicht auf der Matte. Wir haben kein Ermittlungsverfahren laufen, hatten keine Hausdurchsuchung, garnichts. Aber früher oder später fällt man auf. Irgendwann wird man mal verhaftet, in einer Wohnung, wo man Dope holt, oder du läufst über die Szene und hast ein Pack in der Tasche, irgendwann muß das mal passieren.

Sabine: Ich bin froh, daß ich nichts offen hab. Nichts im Rükken, keine Bewährung oder so. Ein Kleinverbraucher kommt ja erstmal in den Knast. Die ganzen Knäste sind voll von Leuten, die nur ein Päckchen dabei hatten.

Thomas: Es ist ja nicht so, daß wir jetzt Angst hatten, o Gott, nur nichts Illegales machen wegen der Polizei, das garantiert nicht. Das hält keinen ab. Keiner wird vom Dope abgehalten, wenn er gerade aus dem Knast kommt, gerade achtzehn Monate abgemacht und noch achtzehn Monate Bewährung offen hat. Wenn das da ist, der Drang, die Gier, sich einen reinzutun, dann macht der das. Egal, wer hinter ihm steht oder so.

Şırnak liegt im e
Jahr zur Provinz
Guerilla der PKK
Viele von ihnen
krieg hat die wir
der Verkauf von
dies seit langem
chen töteten Sold
ten Leute aus de
Händler schlosse
sich die ganze St
auf 20.000 an, di
lebe die PKK" d
Banken zerstörte
Menschen starbe

Aufst

Şı

Kurdi

In den nächsten Tagen war die Stadt von Spezialeinheiten der Armee abgeriegelt. Eine öffentliche Beerdigung der beiden Toten wurde verboten. Trotzdem versammelten sich am Tag nach dem Aufstand 3000 Menschen zu einem Schweigemarsch und besuchten die Häuser der Verwandten der Getöteten. Die Militärs schritten nicht ein. Im Gegenteil bemühte sich die Regierung nun um Deeskalation. Abgeordnete intervenierten. Das Kohlesammeln wurde wieder erlaubt, den Maultierbesitzern wurde eine Entschädigung versprochen. Die beim Aufstand Festgenommen würden vor Ablauf der üblichen 30 Tage Polizeifolter freigelassen. Das Regime hat Angst.

In den folgenden Tagen fanden in den umliegenden Kreisstädten ähnliche Aufstände statt. Die Deportation hat in den Kreis- und Provinzhauptstädten ein neues Proletariat geschaffen, das nun Träger der Aufstandsbewegung ist, die seit einem Jahr in der Region Botan nicht abreißt.

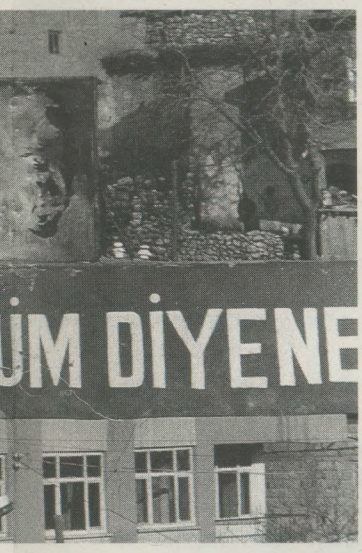
"Glücklic

Zwei Männer melden Anspruch auf Entschädigung für ihre getöteten Maultiere an. Im Hintergrund der Abgeordnete der HEP (Arbeitspartei des Volkes); die Partei wurde von kurdischen Abgeordneten, die aus der sozialdemokratischen Partei ausgeschlossen worden waren, letztes Jahr gegründet. Sie unterstützte die Hungerstreikkampagnen und Proteste gegen die Zwangsumsiedelungen und die Repression in den kurdischen Regionen. Viele benutzen sie als legale Möglichkeit politischer Organisierung.

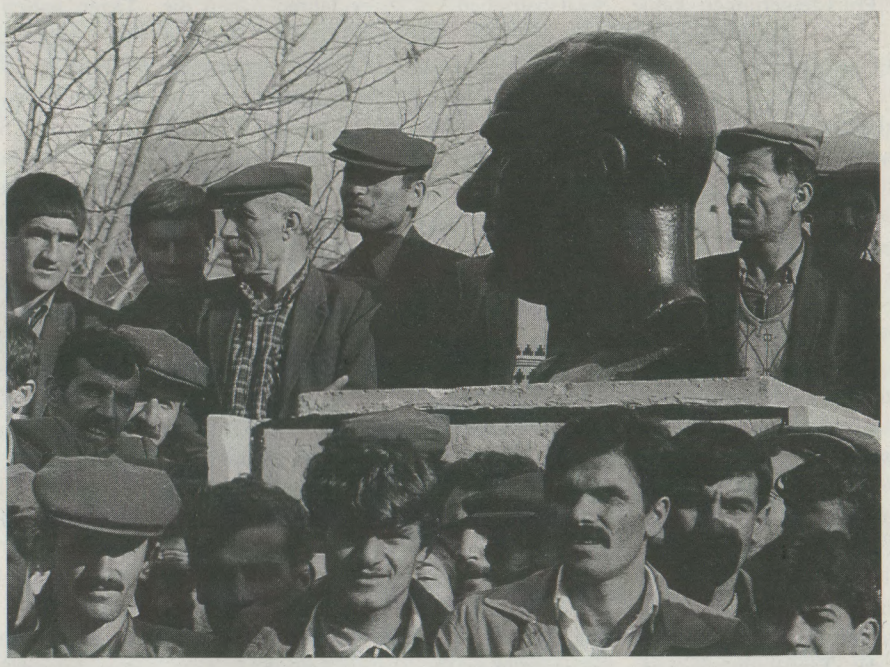
Fotos: Umbruch-Bildarchiv

etwa 50 km von der irakischen und der syrischen Grenze entfernt am Rande des Cudi-Gebirges. Seit die Stadt im letzten
hauptstadt gemacht wurde, ist eine eigene Militärsondereinheit stationiert. Die Region ist Hauptoperationsgebiet der
K. In den letzten beiden Jahren wurden etwa 50.000 Menschen vom Militär gewaltsam aus ihren Dörfern vertrieben.
haben in den Kreisstädten Unterschlupf gefunden bei Verwandten, haben sich selbst ein Hütte gebaut. Der Golf-
rtschaftliche Situation drastisch verschärft. Wovon sie eigentlich leben, weiß niemand so richtig. In Şırnak ist
Kohle aus stillgelegten überirdischen Kohlegruben eine wichtige Einkommensquelle. Das Militär versucht
zu unterbinden. Am 27. Februar wurde das Kohlesammeln offiziell verboten. Um das deutlich zu ma-
daten an die 200 Maultiere, mit denen die Leute die Kohle abtransportieren wollten. Die Dörfler hol-
r Umgebung und zogen gemeinsam in die Stadt, um sich beim Gouverneur zu beschweren. Die
en ihre Läden, die Schüler verließen die Schule, Frauen, Männer, Kinder schlossen sich an, bis
adt im Aufstand befand. Die Masse wuchs
e mit Parolen "es lebe Kurdistan" und "es
uch die Stadt zog, öffentliche Gebäude und
e. Das Militär schoß in die Menge. Zwei
er, viele wurden verletzt verhaftet.

and in
RNAK
stan/Türkei

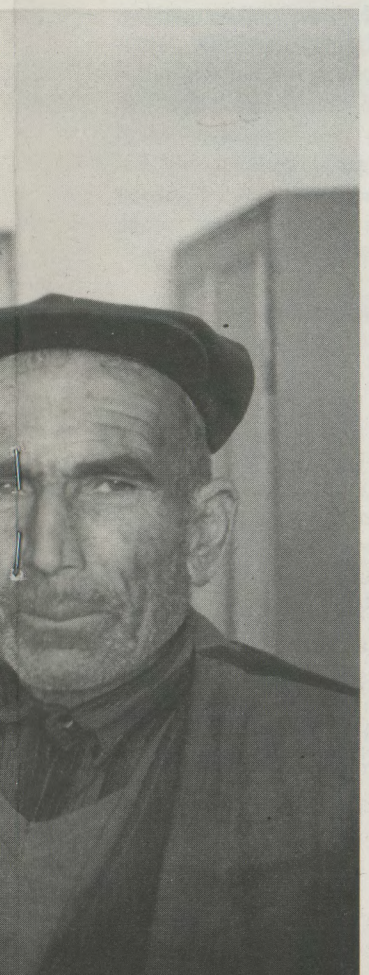


ch ist, wer sagen kann, ich bin Türke".



Auch der Abgeordnete der regierenden "Mutterlandspartei" sieht Handlungsbedarf. Er hält zum ersten Mal eine Rede in kurdischer Sprache, in der er die Toten "unsere Gefallenen" nennt.

Die Symbole des kemalistischen Staates provozieren auf alle öffentlichen Plätzen in den kurdischen Gebieten.



Pulverfaß TÜRKEI

Schon im letzten Sommer schrieben selbst bürgerliche Zeitungen, daß in der Türkei "alles auf der Kippe stehe". Möglicherweise gibt es im Irak und Iran noch interessantere Entwicklungen in den Kämpfen der ArbeiterInnen, so wissen wir z.B., daß seit Mitte Januar bis heute [Anfang April] die Ölarbeiter streiken, also den ganzen Krieg über! Wir berichten soviel über die Türkei, weil wir von dort mehr Informationen haben.

Die Regierung kämpft an mindestens zwei Fronten: zum einen gegen die kurdische Aufstandsbewegung, zum andern gegen die ArbeiterInnen, die keine weitere Verschlechterung ihres Lebensstandards mehr hinnehmen wollen. Staatspräsident Özal hat versucht, durch Beteiligung am Golfkrieg eine bessere Position für die Türkei auf dem Weltmarkt und vor allem Geld herauszuschlagen: Unterstützung der Allianz gegen Öffnung der Märkte für türkische Exporte. Finanziell hatte er keinen Spielraum mehr: 50 Mrd. $ Auslandsschulden, gleichzeitig waren wegen der Preissteigerungen keine Steuererhöhungen möglich. Die ArbeiterInnen suchen seit Monaten nach Wegen, um gegen diese Politik Widerstand zu leisten und ihre Lebensverhältnisse zu verbessern.
Mitte Dezember hatten sich die Gewerkschaftschefs an die Spitze der Bewegung gestellt und am 3. Januar praktisch zum (verbotenen) Generalstreik aufgerufen. Nach Kriegsbeginn hatten sie wieder einen Rückzieher gemacht: weder unterstützten sie Aktionen gegen den Krieg, noch brachten sie die laufenden Kämpfe an die Öffentlichkeit. Die Regierung hatte den Krieg benutzt, um die Streiks für zwei Monate auszusetzen. Im Metall- und Hotelsektor wurden viele tausend ArbeiterInnen in unbezahlten Urlaub geschickt bzw. gezwungen, ihren Jahresurlaub zu nehmen (Mercedes). Während des Krieges wurden 150.000-200.000 — von insgesamt zweieinhalb Millionen — sozialversicherten ArbeiterInnen entlassen. Allein in Privatbetrieben der Textilindustrie verloren 40.000 ArbeiterInnen ihren Arbeitsplatz. In mehreren Betrieben präsentierten die Unternehmer nach der Unterschrift unter den Tarifvertrag ihre lange vorbereitete Entlassungsliste: "Wir geben euch die Lohnerhöhung, aber dafür müssen wir rationalisieren".

In der letzten Wildcat haben wir über die Streiks der Metall-, Papier- und BergarbeiterInnen berichtet. Noch knapp vor Kriegsbeginn haben die Textil- und die Metallarbeitergewerkschaft einen Tarifvertrag unterzeichnet. Die Bergarbeiter wurden von der Regierung nach Abbruch ihres Marsches wochenlang hingehalten; die Gewerkschaft schloß schließlich genauso schlecht ab wie die anderen beiden Gewerkschaften. D.h. der Grundlohn beträgt in den nächsten sechs Monaten eineinhalb Mio. TL brutto. Bei dem komplizierten Lohnsystem mit vielen Zulagen und nach Abzug der Steuer (ein Drittel!) ergibt das etwa 750 Mark netto — ein Betrag, den z.B. die Ölarbeiter schon vor zwei Jahren erreicht hatten.

"Arbeiterklasse auf der Suche"

Die ArbeiterInnen in der Türkei sind "auf der Suche". Die "Linken" können wenig mit einer Arbeiterklasse anfangen, die "nur für ökonomische Ziele kämpft", statt sich ihrer "politischen Führung" anzuvertrauen. Schon in den Tarifauseinandersetzung in den Staatsbetrieben vor zwei Jahren haben die ArbeiterInnen erfolgreich die Gewerkschaftsführungen in den Kampf gezwungen. Hier haben natürlich sozialdemokratische oder noch rechtere Kräfte großen Einfluß, die eher zum Rückzug blasen, als sich auf eine Konfrontation einzulassen - wie im Bergarbeiterstreik im Januar (s. Wildcat 54).

Auch während des Krieges hat es immer wieder Aktionen von — politisch oft völlig heterogenen — Belegschaften gegeben, in denen sie verbissen gegen Entlassungen ankämpften.
In der Lederfabrik Maga in İzmit z.B. wurden am 22.1. 40 von 550 ArbeiterInnen entlassen. Daraufhin erschien die Belegschaft am 11. Februar geschlossen nicht zur Arbeit. Als der Unternehmer daraufhin alle entließ, besetzten die ArbeiterInnen am 25. Februar den Betrieb, wobei Frauen eine führende Rolle spielten. Die ArbeiterInnen schliefen über 30 Tage im Betrieb. Seit Beginn des Ramazan sollen sie gemeinsam gefastet und für einen erfolgreichen Kampf gebetet haben. Anfang April hat der Unternehmer eingelenkt und bis zum Zuckerfest die ausstehenden Abfindungen versprochen.
Bei Contitech besetzten die ArbeiterInnen aus Protest gegen die Entlassung von fünf gewerkschaftlichen aktiven Kollegen den Betrieb. Sie ließen sich auch nicht einschüchtern, als der Unternehmer drohte, den Betrieb zu schließen. Am vierten Tag konnten die Entlassenen die Arbeit wiederaufnehmen.
Die ArbeiterInnen der privaten Zündholzfabrik Malazlar hatten ihren Streik nach 232 Tagen wegen des Krieges abbrechen. Sie nahmen die Arbeit wieder auf, aber mit halber Kraft: einen Monat lang wurde die Produktion um die Hälfte gesenkt. Am 28.2. und 1.3. besetzten sie den Betrieb. Daraufhin schloß der Unternehmer einen Tarifvertrag mit einer Million TL Lohnerhöhung ab.

Die Tarifkämpfe in den Staatsbetrieben gehen weiter

Sofort nach Ende des Streikverbots haben neue Aktionen begonnen. Für die knapp 6000 Arbeiter der Raffinerie und des Petrochemiewerks in İzmir sind die Tarifverhandlungen ohne Ergebnis zu Ende gegangen. Da im Energiesektor Streikverbot herrscht, benutzen die ArbeiterInnen andere Kampfmöglichkeiten. Ende Februar gingen sie gemeinsam zum Arzt, arbeiteten zwei Tage langsam und wollten am nächsten Tag wieder gemeinsam zum Arzt gehen. Der Unternehmer rief Polizei und Gendarmerie und wollte nicht allen Arbeitern Krankenscheine geben. Die Arbeiter marschierten trotzdem zum Krankenhaus. Am nächsten Tag wurde wieder gearbeitet, weil sonst angeblich Explosionsgefahr bestanden hätte. Seit fünf Tagen halten sie den Betrieb besetzt, d.h. die Arbeiter aller drei Schichten halten sich ständig im Werk auf, was natürlich Einfluß auf die Produktion hat.
Seit letztem September wurde über die Löhne der Stahlarbeiter in Erdemir/Schwarzmeerregion verhandelt. Die Arbeiter bereiteten sich auf den Streik vor, als die Regierung überraschend abschloß: die Lohnerhöhung beträgt im ersten Jahr 185% und danach halbjährliche Lohnsteigerungen von 135% bzw. 130% plus Inflationsrate. Der neue Grundlohn steigt also ab sofort von 1.144.000 auf 3.262.000 TL. Die Regierung wollte offensichtlich einen Streik vermeiden. Am 2. April 0.00 Uhr traten 10.000 ArbeiterInnen der Flugabfertigung auf den türkischen Flughäfen in den Streik. (Ihre Gewerkschaft Hava-İş steht seit Jahresbeginn in Tarifverhandlungen, die Forderung beträgt 700% Lohnerhöhung.) Am ersten Streiktag fanden nur "notwendige" Flüge statt, Inlandsflüge fielen ganz aus.

Im Mai sind die Tarifverhandlungen für insgesamt 600.000 in Staatsbetrieben beschäftigte ArbeiterInnen zu Ende. Die Regierung hat begriffen, daß sie gegen Massen, die sich auf der Straße und in den Betrieben in Bewegung gesetzt haben, nicht allein mit Repression vorgehen kann. Die neuesten Tarifabschlüsse der Stahlarbeiter zeigen, daß sie bereit ist, größere ökonomische Konzessionen an die ArbeiterInnen zu machen, um sie als politische Kraft, die sie hinwegfegen könnte, auszuschalten. Genauso wie einige veraltete Gesetze reformiert werden (Verbot von kommunistischen und islamischen Parteien, Verbot der kurdischen Sprache), um das System insgesamt zu retten...

Stand vom: 7. April 1991

WIRBELSTURM ÜBER LA RÉUNION

"Beobachter vergleichen die Revolte, die schwerste seit mehr als 20 Jahren, mit den Ausschreitungen in Vaulx-en-Velin bei Lyon im vergangenen Herbst (vgl. Artikel in Wildcat 53), aber verzehnfacht oder verhundertfacht. Die Versicherungen schätzen die Schäden ebenso hoch ein, wie nach einem mittleren Wirbelsturm." (FAZ, 27.2.91)

Zur selben Zeit wie die Revolte im französischen Insel-Département hat es auch im Pariser Vorort Sartrouville geknallt. Seit Herbst gibt es in den Vorstädten der französischen Städte, wo die Mehrheit der Einwanderer aus Nordafrika lebt, tagelange Revolten.

Die Riots auf La Réunion begannen am Samstag, dem 23. Februar. Der Anlaß war die Schließung eines illegalen Fernsehsenders, Radio FreeDOM. Eine Demonstration für seine Legalisierung war verboten und von den Bullen aufgelöst worden. In den Ghettos der Städte war dieser Sender sehr beliebt. Neben Pornos und Karatefilmen liefen dort viele Lifediskussionen mit Leuten aus dem Ghetto. "Der einzige Luxus, den sie haben" meinen die einen, "dieser Sender ist eine Droge" meinte der Erzbischof der Insel, "vergleichbar mit Zamal", wie das Reunionaiser Dope heißt. In den Jahren vorher hatte der Organisator des Senders, der Ex-Amnesty-International-Sekretär der Insel und jetzige Abgeordnete der Sozialisten, zu den größten Demos aufgerufen, die es je auf der Insel gab.

Am Tag nach der Demo wurde der erste Supermarkt im Viertel Chaudron geplündert und angezündet. Revoltierende Jugendliche plünderten Autohändler (Golf, Mitsubishi) und veranstalteten zu Dutzenden "Autorodeos", d.h. sie haben die Autos zu Schrott gefahren. Am Montag herrschte Volksfeststimmung und tausende von Leuten haben sich in den Supermärkten und Läden bedient. Eine Gruppe von Jugendlichen versuchte die Gitterzäune des Finanzamtes mit einer Dampfwalze einzudrücken. (Insgesamt soll der "harte Kern" angeblich zwischen 250 und 1500 Leuten liegen.) Die Bereitschaftspolizei wurde durch auf der Insel stationierte Soldaten und durch CRS aus Paris verstärkt. Inzwischen patrollieren 800 Bullen und Soldaten. Außerdem wurden von den Ladenbesitzern bewaffnete Trupps aufgestellt, um die Läden zu schützen. Diese schossen einen Vierzehnjährigen an, der nur einem Laden zu nahe gekommen war. Einen Tag später kamen in einem Möbelgeschäft acht Leute ums Leben. Der Laden wurde gerade geplündert, als ein Molli reingeflog. Außerdem soll es noch Verletzte in einem anderen Supermarkt gegeben haben, wo eine Wand eingestürzt ist. Vorerst war die Bewegung vorbei.
Als vierzehn Tage später der französischen Innnenminister Rocard die Insel "besuchte" bekam er einen heißen Empfang mit neuen Krawallen und Plünderungen. Seither flackert die Revolte immer wieder auf.

La Réunion liegt im indischen Ozean und war bis vor 44 Jahren französische Kolonie. Danach wurde es zum "gleichberechtigten" französischen Département gemacht. Die Arbeitslosigkeit liegt bei 33%. Der SMIC (Mindestlohn) liegt 20% unter dem (metropolen-) französischen. Das wird damit begründet, daß die Leute auf Reunion aufgrund des tropischen Klimas keine Heizkosten haben und keine Winterkleidung brauchen. Dabei sind die Lebenshaltungskosten und die Mieten teilweise höher als in Paris. Es gibt Slums aus Wellblechhütten. Die Verwaltung ist in der Hand von privilegierten französischen Kadern. Mehrere 10.000 Leute aus La Réunion (ca. ½ Mio. Einwohner) arbeiten im (metropolitanen) Frankreich.

Es gibt kaum Industrie. Überdurchschnittlich viele arbeiten im öffentlichen Dienst, wenigstens zeitweise. Hauptexportgut ist Zuckerrohr. Das scheint als Hintergrund des Aufstands eine besondere Rolle zu spielen: ".....Kindergeld und staatliche Einkommensbeihilfe haben zur Folge, daß viele nicht mehr arbeiten wollen. Der Präfekt hatte die Einkommensbeihilfe vier Monate lang ausgesetzt, weil zur Zeit der Zuckerrohrernte keine Arbeiter zu finden waren...."(FAZ,27.2.91).

Es gab in der Woche vor dem Aufstand Streiks im öffentlichen Dienst. Leider wissen wir nichts genaues darüber. Als Rocard einige Wochen nach der ersten Randale auf die Insel kam und die Revolte wieder aufflackerte, reagierte er auf die Forderung nach mehr Kohle mit den Worten, "...ich habe keine Beziehung zum Weihnachtsmann."

Nach dem "Atomstaat" die "Gengesellschaft"?

Meist wird die Diskussion um die Gentechnologie unter ethischen oder Sicherheitsaspekten geführt. Zu den Wenigen, die in diesem Zusammenhang "Herrschaft" und "Ausbeutung" thematisiert haben, gehören die Feministinnen mit ihrer Kritik an den neuen Reproduktionstechnologien. Dieser Punkt ist in unseren Artikeln auch nur kurz angerissen. Was uns interessiert, ist die Bedeutung dieser neuen Technologie im Klassenkampf.

Es stimmt, daß neue Technologien zu jeweils neuen gesellschaftlichen (sozialen und politischen) Verhältnissen und Strukturen führen. Genaugenommen beinhaltet dieser Satz aber schon die Ideologie der Herrschenden, die uns ihre Politik als Sachzwang, als zwangsläufige Folge des "Fortschritts" verkaufen wollen. Vom Standpunkt der Arbeiterklasse sieht dieses Verhältnis anders aus: Immer dann, wenn das Kapital in die Krise gerät, weil die aktuellen Formen der Ausbeutung von der Arbeiterklasse blockiert werden, dann reagiert das Kapital auf die Kämpfe der ArbeiterInnen mit der Entwicklung von neuen Formen der Ausbeutung. Dazu gehören auch die "Technologien", für die im Kapitalismus immer gilt, was Karl Marx schon für die mit Dampf getriebene Spinnmaschine dargestellt hat: Maschinen werden entwickelt und eingesetzt als Waffen gegen die ArbeiterInnen. Der Gebrauch der Waffe "Technologie" kann vielfältig sein.

Die Atomenergie war der Traum des Kapitals von unbeschränkter Energie und unbeschränkter Kontrolle über die Produktion dieser Energie. Kostenlos: Energie, deren Produktion keine ArbeiterInnen mehr braucht und nicht durch deren Kämpfe in Frage gestellt werden kann. Die Atomenergie wurde vorangetrieben, weil sie zur Waffe gegen die aufrührerischen Bergarbeiter in den USA (und in Deutschland!) nach dem 2. Weltkrieg zu werden versprach. In den 70ern wurde sie dann zum Vorwand zur dramatischen Aufrüstung des Staates. "Atomstaat": das steht für einen bis an die Zähne bewaffneten Staat, der bereit ist, die monströsen Zentren der Produktion mit allen Mitteln "gegen den Terrorismus" zu verteidigen.

Die Kathedralen der Atomtechnologie waren zu sichtbar Ausdruck und Schauplatz der Konfrontation. Ende der 70er Jahre waren die AKWs als Strategie gescheitert. Ist es Zufall, daß gerade dann der Aufschwung dezentraler Technologien, wie Kleincomputer und Gentechnik beginnt? (In der Euphorie der Gründerjahre wird der Anwendung der Gentechnik im Energiesektor die größten Wachstumsraten vorausgesagt.)

In unseren Beiträgen kommt leider der lebendige Bezug zu kurz, GenarbeiterInnen kommen nicht zu Wort. Wir sehen diesen Mangel, bleiben aber am Thema dran.

Gentechnik

Eine Wissenschaft von der Natur der Arbeiterklasse

Der Gen- Baukasten

Die moderne **Genetik** geht davon aus, daß auf der DNA die gesamte genetische Information vorhanden ist, die ein Lebewesen braucht, um sich zu entwickeln. Der Code, den "die Natur" dazu benutzt, besteht aus 4 Buchstaben, 4 verschiedenen Basen, die zwischen zwei DNA-Strängen aus Phosphatzucker liegen. Diese DNA- Fäden gibt es in jeder Zelle. Sie sind z.B. beim Mensch ausgerollt etwa 2 Meter lang. In mehreren Ordnungen verdrillt sind es die Chromosomen. Die DNA der Fruchtfliege besteht aus etwa 160 Millionen Basenpaaren, beim Frosch und den Säugetieren sind es etwa 3 Milliarden, beim südamerikanischen Lungenfisch 120 Milliarden.

Die vier Buchstaben der DNA codieren 20 Aminosäuren, aus denen dann die Eiweißstoffe, die Proteine, die eigentlichen "Bausteine des Lebens" aufgebaut sind. Jeder Abschnitt auf der DNA dient also als Programm für ein (oder mehrere?) Protein. Der ganze Prozeß der Zellteilung, der Proteinsynthese, der Energieversorgung, des Stoffwechsels wird von einer unbekannten Anzahl dieser Proteine, den Enzymen, gesteuert.

So relativ einfach und logisch das alles klingt, es handelt sich nur um Vorstellungshilfen - wie etwa das Bohr'sche Atommodell. Zellen, sogar DNA- Fäden kann man noch unter dem Elektronenmikroskop "sehen". Alles andere sind Schlußfolgerungen aus indirekten Beobachtungen.

Die Gentechnik hat erfolgreich nach Werkzeugen gesucht, um in dieser molekularen Ebene eingreifen zu können und hat einige hundert Enzyme gefunden, die zum Steuer- und Regelkreis der Zellentwicklung gehören. Enzyme, die die DNA an bestimmten Stellen "aufschneiden", andere, die sie wieder zusammensetzen. Die DNA der Zellen ist bisher kaum direkt manipulierbar. Benötigt werden sogenannte "Vektoren", Viren oder Plasmide, die sich nicht selbständig vermehren, wohl aber existieren können. Sie dringen in Zellen ein und können dort ihre DNA in die DNA dieser Zellen einbauen.

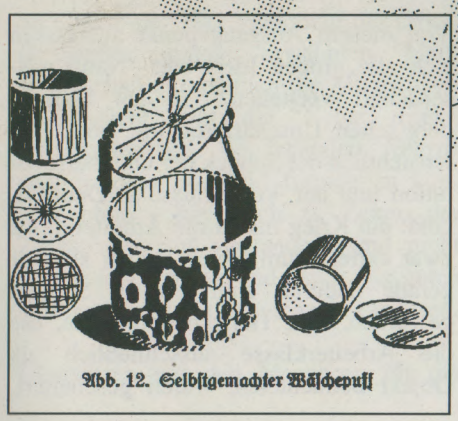


Abb. 12. Selbstgemachter Waschepuff

Daß biologische Strukturen mehr als nur vielfältig sind, ist eine Binsenweisheit. Das gilt natürlich auch für den molekularen Bereich. Ein kleineres Protein kann beispielsweise aus 60 Aminosäuren aufgebaut sein. Da es 20 verschiedene Aminosäuren gibt, bestehen 20^{60} Möglichkeiten der Zusammensetzung. Das ist eine Zahl, die ohne weiteres als unendlich bezeichnet werden kann: sie ist größer als die Anzahl der Atome im ganzen bekannten Universum. Die meisten Proteine bestehen aus hunderten von Aminosäuren[1]. Und nicht zuletzt entscheidet auch die räumliche Struktur der vielleicht 10000 Atome, ob ein Protein seine Aufgabe erfüllt. Wieviele verschiedene Proteine es wirklich gibt, ist selbstverständlich unbekannt[2]. Unbekannt ist auch die Rolle der Bakterien, Viren usw. in höheren Organismen (im menschlichen Körper gibt es mehr Bakterien als eigentliche Körperzellen)[3].

Die genaue Reihenfolge der genetischen Buchstaben des DNA- Codes ist nur für wenige Viren und ähnliches bekannt. Die längste bisher "sequenzierte" DNA ist die des Epstein-Barr-Virus mit 140000 Basenpaaren[4]. Die Sequenzierung der menschlichen DNA ist das große Ziel der Genetik in den 90er Jahren. Im Grunde geht es dabei darum, Stellen in der DNA zu finden, deren Sinn man zu verstehen glaubt und die für ein Experiment lohnend erscheint.

So geht die Gentechnik bisher mit Bakterien und anderen Kleinstlebewesen um: obwohl die ganze DNA z.B. von E.coli noch lange nicht bekannt ist, kennt man doch einige Abschnitte, verändert die, indem Stücke ausgetauscht, entfernt, hinzugefügt werden. Dann guckt man, was dabei rauskommt. Wenn das Bakterium dann einen bestimmten Stoff produziert, war das Experiment erfolgreich - und die Chemieindustrie hat ein neues Mitglied "unserer kleinsten Arbeitskräfte" (Werbung von Hoechst).

Gentechnik
Eine Weiterentwicklung von der Natur der Arbeiterklasse

Genetisch manipulierte Bakterien, Hefen, Pilze sind zur Produktion schon in vielen Bereichen zugelassen. Besonders aktiv scheint diesbezüglich die Industrie dort zu sein, wo traditionell mit "biologischen" Methoden gearbeitet wird: in der Nahrungsmittelindustrie. Molkereien in Großbritannien, der Schweiz und anderen Ländern arbeiten z.B. mit gentechnisch hergestelltem Chymosin, einem Enzym, das in der Käseproduktion zur Milchgerinnung führt (früher nahm man Kälberlab). Es soll keinen Unterschied zu herkömmlichen Käse geben, außer daß nach 5 Wochen Reifezeit ein "schwacher Fremdgeschmack" auftritt, der dann aber wieder verschwindet...[5].

[1] Rolf Knippers, Molekulare Genetik, Stuttgart, New York 1985, S.XVIII

[2] Da die Vielfalt des Lebens zwar nicht in ihrer Qualität, wohl aber in ihren Quantitäten die menschlichen Möglichkeiten übersteigt, kann es wohl keine Antwort auf solche Fragen geben...

[3] Ernst-L. Winnacker, Synthetische Biologie, in: Herbig/ Hohlfeld, Die zweite Schöpfung, München, Wien 1990, S. 380f

[4] nach H.G.Gassen et al., Gentechnik, Stuttgart 1987, S. 23

[5] Thomas Kuhn, Neue Bio-Technologien in der Milchindustrie, Hamburg 1990, S. 20

Kapital und Naturwissenschaft oder: was die Gentechnik und der Golfkrieg miteinander zu tun haben

Gentechnik
Eine Wissenschaft von der Natur der Arbeiterklasse

Auf den ersten Blick und im Nachhinein sieht es so aus, als folge die Entwicklung der Naturwissenschaften einer inneren Logik, oft bezeichnet als "Fortschritt der Erkenntnis". Die eine Frage folgt demnach aus der Beantwortung der vorherigen. Von diesem Modell ausgehend wäre es allerdings eine überraschende Beobachtung, welch "altertümliche", rückständige Wissenschaft, etwa im Vergleich zur modernen Physik, die Genetik darstellt.

Obwohl die prinzipielle Unmöglichkeit des Unterfangens ins Auge springt[1], scheint die Genetik, wie die Physik des ausgehenden 20. Jahrhunderts, nach deterministischen (eindeutig bestimmbaren) Zusammenhängen auf der Ebene der kleinsten Teile in der "Natur" zu suchen. Einer "Natur", die ausschließlich als Objekt der Beobachtung und Manipulation vorliegt.

Die Physik ist, zumindest was ihre theoretische Variante angeht, mindestens zwei Schritte weiter in ihrer Methode der Erkenntnis. 1927 formulierte W. Heisenberg die "Unschärferelation": bei der Beobachtung der Elementarteilchen kann nicht gleichzeitig Ort und Impuls gemessen werden. Der Beobachter gehört immer und prinzipiell zum Experiment dazu. Ein anderer wesentlicher "Fortschritt" der theoretischen Physik in diesem Jahrhundert ist die Chaosforschung, die gerade nicht die kleinsten Teile, sondern das Ganze in seiner chaotischen Vielfalt, seiner unheimlichen Unbestimmtheit als Folge unendlicher Wechselbeziehungen zum Ziel der Erkenntnis macht.

Was ist "Naturwissenschaft"?

Ernst Bloch hat mal gesagt, daß die Naturwissenschaft nur Antworten auf Fragen erhält, die sie auch stellt. Welche Fragen stellt die Wissenschaft? Sie stellt ihre Fragen angeblich ("wertfrei"?) im Auftrag einer anonymen, abstrakten Größe: "die Menschheit" oder "der Mensch". Aber "den Menschen" gibt es sowenig wie "die Natur". Die Menschheit: das bedeutet Klassengesellschaft, Herrschaft, Unterdrückung. Dies bestimmt das Denken. "Die herrschenden Gedanken sind weiter Nichts als der ideelle Ausdruck der herrschenden materiellen Verhältnisse, die als Gedanken gefaßten herrschenden Verhältnisse, also der Verhältnisse, die eben die eine Klasse zur Herrschenden machen, also die Gedanken ihrer Herrschaft."[2] Wenn es der Naturwissenschaft um die Verbesserung der Naturbeherrschung durch den Menschen geht, dann ist das mehr als eine zufällige Gleichheit der Begriffe. Es ist die Widerspiegelung der Verhältnisse innerhalb des abstrakten Anonymus, in dessen ideellen Auftrag ein Naturwissenschaftler zu forschen wähnt.

Die großen "genialen" Ideen und Entwürfe in der Naturwissenschaft sind nicht anderes als die Übersetzung gesellschaftlicher Entwicklungen in die abstrakte, allgemeine Ebene. Die Fragen, die die Wissenschaft stellt, sind letzten Endes die Fragen, vor denen "die Gesellschaft" im Verhältnis zu ihrer eigenen Natur steht. Konkret ausgedrückt, es sind die Fragen, vor denen das Kapital in Bezug auf die Natur des Menschen steht. Das Verhältnis der Wissenschaft zur "Natur" ist die ideologische Widerspiegelung der Probleme, die das Kapital mit der Arbeiterklasse hat. Ob dies dem einzelnen Wissenschaftler klar ist oder nicht, spielt keine Rolle. Es werden Fragen auf Antworten gesucht, die sich stellen; es werden Modelle zur Organisierung der Arbeit und der Ausbeutung in jeweils konkret bestimmten Phasen des Klassenkampfs gesucht. Alles andere interessiert nicht, findet keine Anhänger, wird nicht finanziert, erhält keinen Lehrstuhl an irgendeiner Uni.

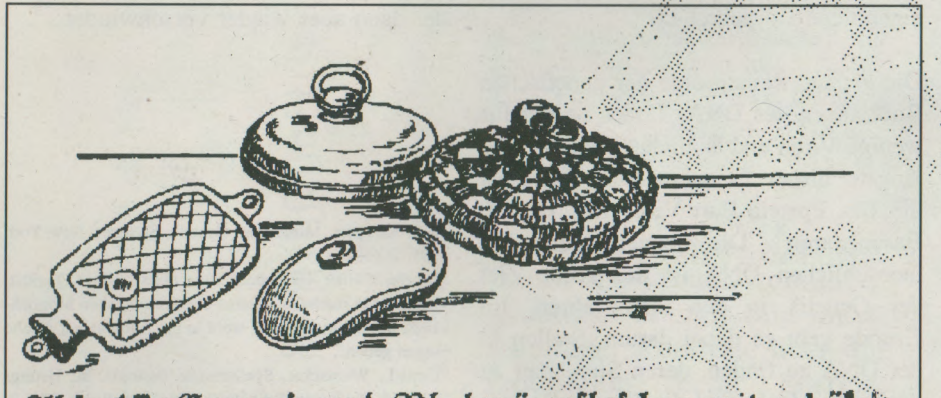


Abb. 17. Gummi- und Blechwärmflaschen mit gehäkeltem Überzug. Im Vordergrund eine gebogene Leibwärmflasche aus Blech

Der Klassenkampf ist der Motor der Erkenntnis

Von diesem Ausgangspunkt aus lassen sich alle großen Ideen der "Natur"wissenschaft verstehen.[3] In der Heisenberg'schen Unschärferelation steckt offensichtlich der Schock der Oktoberrevolution und der Verhältnisse in Deutschland: ein Krieg macht die Arbeiterklasse zwar extrem zum Objekt - aber sie war gerade dadurch zum aktiven Subjekt geworden. Alle Herrschaftsmodelle, die die Arbeiterklasse ausschließlich als Objekt betrachteten, waren gescheitert.

Das physikalische Modell wurde von J.M.Keynes ins Politische übersetzt: der Staat (der Experimentator) mußte sich klar darüber sein, daß er nicht mehr unabhängig vom Gegenstand des Experimentes (der Arbeiterklasse) existieren konnte. Die Chaosforschung verdeckt ihren direkt politischen Bezug erst gar nicht mehr. Wenn "der Flügelschlag eines Schmetterlings in Brasilien einen Tornado in Texas auslösen kann", dann ist das nicht nur die Anerkennung der realen Internationalisierung des Klassenkampfes, sondern auch ein Hinweis darauf, daß es neue Methoden der Berechnung (und Beherrschung) braucht, wenn die Arbeiterklasse nicht mehr durch wenige Organisationen repräsentiert und zurückgehalten wird.

Die Einschätzung der Genetik als politische Wissenschaft ist unbestritten. Jeder, auch die Vertreter der Wissenschaft oder der Anwender, fühlt sich beim Thema genötigt, am Ende seines Buches oder am Anfang seiner Rede den Angriff auf die "menschliche Keimbahn" zurückzuweisen. Das ist im Moment ziemlich billig, denn soweit ist die Gentechnik noch gar nicht. Aber allzu viele Dementis machen stutzig.

Ihre eigene Geschichte unterteilt sie in drei Perioden[4]:

- Gene als Informationsträger (ab Mendel's Erbsenzählerei, 1866)
- "zentrales Dogma" (⇒ Informationsfluß DNA → Protein) (ab der Aufklärung der DNA-Struktur 1953)
- molekulare (praktische) Genetik höherer Organismen (z.T. ab 1973, als es zum ersten Mal gelang, Erbmaterie von Wirbeltieren in Bakterien zu übertragen[5]; richtig aber erst seit Mitte der 80er, als die entscheidenden Enzyme gefunden wurden, um richtig manipulieren zu können.

Seit Mitte der 70er verspricht die Genetik jenem eingangs erwähnten "Menschen", daß nun endlich die Möglichkeit in Aussicht steht, die "Natur" direkt, wissenschaftlich, im frontalen Angriff nach seinem Ebenbild formen zu können, ohne - wie noch zu Zeiten der Züchtung - auf vorhandene und nicht vorhandene Zufälle und damit den guten Willen "der Natur" eingehen zu müssen.

Übersetzen wir den Menschen für die Klassengesellschaft mit Kapital, die Natur mit der einzigen "Natur", mit der es das Kapital zu tun hat, nämlich der Arbeiterklasse und wir haben den ultimativen Traum des Kapitals. Vor der Revolution macht sich das Kapital neue Arbeiter. Ein ziemlich verzweifelter, hoffnungsloser Traum - aber verständlich nach dem Trauma des Mai 68 und der revolutionären Ausbrüche Anfang der 70er. Ein Traum übrigens, von dem die Planer des Kapitals wahrlich nicht zum ersten Mal befallen sind. Wir wissen aus der Geschichte, daß die Genetik immer dann Triumphe feiert, wenn die Arbeiterklasse nicht mehr mit Zuckerbrot und Entlassung, sondern mit Peitsche und Gas behandelt wird.

Inzwischen ist gewiß Realismus eingekehrt. Ganz so einfach ist der Umgang mit der Natur/Arbeiterklasse nun auch wieder nicht. Alles braucht seine Zeit. Aber noch ist der Traum nicht ausgeträumt. Die Gentechnik rückt immer

Früher war es so: alles lag durcheinander!

entschlossener den Säugerzellen zuleibe. Für 1992 sind transgene Kühe versprochen, die mit Hilfe menschlicher Gene eine mit der menschlichen Muttermilch fast identische Milch liefern sollen[6]. Neben der Entwicklung von Methoden des direkten Eingriffs werden immer (für die Beschäftigten der Genindustrie) gefährlichere "Shuttle-Vektoren" entwikkelt, die aus verschiedenen Organismen zusammengesetzt sind[7] und in verschiedenen Organismen aktiv werden können. Der Zangenangriff auf die menschliche DNA ist im Artikel "Gengesellschaft" angesprochen. Wichtig ist an dieser Stelle noch der Hinweis, daß das Kapital zum Zwecke des Frankenstein-Projekts auch die Zeugung und Embryoentwicklung in den Griff kriegen, d.h. der Kontrolle der Frauen entziehen und der Gesundheitsindustrie unterstellen muß. (Nur in der allerersten Entwicklungsphase ist eine bleibende Manipulation der DNA erfolgversprechend. In Frankreich und wohl auch anderswo wird schon kräftig an Embryos experimentiert).

Trotzdem: nicht nur technisch ist die Gentechnik weit von Frankenstein entfernt. Die Rechnung insgesamt ist ohne Wirt gemacht. Solche Horrorvisionen setzen den totalen Triumpf des Kapitals und seiner Macher voraus - und in so einem Falle brauchte es die Gentechnik nicht mehr. Möglich, daß sie in der Lage sein wird, einige Krüppel zu erzeugen - aber das wäre schließlich nichts Neues, die Arbeit produziert Verkrüppelung zu jeder Sekunde.

Die Visionen lenken auch ab vom ganz realen Umgang des Kapitals mit seiner Natur. So wie die Gentechnik die Verzweiflung des Kapitals repräsentiert, so repräsentiert sie seine Methoden - und umgekehrt. Der Golfkrieg deutet an, daß mal wieder eine Phase der Verhandlungen, der Integrationsversuche vorbei ist. Die Chaosforschung lehrt das Kapital, daß kleine Lücken in der Kontrolle große Wirkungen haben können. Shuttle-Vektoren gehören wie die Patriot-Raketen so zur Neuen Weltordnung, wie die "Attraktoren" (bedeutende Strukturen in chaotischen Systemen) der Chaosforschung die Krisenherde frühzeitig aufzuspüren haben. Eben deshalb sind beide Wissenschaften höchst moderne "Gedanken ihrer Herrschaft".

[1] siehe "Der Gen- Baukasten"
[2] Karl Marx, Deutsche Ideologie, MEW 3, S. 46
[3] Für grundlegendere methodische und historisch umfassendere Fragen sei auf die Thekla12, Arbeit Entropie Apokalypse verwiesen!
[4] dies nach: Knippers, a.a.O., Einleitung
[5] Herbig/Hohlfeld, a.a.O., S. 319
[6] Gen-ethischer Informationsdienst 46, 1989, S. 2
[7] Gassen et al., a.a.O., S.334

Gengesellschaft

Die kapitalistischen Träume, die sich mit der Gentechnik verbinden, sind mehrschichtig, beziehen sich aber alle auf das zentrale Problem des Kapitals. Es existiert nur dort und insofern die Menschen arbeiten. Die ArbeiterIn (oder auch "AngestellteR"...) ist der lebendige Teil des Kapitals. Nicht nur als Individuum, sondern vor allem zusammen mit den anderen ArbeiterInnen, also als Klasse. Sie sind dabei aber nicht nur ArbeiterInnen, sondern Menschen, mit eigenem Kopf - und eigenem Körper.

Was veranlaßte die Chemiekapitale und den Staat (besser: alle Staaten, aber vor allem die der Metropolen), die Genetik und ihre technische Anwendung wieder verstärkt zum Objekt der Bemühungen werden zu lassen? Wenn wir uns die Kämpfe der 70er ansehen, dann läßt sich feststellen, daß ein zentraler Inhalt in der Zurückweisung der Auswirkungen der Arbeit (und der Arbeitsgesellschaft) auf den Körper bestand: von der Anti-Atomkraft zur Umweltschutzbewegung. Spektakuläre Kämpfe sind immer Ausdruck einer breiteren, tieferen, grundsätzlicheren Bewegung. "Ich mach mich doch nicht kaputt" - das war und ist ein wichtiges Motiv hinter der nachlassenden Arbeitsmoral und auch hinter gegenläufigen Entwicklungen wie der vorübergehenden Karrieresucht in den frühen 80er. Nicht nur die Reisechaoten von Brokdorf und Kalkar, auch die ArbeiterInnen wiesen immer mehr das "kaputtgemacht werden" zurück. So stiegen z.B. die Anzeigen für die Berufskrankheit "Lärmschwerhörigkeit" bei den Berufsgenossenschaften von ca. 1100 im Jahre 69 auf über 20000 im Jahre 77 an. Die "Anilinerzeitung Mitmischer" (eine BASF-Betriebszeitung) und andere waren Anfang der 80er grade deshalb so beliebt, weil sie das Thema "Gift und Gesundheit" in den Mittelpunkt ihrer Aktivitäten rückten.

Wie oft: auch in diesem Fall bezog das Kapital die Anregung für seine Politik aus dem Klassenkampf. Wenn die Körper begannen, sich der gesteigerten Arbeitshetze und Vergiftung zu verweigern, dann mußte man sich um diesen Teil der Arbeitskraft kümmern.

Die Mensch-Maschine[1]

Die Rolle der (Arbeits-)Medizin ist von jeher, für eine optimale Vernutzung der wichtigsten Maschine im Produktionsprozeß, für eine optimale Vernutzung der Ware Arbeitskraft zu sorgen. Was jeweils "optimal" heißt, wird eigentlich nicht so sehr medizinisch bestimmt, sondern hängt davon ab, was sich die Leute gefallen lassen. Ging es vorübergehend wenigstens in der Propaganda um die "Humanisierung der Arbeitswelt", so setzte sich die Arbeitsmedizin wieder sehr schnell auf den Zug, der ideologisch von der Genetik gezogen wird. Wenn der Mensch durch seine Gene bestimmt ist,dann geht es darum,für bestimmte Arbeitsbedingungen die richtige, die beste Mensch-Maschine zu finden (oder herzustellen, aber das ist noch Zukunftsmusik).

Wer ist empfindlich? Wer ist krebsgefährdet, wer verträgt die Gifte am besten? Das alles wird im Begriff der "Disposition" zusammengefaßt, also der allgemeinen "Krankheitsbereitschaft". Dazu gehört die allgemeine körperliche Verfassung, dazu gehört auch, ob jemand raucht oder sich sonstigen Freuden hingibt. Für die moderne Arbeitsmedizin stehen immer mehr die genetischen Voraussetzungen im Mittelpunkt. "Arbeitnehmerscreening" ist inzwischen ein bekanntes Stichwort. Dabei wird oft vermutet,daß es sich um Genom-

Abb. 215. Die „Vollbampf" wird entleert. Am Boden steht der Deckel, er wird als Schwenkwanne benützt

analyse, um Analyse der Gene im eigentlichen Sinne, handeln würde. Der DGB hat sich schon energisch gegen sowas ausgesprochen. Das geht mehr als haarscharf an der Sache vorbei. Kenntnisse über direkte Zusammenhänge zwischen den Genen (oder allgemein den molekularen Erbanlagen) und bestimmten Aspekten der "Disposition" gibt es so gut wie nicht. Entsprechend werden solche aufwendigen Genomanalysen auch gar nicht gemacht.

Um mehr über die genetischen Voraussetzungen rauszukriegen, werden zwei zusammenhängende Wege beschritten. Zum einen werden meßbare körperliche Erscheinungen (Blutwerte, Vorhandensein von Eiweißstoffen, Enzymen) genetisch interpretiert, d.h. man geht davon aus, daß dafür genetische Voraussetzungen vorlägen. Der zweite Weg ist die Anamnese, d.h. die "Erhebung" der Krankheitsgeschichte der ganzen Familie.

Beide Wege sind gleichzeitig Forschungsgebiet und Alltag der Arbeitsmedizin. Das "Arbeitnehmerscreening" ist eigentlich ein "Biomonitoring", also die Untersuchung und Überwachung der Stoffwechselprozesse der Arbeiterkörper. Vor allem in den großen Chemiebetrieben wird fleißig voruntersucht; es gibt dazu inzwischen eine Menge berufsgenossenschaftlicher Vorschriften und Richtlinien. Dabei geht es der Arbeitsmedizin um das "Aufdecken von Zusammenhängen" zwischen Krankheit und genetischer Disposition. Aber auch, ganz handfest, um die Früherkennung von Krankheitsentwicklungen. Wenn ein Arbeiter krank zu werden beginnt, wird er versetzt. Der Krebs kommt dann später, optimal kurz nach der Rente. Und wenn er doch früher ausbricht, ist wenigstens niemand mehr in der Lage, das Gift am früheren Arbeitsplatz als Ursache zu beweisen.

Anhand statistischer Untersuchungen meint man einige Zusammenhänge zwischen einzelnen anlagebedingten Meßwerten und "Krankheitsbereitschaft" zu kennen. Die werden dann sehr schnell in Vorschläge der "präventiven Medizin" (eine Medizin, die vorgibt, Krankheit verhindern zu wollen) umgesetzt. Einige Tests auf Enzymmangel sind Teil von BG-Vorschriften, z.B. der G6-PDH^2-Test. Ein Mangel an diesem Enzym hat normalerweise keinen Krankheitswert. Vermutet wird aber eine erhöhte Anfälligkeit gegenüber aromatischen Verbindungen. Die Hamburger Professoren Goedde und Agarvall schlagen die Einführung einer "Chemietablette" vor, die beispielsweise von Stellenbewerbern eingenommen werden soll. Mit anschließenden Untersuchungen könnte gemessen werden, wie schnell Gifte wieder ausgeschieden werden.

Risikopersonen

Wie schon erwähnt, so gut wie alle "Erkenntnisse" der Arbeitsmedizin beruhen zur Zeit noch auf statistisch ermittelten Zusammenhängen, die noch wenig mit Genetik im engeren Sinne zu tun haben. Untersuchungsobjekte waren bisher vor allem die Belegschaften der Chemie und anderer Branchen mit

bestimmten Belastungen.
Es ist leicht vorstellbar, daß die Medizin eine Verbindung der Genetik als "Naturwissenschaft" mit massenhaften, aber exakten und auf das Individuum bezogenen Gesundheitsdaten anstrebt. So wollen sie in Zukunft die "genetische Disposition" genauer dingfest machen. Welche Gene hat die chemiefeste Arbeiterin? Und wer hat diese Gene? Oder wie es mal ein anderer Professor ausgedrückt hat: "Erkennen von Risikopersonen auf genetischer Basis."[3]

Die Vorbereitungen dafür sind in vollem Gange. Ende Juni 1990 wurde von der EG das Forschungsprogramm "Analyse des menschlichen Genoms" gestartet. Ursprünglich hieß es noch "Prädiktive Medizin", was übersetzt etwa "voraussehende Medizin" heißt. Es geht im ersten Schritt um nichts anderes, als um die Aufstellung der "Genkarte" der menschlichen DNA. Daraus allein ergibt sich noch kein medizinischer Wert, aber die ursprüngliche Wortwahl zeigt, wo's langgehen soll. Die "Genkarte" ist die allererste Voraussetzung, um später direkte Zusammenhänge zwischen Genen und Krankheiten, oder Anfälligkeiten festmachen zu können. (und natürlich, um entsprechende "Therapien", d.h. Veränderungen an den Genen durchführen zu können).

Auch die andere Seite, die Erfassung der zugehörigen Daten, ist in Arbeit. Dabei ist entscheidend, daß erstens verläßliche Daten vorliegen (über die Krankheitsgeschichte der Familie kann man heute noch viel erzählen!), zweitens sich diese Daten Einzelnen zuordnen lassen. Daten, die z.B. aussagen, daß in Ludwigshafen überdurchschnittlich viele Leute lungenkrank sind, sagen vielleicht etwas über die Ludwigshafener Luft aus. Sie geben aber nichts her für eine Untersuchung, die die individuelle Anfälligkeit für Lungenkrankheiten zum Gegenstand hat. Die allgemeine Aufrüstung zur Erfassung solcher Daten hat begonnen. In naher Zukunft müssen alle Arztpraxen elektronisch mit der Kasse abrechnen. Dazu wird die maschinenlesbare Versichertenkarte den Krankenschein ablösen (etwa ab 1992, einige Versuche laufen schon). Zur Zeit ist zwar nur geplant, auf dieser Karte "Verwaltungsdaten" zu speichern, es gibt aber Bestrebungen, sie jetzt schon so auszulegen, daß sie später durch eine Karte mit Mikrochip ersetzt werden kann. In diesem Chip werden dann auch Krankheitsdaten stehen. Gleiches bereitet die EG- Kommission zusammen mit dem Aufbau einer riesigen medizinischen Datenbank für alle 300 Millionen Mitglieder einer öffentlichen Versicherung vor. Darin sollen alle Gesundheits- und Beschäftigungsdaten gespeichert sein.[4]
Das alles soll natürlich auch zur Kontrolle der Versicherten (zur "Abwehr" der Erschleichung von Leistungen, sprich Krankfeiern) und der Beschäftigten des Gesundheitswesen und der niedergelassenen Ärzte dienen.

Versuchskarnickel

Auf den ersten Blick sehen Biolabors aus wie bessere Chemielabors, biotechnische Produktionsanlagen wie relativ saubere Chemiefabriken. Aber zum Gift kommt lebendiges Material. Viren, Bakterien, Zellen von Säugetieren, gen- oder auch "nur" biotechnisch manipuliert. Daraus folgen in der Form und im Ausmaß nicht abschätzbare Gesundheitsgefahren für die Beschäftigten.
Alle Regelungen im Umgang mit biologischem Material gehen von einer Risiko-Klassifizierung aus, z.B. Überlebensfähigkeit der Organismen, deren Virulenz (Aggressivität). Bei der Gefahreneinschätzung wird grundsätzlich davon ausgegangen, daß sich Risiken der Ausgangs"stoffe" (Spendergen, Vektor [Überträger], Zielorganismus) zum Risiko des neukombinierten Organismus addieren. Die Einzelrisiken werden aufgrund theoretischer oder experimenteller Erfahrungen eingeschätzt. Organismen verhalten sich aber in der Nährlösung des Labors ganz sicher nicht so wie z.B. im Darm des Menschen. Verblüffend ist aber die Selbstverständlichkeit, mit der Gefahren eines neuen Organismus aus kaum bekannten anderen Organismen geschlossen werden.
Die neuen Regelwerke zur Gentechnik[5] behandeln fast ausschließlich akute Gesundheitsgefahren (Proteine können "sehr giftig" sein), lassen dagegen mögliche Dauerschäden (Krankheiten des Immunsystems, Schädigungen der Erbanlagen, der Leibesfrucht, Krebs) fast völlig außer Acht. Ebenso Ereignisse wie Unfälle, bei denen, etwa durch eine Verletzung mit einer Kanüle, biologisches Material direkt in den Körper gelangt.
Die Gentechniker verweisen gerne darauf, daß "bisher keine Unfälle bei der Handhabung von manipulierten Mikroorganismen bekannt geworden" sind[6]. (Das heißt noch lange nicht, daß keine geschehen sind). Tatsache ist, daß die Gefährlichkeit nicht nur der Experimente, sondern auch des biotechnischen Alltags dramatisch zunimmt. Immer häufiger wird mit Säugerzellen hantiert, wo man Viren, oft Retroviren, als Überträger braucht. Aber schon die üblichen Materialien, wie das oft manipulierte Darmbakterium Escherichia Coli, dessen (sogenannter) Sicherheitsstamm K12 auch von der BASF in ihrer vor kurzem genehmigten TNF[7]-Produktionsanlage benutzt werden wird, sind weit davon entfernt, restlos erforscht zu sein. Weil aber alles als so schön sicher erklärt wird, werden die Risikoklassifikationen immer niedriger und Sicherheitsvorschriften laxer.
Weil die Gefahren augenscheinlich nicht abschätzbar sind, soll "ein gewisses Maß an Flexibilität der sicherheitsrelevanten Entscheidungen"[8] gelten. Das heißt konkret, daß der "Projektleiter" das Gefahrenpotential abzuschätzen hat und der Zentralen Kommission für Biologische Sicherheit zu melden hat. Damit werden ganz offen die Kapitalisten nur noch von sich selber kontrolliert.
Besonders gefährdet sind ArbeiterInnen, die an Darmkrankheiten leiden oder Antibiotika zu sich nehmen. Das liegt daran, daß bei fast allen Genmanipulationen nicht nur das gewünschte Gen, sondern auch gleich eine Resistenz (Unempfindlichkeit) gegen ein Antibiotikum übertragen wird. Dadurch kann man mit diesem Antibiotikum die Organismen wieder abtöten, bei denen die Übertragung nicht geklappt hat. Entsprechend verlangt die BASF von den betroffenen Beschäftigten, daß sie im Falle von Krankheiten oder Einnahme von Medikamenten die werksärztliche Abteilung informieren, die dann über Verbleib oder Versetzung entscheidet.
1990 gab es im Gebiet der alten BRD bereits über 1300 registrierte Genlabors und -Produktionsanlagen. Der Standard der alltäglichen Sicherheit dürfte nicht immer den Vorschriften genügen [!?] - das schließen wir aus unserer Erfahrung mit der Arbeit in der Chemieindustrie. Leidtragende sind vor allem in den Labors der Universitäten und Forschungsgesellschaften die vielen Beschäftigten, die mit Zeitverträgen (für ein Projekt, für ein Semester) angestellt sind. Niemand weiß, was aus diesen Labors schon verschleppt worden ist. Was sich aber jede vorstellen kann, sind die Folgen eines gentechnischen GAUs: die AIDS- Hysterie und die medizinisch/gesellschaftliche Praxis den "HIV-Positiven" gegenüber geben dafür ein gutes, möglicherweise aber zu kleines Beispiel ab.

Gentechnik
Eine Wissenschaft von der Natur der Arbeiterklasse

[1] Heutzutage besteht jede bessere Maschine nicht nur aus einem mechanischen Teil, sondern hat selbstverständlich auch eine Steuereinheit. Darum kümmert sich beim Mensch-Automat eine der Genetik verwandte, zum Teil mit ähnlichen Methoden arbeitende "Wissenschaft": die Neuro-Biologie. Seit 1976 die Endorphine (körpereigene Stoffe gegen die Schmerzempfindung) entdeckt wurden, arbeiten diese Leute mit Erfolg an modernen, sehr genau gezielten Designerdrogen (Stoffe, die z.B. maßlose Angst oder auch nur bißchen Freude hervorrufen), die dann als Psychopharmaka auf den Markt kommen oder bei der CIA verbleiben.
[2] Glukose-6-Phosphat-Dehydrogenase
[3] Rüdiger; zitiert nach einem Vortrag von Wolfgang Hien, Darmstadt, 28.2.81
[4] Computerwoche, 8.12.1989
[5] Gentechnikgesetz (GentG 1990) und Gentechnik-Sicherheits-Verordnung (GenTSV 1990)
[6] Hans Günter Gassen, Gefahren und Sicherheitsrisiken gentechnischer Forschung, in: Gassen et al., a.a.O.
[7] "Tumor-Nekrose-Faktor"; soll gegen Krebs helfen, das ist aber unwahrscheinlich
[8] GenTSV 1990, Begründung A IV; zit. nach: Wolfgang Hien, Gesundheitsgefahren beim Umgang mit biologischem Material in der Bio- und Gentechnologie, Frankfurt 1990 (Übrigens eine sehr empfehlenswerte Einführung ins Thema für Leute, die davon betroffen sind. Erhältlich bei: IFAF im Gesundheitsladen, Neuhofstr.41Hh,6 Frankfurt 1)

"Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen!"

Hunger ist kein Verteilungsproblem, wie viele wohlmeinende Freunde der dritten Welt denken. Er ist ein gezielter Angriff auf Teile des Proletariats, um damit die Macht der ganzen Arbeiterklasse zu schwächen.

Um zu leben, muß man essen. Nahrungsmittel sind Lebensmittel im wahrsten Sinne des Wortes. Kontrolle über Produktion und Verteilung von Nahrungsmitteln bedeutet daher Macht über Menschen. Das Kapital benutzt diese Macht, um den Zwang zur Arbeit weltweit durchzusetzen. Die Trennung der ArbeiterInnen von den Subsistenzmitteln und damit von der Möglichkeit, sich selbst zu versorgen, war Grundvoraussetzung für das Entstehen des Kapitalismus. Während der Enteignungen und Einhegungen (enclosures) des Gemeindelandes in England im 15-19.Jhd wurden hunderttausende Bauern und ihre Familien mit Gewalt von Grund und Boden vertrieben. Um ihren Lebensunterhalt zu sichern, mußten sie das einzige verkaufen, was ihnen geblieben war: ihre Arbeitskraft. Die Entwicklung verlief jedoch nicht linear. Viele lebten von Bettelei, Diebstahl, Straßenraub (highwaymen), statt in den Manufakturen zu malochen. Gegen sie wurde die "Blutgesetzgebung" erlassen, Arbeits- und Armenhäuser gegründet. So entstand die Arbeiterklasse. Diese Entwicklung hat sich seitdem ständig wiederholt (s. Indienartikel).

Abb. 108. Pünktlich essen!

Alle Lebensbedingungen auf diesem Planeten sollen zu Bedingungen des Kapitalverhältnisses werden. Aber das Proletariat ist störrisch und keineswegs passives Opfer dieser Entwicklung. Der Kampf um Nahrung war immer ein wichtiges Moment der Klassenkämpfe: von der Russischen Revolution ("Land, Brot und Frieden") bis zu den Brotaufständen in Ägypten und den Maghrebstaaten. In vielen Ländern der Dritten Welt haben die vom Lande Vertriebenen dem Kapital die Nichtverfügbarkeit ihrer Arbeitskraft deutlich gemacht. Die Slumbewohner schlagen sich auf alle möglichen unproduktiven Weisen durchs Leben, landlose Bauern besetzen Land, oder schließen sich der Guerilla an. In langen Kämpfen hat die Arbeiterklasse in den entwickelten Ländern durchgesetzt, daß keiner mehr verhungern muß, auch wenn er nicht arbeitet.

Ein anderer Aspekt des Kampfes um Nahrung sind die Kämpfe der in der Landwirtschaft Beschäftigten. Landwirtschaft ist ein Industriesektor, die dort Beschäftigten ganz gewöhnliche ArbeiterInnen. Ihre Kämpfe entsprechen denen in anderen Sektoren: für höhere Löhne, bessere Arbeitsbedingungen etc.

Die Forderungen der städtischen Arbeiterklasse nach mehr und besserer Nahrung und die Weigerung der AgrararbeiterInnen, sich stärker ausbeuten zu lassen, hat in der Landwirtschaft zu einer Produktivitätssteigerung ohnegleichen geführt. Mechanisierung, Hochertragssorten, Chemiesierung sind Facetten dieser Entwicklung. Die Kämpfe der Chicano-LandarbeiterInnen in Kalifornien führten zur Einführung maschinell erntbarer Tomaten (mit harter Schale und völlig geschmacklos). Die Arbeiterklasse in den Industriestaaten hat Fleischfresserei, Südfrüchte und Bohnenkaffee als ganz gewöhnlichen Lebensstandard durchgesetzt. Dies führte zu stärkerer Zentralisierung und exportorientiertem Anbau in der Dritten Welt. Die Kämpfe

Die Grüne Revolution

1943 gründete die Rockefeller-Stiftung in Mexico das CIMMYT (Centro International de Megoriamiento de Maiz y Trigo = Internationales Mais- und Weizenverbesserungszentrum). Dort wurden Weizensorten gezüchtet, die besonders viel Dünger aufnehmen können, und daher auch höhere Erträge bringen. Weizen ist eine selbstbefruchtende Pflanze. Deshalb erhalten sich die Eigenschaften einer Weizensorte fast beliebig lange und aus der Ernte kann das Saatgut für das nächste Jahr gewonnen werden. Die Hochertragssorten der Grünen Revolution sind jedoch Hybridzüchtungen. Dafür werden geeignete, besonders gezüchtete reinerbige Inzuchtlinien miteinander gekreuzt. Die Tochtergeneration zeichnet sich durch höhere Erträge, kürzere Reifezeiten etc. aus. sie ist als Saatgut verwendbar. In der nächsten Generation spalten sich die Erbeigenschaften nach den Mendel'schen Regeln wieder auf und es entstehen Nachkommen mit allen möglichen Kombinationen von Eigenschaften. Deshalb ist die Ernte aus Hybridsorten nicht als Saatgut verwendbar. Dieses muß jedes Jahr neu gekauft werden, zusammen mit Dünger und Pflanzenschutzmitteln. Hybridsorten sind nämlich besonders anfällig für Krankheiten. Die größten Saatgutfirmen gehören praktischerweise Öl- und Chemiemultis, wie Shell, Sandoz, Ciba-Geigy etc..

sind also nicht ohne Widersprüche, die Teilung der weltweiten Arbeiterklasse kann benutzt werden, um die erkämpften Ansprüche eines Teils auf andere abzuwälzen - wenn diese sich das gefallen lassen.

Hunger und Nahrungsmittel sind immer noch mächtige Waffen des Kapitals. Die FAO (Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen) schätzt die Zahl der weltweit Unterernährten und Hungernden auf 500 Mio. Menschen, die Schätzung der Weltbank liegt bei einer Milliarde. Hilfsorganisationen geben die Zahl der Hungertoten mit 40 000 pro Tag an.

Hunger als Zwang zur Arbeit funktioniert jedoch nur dann, wenn das Kapital gleichzeitig über genügend Nahrungsmittel verfügt. Denn wenn es die benötigten Lebensmittel nicht gibt, man also sowieso hungern muß, egal ob man arbeitet oder nicht, dann arbeitet man doch lieber nicht. Die FAO erwartet für das Wirtschaftsjahr 1990/91 eine mit 1,956 Mrd. t um 72 Mio. t (3,8%) höhere Weltgetreideernte als im Vorjahr. Gleichzeitig droht die WFP (World Food Programme, UN-Nahrungsmittelhilfsprogramm in Katastrophenfällen) Afrika eine schlimmere Hungersnot an, als während der großen Sahel-Dürre vor 6 Jahren. 15 Millionen sind vom Hungertod bedroht. Afrika ist die Region der Welt, die sich der kapitalistischen Entwicklung am hartnäckigsten widersetzt (s.WC 52, "Afrika und die Schuldenkrise").

Nahrungsmittel sind auch Mittel zur Befriedung und Aufstandsbekämpfung. Der spätere US-Präsident Herbert Hoover schreibt in seinen Memoiren über seine Tätigkeit als Organisator der US-Lebensmittelhilfe in Europa am Ende des ersten Weltkriegs: «Es wurde erwartet, daß die Kommunisten (in Österreich, Anm. d. Red.) am 1. Mai 1919 die Regierung zu stürzen versuchen würden. Ich ermächtigte die Behörden, eine Proklamation an die Mauern der Stadt zu hängen, die eine von mir unterzeichnete Erklärung enthielt, daß "jede Störung der Öffentlichen Ordnung es unmöglich machen würde, Nahrungsmittelladungen heranzuschaffen und damit Wien einer absoluten Hungersnot preisgeben würde". Die Furcht vor der Hungersnot hielt das österreichische Volk von der Revolution ab.»
Als nach dem Zweiten Weltkrieg eine Welle von ländlichen Aufständen und Guerillakriegen durch Asien (Malaysia, Phillipinen, Korea) ging, verabschiedete der amerikanische Kongreß das Gesetz Nr.480 (Public Law 480) auch als "Food for Peace" (Nahrung für Frieden) bekannt. Die US-Regierung sollte die Überschüsse der amerikanischen Farmer (v.a. Weizen) aufkaufen, und diese dann billig oder umsonst an andere Länder, nach politischen oder wirtschaftlichen Maßstäben, abgeben. Dies sollte Zeit gewinnen, eine dauerhafte Lösung zur Befriedung zu finden.
Die Revolten von Indochina bis Lateinamerika setzten der kapitalistischen Expansion weiterhin Grenzen. Eine neue Agrarstrategie wurde nötig. Die Ansprüche nach gesteigertem Konsum sollten durch die Grüne Revolution befriedigt werden. (Der "Vater der Grünen Revolution" Norman Borlaug erhielt folgerichtig auch nicht den Nobelpreis für Biologie, sondern den Friedensnobelpreis.) Die weltweiten Aufstände Ende der 60er beendeten jedoch den Traum, daß die Grüne Revolution die Rote Revolution auf Dauer verhindern könnte.
Ab den 70er Jahren setzte das Kapital den Hunger als Instrument sowohl gegen die direkt Betroffenen, als auch gegen die globale Arbeiterklasse ein. In den betroffenen Gebieten soll Hunger für die kapitalistische Kontrolle und Umstrukturierung gefügig machen. International stellt diese Vorführung der Macht eine Drohung und Aufforderung zur Bescheidenheit dar. Wenn ganze Regionen dem Hunger ausgeliefert werden können, dann sind die ArbeiterInnen überall von derselben Möglichkeit bedroht. Und da ArbeiterInnen ihren Lebensstandard mit dem anderer vergleichen, stellen sie fest, daß es ihnen immer noch besser geht, als den Verhungernden.

Die neuen Waffen

Zellkultur (vegetative Vermehrung, Meristemkultur, Mikropropagation, Mikrovermehrung): In jeder Zelle ist die gesamte Erbinformation eines Lebewesens gespeichert. In der Pflanzen- und Saatgutzüchtung wird dies benutzt, um eine beliebige Anzahl Pflanzen mit gleichem Erbmaterial zu erzeugen. Der Pflanze werden einzelne Zellen entnommen und in einer speziellen Nährlösung zur Zellteilung gebracht. Die daraus entstehenden Zellhaufen nennt man Kallus. Dieser wird angeregt, Wurzeln und Triebe zu bilden, die dann ganz normal verpflanzt werden können. Der Zeitaufwand für die Züchtung einer neuen Sorte kann mit diesem Verfahren von vielen Jahren auf wenige Monate reduziert werden. Arbeiten, für die die Anlage von Versuchsfeldern erforderlich wären, können jetzt im Labor durchgeführt werden. Die Eigenschaften neuer Sorten können sehr viel einfacher getestet werden. Der Saatguthersteller kann die erzeugte Menge genau der Nachfrage anpassen, da es ausreicht, erst kurz vor Saisonbeginn mit der Vermehrung zu beginnen. Wirtschaftliche Bedeutung hat diese Methode bereits bei Zierpflanzen und Baumstecklingen. Bei Kartoffeln, Gemüsearten, Tabak, Klee und einigen anderen Pflanzenarten steht der massenhafte Einsatz kurz bevor.

Gentechnik: Sensationelle Erfolge blieben bisher aus. Die meisten Projekte befinden sich noch im Versuchsstadium, oder sind lediglich Spekulation. Im Nutzpflanzenanbau spielen gentechnische Entwicklungen vor allem da eine Rolle, wo nicht die Pflanze, sondern Bakterien manipuliert werden. Beispiele: Bakterien zur Frostresistenz bei Obst und Gemüse; Übertragung des Toxingens von Bacillus thuringiensis (das Bakterium produziert ein Gift, das im Pflanzenschutz eingesetzt werden kann).
Der größte Aufwand wird z.Z. wohl mit der Entwicklung von Herbizidresistenzen getrieben, d.h. Saatgut soll unempfindlich gegen ein bestimmtes Unkrautvernichtungsmittel gemacht werden. Herbizide schädigen nämlich auch Nutzpflanzen. Wenn es gelänge, Herbizidresistenzen zu übertragen, könnten die Umsätze dieser Stoffe enorm gesteigert werden. Außerdem wäre der Käufer dann darauf angewiesen, Saatgut und Herbizid von derselben Firma zu kaufen.
Andere Versuche zielen auf die Veränderung des Nährstoffgehalts, z.B. soll der Eiweißgehalt von Kartoffeln gesteigert werden. Oder die zwar mit der Maschine erntbaren, aber völlig wässrigen Tomaten sollen im Geschmack verbessert werden. Die wichtigsten Nahrungspflanzen, Weizen und Reis sind bisher äußerst widerspenstig gegen ihre gentechnische Veränderung.

INDIEN: DIE GRÜNE KONTERREVOLUTION

Für die Landwirtschaft entwickelte das indische Kapital als erste Strategie nach der Unabhängigkeit (1947) das Gemeindeentwicklungsprogramm und die Landreform. Drei Jahrzehnte waren sie bemüht gewesen, den Bauernwiderstand in eine lediglich anti-britische Bewegung zu kanalisieren. Die ersten vier Jahre der Unabhängigkeit hatten sie versucht, die große Bauernrebellion von Telangana militärisch niederzuschlagen. Jetzt trachteten die Planer des Kapitals danach, "gleichberechtigte" soziale Verhältnisse auf dem Lande herzustellen. Auf der Suche nach tatsächlichem sozialem Frieden, in welchem landwirtschaftliche Produktion und Wachstum gedeihen konnten, stellten sie sich ein System vor, daß auf wirtschaftenden Eigentümern und Bauernkooperativen, statt auf Großgrundbesitzern und Pächtern, beruhte.

Aber ihre Träume hatten kaum Wirkung. Wo ihre Pläne durchgeführt wurden, kam es zu einer "Nichtbeteiligungsbewegung" der untersten Kasten und der kleinen Landbesitzer. Als 1957 die Preise für Getreide in die Höhe schossen, eilten die Planer an ihre Zeichenbretter zurück.

Die zwei wichtigsten Bestandteile der Ernährung in Indien sind Weizen und Reis.Die Absicht des Gemeindeentwicklungsprogramms war Agrarwachstum, kombiniert mit der Befriedung der ländlichen Gegenden. Die asiatischen Bauernrevolten (Telangana, China, Philipinnen, etc.) waren erschreckende Realität für die Planer. Die Zunahme der Stadtbevölkerung konnte nicht kontrollierbar weitergehen, wenn nicht zuerst die sozialen Verhältnisse auf dem Land stabilisiert waren.

Der Schwerpunkt der ersten beiden Fünfjahrespläne (1952-62) lag auf der Industrialisierung, besonders der Schwerindustrie, d.h. Stahl, Kohle und Zement. Aber die Krise 1957-58 enthüllte, was ein amerikanischer Chronist einmal die "Widersprüche zwischen rascher Industrialisierung und schrittweiser Landreform" genannt hat. Die indischen Fabrikbesitzer betrachteten sich als von Gott gesegnet mit einem anscheinend unendlichen Nachschub an Arbeitskraft vom Land. Die Regierung stand dann jedoch dem Problem gegenüber, diese Leute in den Städten wenigstens bis zum Existenzminimum mit Nahrung zu versorgen. Denn unkontrollierte Preiserhöhungen bedeuteten Forderungen nach höheren Löhnen, Plünderungen der Getreidegeschäfte, Straßenproteste, etc. Deshalb, trotz Gottes Großzügigkeit in Bezug auf Arbeitskraft, betrachteten sich die Fabrikbesitzer und die Planer des Staates als mit einem Fluch belegt. Mit dem Fluch der Unfähigkeit, die auf dem Lande Verbliebenen genug Überschußnahrung produzieren zu lassen.

Die einzige Art und Weise, wie ab 1956 bis in die späten 60er Jahre mit dem Problem umgegangen wurde, war der Import von US-amerikanischem Getreide des PL-480 Programms (Nahrung für Frieden). Die Gesamtsumme war enorm: ca. 5 Mrd.$.

Mit der Grünen Revolution (ab 1965) beschloß die Regierung (zusammen mit den westlichen Globalplanern), über ihre Versuche hinaus zu gehen, lediglich den Markt zu regulieren (vor allem durch die Verteilung von PL-480 Vorräten). Die Dorfstrukturen sollten reformiert werden, mit dem ehrgeizigen Ziel der direkten Kontrolle der Produktion und Verteilung des Getreides.

Die Grüne Revolution kann folgendermaßen umrissen werden: Die Regierung fördert und finanziert produktivitätssteigernde Anbautechniken in bewässerten Gebieten, bietet den Weizen- und Reisbauern Preisanreize, erwirbt und lagert dieses Getreide, und verkauft es dann an die städtische Arbeiterklasse über ein System staatseigener Läden.

Der Antrieb für die Grüne Revolution kam von den indischen Bauern und Arbeitern. Der störrische Widerstand der Bauern gegen das ursprüngliche Gemeindeentwicklungsprogramm, der alle Pläne für Agrarwachstum zerschlug, wurde von einer Offensive der industriellen Arbeiterklasse ergänzt. Ab 1965 stand das indische Kapital der größten Streikwelle seit den Nachkriegsjahren 1946-47 gegenüber. Die Anzahl der verlorenen Arbeitstage durch Streiks in der Industrie war 1965 doppelt so hoch wie 1964. Nach dieser plötzlichen Zunahme wuchsen die Zahlen stetig bis zur Ausrufung des Notstands 1975. Die Stärke dieser Streikwelle machte es dem Kapital unmöglich, die industrielle Arbeiterklasse für die Agrarkrise zahlen zu lassen.

Die Ströme der Enteignung

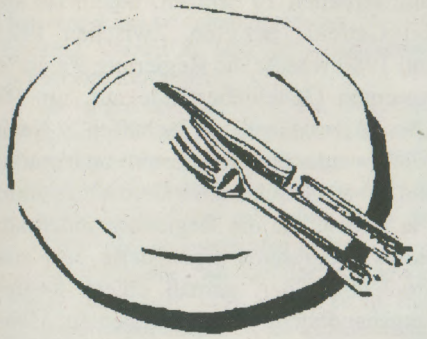
Die "Grüne Revolution" ist eng verknüpft mit einer Reihe produktionssteigernder Maßnahmen: Hochertragsgetreidesaaten, Kunstdünger, giftige Schädlingsbekämpfungsmittel und Traktoren. Wir konzentrieren uns hier auf die Bewässerung. Das von den hochertragreichen Getreidesorten benötigte intensive Bewässerungsprogramm war seit dem Beginn der Grünen Revolution vorrangig.

Bewässerung bedeutet den Bau von Staudämmen. Sie ermöglicht nicht nur die Bereitstellung von Wasser für die Farmen über Kanäle, sondern auch die Energieerzeugung durch Turbinen. Für die Leute bedeutet das Programm Enteignung und Vertreibung. Indien hat die zweifelhafte Ehre, mehr Menschen durch künstliche Staubecken vertrieben zu haben, als jeder andere Staat.

Die Staudämme, die der Bewässerung der Farmen in den Ebenen dienen, werden gewöhnlich in relativ entlegenen Gebirgsgegenden gebaut. Vor dem Bau der Dämme konnten die Menschen in diesen Gebieten, die oft in Stämmen lebten, dem Einfluß des Kapitals noch entgehen.

Abb. 291. Kulturloses Essen

Die plötzliche Vertreibung von ihrem Land bedeutete nun die völlige Zerstörung ihrer Lebensweise. Ironischerweise landen die Vertriebenen oftmals als Arbeiter auf den Farmen, die von den Vertreibungen profitiert haben, oder auf den Baustellen anderer Staudämme.
Die durch die Grüne Revolution bzw. den



wenn man fertig ist

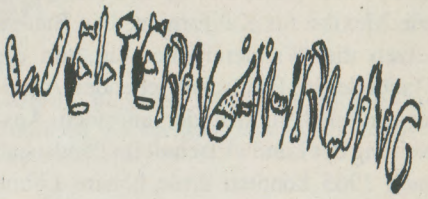
Dammbau Vertriebenen ziehen durch die Gegend und arbeiten saisonal und zeitlich begrenzt. Sie müssen sich oft an "Arbeitskräfte-Lieferanten" verkaufen, die dann ihre Wanderung und Arbeit organisieren. Sie sind dann praktisch Leibeigene.
Ein Teil der Vertriebenen geht auch in die Städte. In jeder indischen Stadt gibt es ihre Hüttensiedlungen. Hier begegnen sie der städtischen Kehrseite der Grünen Revolution: Der Düngemittel- und Pestizid-Industrie. In diesen Zusammenhang gehört die Katastrophe von Bhopal.
In einigen Fällen wird der Bau von Bewässerungsanlagen nicht nur benutzt, um Landlose zu erzeugen, sondern als direkter Angriff auf die Landlosen. 1974 begann ein Programm zur Einführung der Grünen Revolution in einigen Gebieten, bei dem Polizei und Militär in Bewässerungs- und andere "Entwicklungsarbeit" einbezogen wird. Das erste Gebiet, auf das dieses Programm abzielte, war das Chambaltal. Dieses Tal war berüchtigt für seine Dacoits (Banditen). Während die Dacoits brutal unterdrückt wurden, wurde die Bewässerungsarbeit vorgenommen - inclusive der kartographischen Erfassung der gesamten Gegend.

Weizenproduktion im Pandschab

Ein großer Teil der Maßnahmen im Rahmen der Grünen Revolution, Pestizide, Düngemittel etc. beziehen sich auf ein bestimmtes Gebiet: die zwei nördlichen Staaten Pandschab und Haryana und der angrenzende Westteil von Uttar Pradesch. Diese Region ist das Kernland der Grünen Revolution.
Die Umwandlung des Bundesstaates Pandschab in den "Brotkorb" des Staates war besonders drastisch. Es gibt neben Weizen und Reis, die die Bauern gewöhnlich wechselweise anbauen, kaum landwirtschaftliche Produktion und sehr wenig Industrie. Die ganze Ökonomie des Bundesstaates hängt vom Weizenpreis ab, den die Regierung bezahlt. Die Regierung kauft mindestens 75% des Weizens, der auf den Markt kommt, und der Preis, den sie bezahlt, funktioniert als Stützpreis. Fast die gesamte Ernte der Farmer wird auf dem Großmarkt verkauft — 1978/79 93% des Weizens und 64% vom Reis. In anderen Bundesstaaten werden von beiden Produkten durchschnittlich nur 30% zum Großmarkt gebracht, d.h. 70% werden von den Bauern konsumiert, an Landeigentümer gezahlt oder regional verkauft.
Die Bauern des Pandschab, die fast alle Sikhs sind, fordern insbesondere seit

Abb. 306
So legt man das Besteck auf den Teller . . .

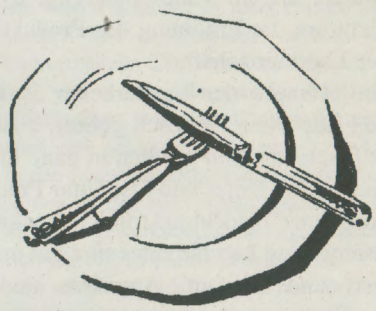
1981 höhere staatliche Aufkauf-Preise und niedrigere Preise für Saatgut, Dünger etc. Für die kleinen und mittleren Bauern (unter 10 acres, ca. 4 Hektar) ist eine gleichbleibende Gewinnrate existentiell wichtig. Obwohl die Größe der Farmen sehr unterschiedlich ist — die Hälfte des Landes im Pandschab gehören weniger als 10% der Landbesitzer — hat ihre religiöse Solidarität bis zu einem gewissen Punkt dazu geführt, sie sowohl ideologisch als auch organisatorisch zu vereinigen. Oft organisierten die Bauern direkte Aktionen, um ihren Forderungen nach mehr politischer Macht und Zugeständnissen der Regierung Nachdruck zu verleihen: sie blockierten Getreidetransporte auf Straßen und Eisenbahnschienen, boykottierten Großhandelsmärkte, d.h. weigerten sich, ihr Getreide zu verkaufen, sie zahlten Bankschulden nicht zurück.
Die Regierung reagierte mit Staatsterror. Wegen der Bedeutung des Pandschab für den staatlichen Getreidemarkt hatten die Bauernkämpfe einschneidende Wirkung und die Regierung sparte keine Kosten,



um den Pandschab "politisch wieder regierbar" zu machen. Der Bundesstaat ist praktisch seit 1983 unter Kriegsrecht. Regelmäßig finden Polizeirazzien statt, werden Ausgangssperren verhängt.
Trotz der Senkung der staatlichen Getreidepreise und dem Widerstand der Bauern konnte die Regierung seit 1984 Rekorderträge an Weizen und Reis einfahren. Die riesigen, billig aufgekauften Überschüsse wurden erst durch das Kriegsrecht ermöglicht. Das staatlich Aufkaufen des Getreides wurde praktisch zur militärischen Operation. Im Mai 1987 wurde die Regierung des Bundesstaates Pandschab wieder einmal abgesetzt und die zentrale Regierung in Delhi übernahm die Macht, was einer Militärherrschaft gleichkommt. Der größte Teil des Weizens kommt im Mai auf die Großmärkte.

Wanderarbeit im Pandschab

Es wurde schon erwähnt, daß viele Saison- und Wanderarbeiter in der Landwirtschaft arbeiten. Die meisten Bauern im Pandschab heuern Wanderarbeiter an. Der größte Teil der Erntearbeiten wird von



und wenn man noch etwas will

ihnen gemacht. Während der Haupterntemonate April/Mai (Weizen) und Oktober (Reis) kommen 2-300 000 Menschen in den Bundesstaat, um zu arbeiten. Das ist wohl die größte regelmäßige Wanderung in Indien. Die meisten sind aus Nord-Bihar und dem Osten Uttar Pradeshs, wo die Löhne 2-3mal niedriger sind als im Pandschab.

Bihar funktioniert hier für den Pandschab wie Mexiko für Kalifornien: Die Bauern setzen die Wanderarbeiter ein, um die Macht der im Pandschab lebenden Arbeiter zu brechen. Mit der enormen Ausweitung der Landwirtschaft im Pandschab nach 1965 konnten diese höhere Löhne verlangen. Sofort begannen die Bauern Wanderarbeiter anzuwerben, doch bis Mitte der 70er schafften sie es eigentlich nicht, die Macht der Pandschab-Arbeiter zu brechen. Die Bauern konnten nun neben ihrer alten Taktik, dem "nakabandi" (der Verhinderung der Nutzung von Gemeindeland durch streikende Arbeiter für ihr Vieh und dem Boykott der örtlichen Ladenbesitzer gegen die Streikenden) eine neue Taktik einsetzen: Sie stellten Wanderarbeiter für die schlechtesten Arbeiten ein und bezahlten ihnen weniger.

Im Rahmen der Grünen Revolution haben Bihar und der Osten Uttar Pradeschs die Funktion der Bereitstellung einer relativen Überbevölkerung. Diese Rolle spielte die Region schon seit der britischen Eroberung, also fast 200 Jahre. In diesem Jahrhundert arbeiteten Hunderttausende in den bengalischen Jute-Fabriken. Heute sind ihre Nachkommen über das ganze Land verteilt: Sie arbeiten im Industriegürtel an der Grenze von Bihar und Bengalen und an den Straßen in Kaschmir, sie leben in den Slums von Delhi. Das indische Staatskapital erlaubte den Großgrundbesitzern dieser Region, soviel Geld und Arbeit aus ihren Pächtern herauszupressen wie möglich (oder sie niederzumetzeln, wenn diese sich wehrten). Anders als im Pandschab ging es hier nicht um die Erhöhung der Produktivität der Landwirtschaft.

Die Kämpfe der Landarbeiter in Bihar und Ost-Uttar Pradesch gehörten zu den militantesten und größten in ganz Indien. Heute sind Bihar und Ost Uttar Pradesch quasi gleichbedeutend mit Klassenkampf. Pächter und Landarbeiter sind gut organisiert und militant. Aber sie sind mit Repression durch Staatspolizei, Privatarmeen der Grundbesitzer und paramilitärische Truppen der Zentralregierung konfrontiert. Die deutlichste Form der "Roten Revolution" als Ergebnis der Grünen Revolution hat sich nicht in der Region gebildet, die durch die Grüne Revolution entwickelt wurde (Pandschab), sondern dort, wo sie Unterentwicklung bewirkte.

Abb. 292
Am nett gedeckten Tisch schmeckt es besonders

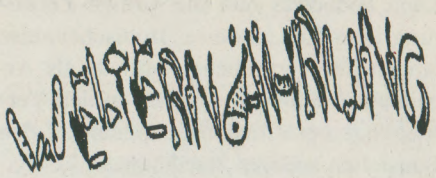
Der Kreis schließt sich

Wenn erstmal die Bauern die Landarbeiter dazu bringen, Getreide zu produzieren, und dann die Regierung die Bauern dazu bewegen kann, das Getreide zu verkaufen, verteilt diese das Getreide über ihre sog. "Gerechter Preis"- und Zuteilungsgeschäfte. Diese gibt es nur in den Städten, d.h. die Dorfbewohner sind quasi vom staatlichen Verteilungssystem ausgeschlossen. Des weiteren geht die Hälfte des Getreides in nur 4 Bundesstaaten: West-Bengalen, Tamil Nadu, Maharashta und Kerala (Reihenfolge nach der Menge des Getreides). In den ersten drei Staaten liegen Kalkutta, Madras und Bombay, die drei größten Städte Indiens und größten Konzentrationen der Industriearbeiterklasse. Nach Kerala schickt die Regierung nicht nur viel Getreide und Reis, weil dort kaum welches produziert wird, sondern weil dieser Bundesstaat eine sehr starke Arbeiterklasse und einflußreiche Bauernbewegung hat.

Ein umfassendes Bild der Grünen Revolution wird nun sichtbar. Das Getreide wird mit all den produktivitätssteigernden Maßnahmen im Pandschab produziert und dann zur Ernährung der Industriearbeiterklasse in die Städte geschickt. Dieser Kreislauf wird von der Regierung geplant und kontrolliert. 60% der Ausgaben städtischer Arbeiter gehen für Lebensmittel drauf. Damit werden die staatlichen Preise zum entscheidenden Faktor für die Profite des industriellen Sektors. Jeder Versuch einer Regierung, die Preise für Getreide (oder jede andere "lebenswichtige Ware") zu erhöhen, wird mit Protesten und Riots beantwortet.

Das Food for Work-Programm

Nachdem die Regierung das System zur Ernährung der enteigneten Bevölkerung in den Städten entwickelt hatte, entschied sie, die überschüssigen Nahrungsmittel auch gegen die Landlosen auf dem Land zu verwenden. 1977 begann sie, Leute



zum Arbeiten zu bringen, indem sie sie mit Getreide bezahlte. Zwischen 1977 und 1980 wandte die Regierung 9% ihrer gesamten Getreidebestände auf, um 99 Mio. Arbeitstage zu "schaffen". Nach 1980 wurde das Programm umbenannt und neben Getreide auch Geld ausgezahlt. Die Arbeit, die die Regierung innerhalb dieses Programms organisierte, war der Straßenbau, der, gemäß einem Regierungshandbuch, "Einrichtungen für Handel und Wirtschaft bereitstellt". Wieder einmal werden die Enteigneten angestellt, um die Mittel zu ihrer Enteignung weiter auszubauen.

Der Unterdrückungsapparat

Seit Anfang der 70er hat die Regierung stetig die Zahl der Polizisten, paramilitärischen Truppen und Armeesoldaten erhöht, um die im Rahmen des oben beschriebenen Kreislaufs auftretenden Widersprüche zu unterdrücken. Aber diese "Waffenarbeiter" (gunworkers) sind oft aus den Landlosen und Enteigneten rekrutiert worden und auch hier hat die Regierung Probleme. Während die Zahl der gunworkers stieg, wuchs gleichzeitig die Zahl von Polizei-Streiks und -Riots. Einer der Gründe für die Streiks sind die schlechten Arbeitsbedingungen; ein großer Teil ihrer Arbeit besteht im Einsatz gegen Riots und Demos. Eine amerikanische Studie gibt an, daß die Zahl von Riots sich zwischen 1965 und 1977 verdoppelt hat. Die Regierung schätzt die Zahl der Riots mit mehr als 5 Beteiligten für 1977 auf 76 000.

Die abschließenden Bemerkungen überlassen wir einer der Vertriebenen. Eine ältere Frau, die auf der Baustelle eines Staudammes in Maharashtra arbeitete, sagte: "Diejenigen, die rausgehen auf Demos, die für die Verteidigung ihres Magens kämpfen, werden überleben. Die, die keine Hoffnung haben, die aufgeben und zuhause bleiben, weil sie Angst haben, die werden nicht leben!"

John Roosa

Gekürzt aus: Midnight Notes Nr.9 '88

"Investitionszonen, Armutszonen, Frontstaaten"

In der ila Nr. 143 vom März '91 war ein interessanter Artikel des Zürcher Wirtschaftsjournalisten Res Strehle, der in knappen Strichen ein Bild der neuen Weltwirtschaftsordnung zeichnet. Er beleuchtet dabei nur die Seite des Kapitals, aber er skizziert damit den Rahmen, in dem sich die Klassenkämpfe der 90er Jahre abspielen werden und den sie sprengen müssen.

Zunächst referiert er kurz die verschiedenen "Imperialismustheorien":

- die bürgerliche, die er an der Hochschule gelernt hat "daß die Menschen in den 'unterentwickelten' Ländern arm seien, weil es in diesen Regionen so heiß sei, sie nicht die richtige Einstellung zur Arbeit hätten und Kühe ... heilig herumlaufen ließen";
- die Lenin'sche: Im Gefolge der großen Wirtschaftskrise 1857 kommt es zu einer massiven Konzentration der kapitalistischen Produktion; es entstehen Monopole und der Staat erhält eine neue Funktion (Planung). Dem "Neokolonialismus" geht es Lenin zufolge weniger um die militärische Eroberung wie früher, sondern um die wirtschaftliche Erschließung neuer Gebiete. «Schließlich erwähnt Lenin ... die Einbindung des Metropolenproletariats... Die Skala der Einbindungsformen reicht von Nationalismus über Faschismus bis zum "New Deal", von religiösem Fundamentalismus über Sozialpakte bis zur Schweizer Konkordanz — Ideologie ist dabei stets verbunden mit materieller Besserstellung.»
- Ende der 60er Jahre brachte die Dependencia-Theorie eine Verfeinerung der Analyse Lenins: die Abhängigkeit der Peripherie von den Metropolen wird durch eine Achse zwischen den Zentren in Metropole und Peripherie vermittelt.
- Die feministische Analyse «eröffnete in den achtziger Jahren den Blick über den Lohnarbeitsbereich hinaus auf die Hausarbeit».

Aber «seit zwei, drei Jahren macht es wenig Sinn mehr, global von der "Dritten Welt" oder dem "Trikont" zu sprechen. Zu unterschiedlich sind die Bedingungen geworden... Es wird wichtig zu differenzieren, ähnlich wie innerhalb des Metropolenproletariats, wo die unterdrückte Klasse in ihren verschiedenen Segmenten ebenfalls genauer zu bestimmen ist: Lohnabhängige mit oder ohne Garantien, Reservearbeitskräfte, Hausarbeitskräfte, gänzlich Ausgegrenzte, die nicht mehr für Lohnarbeitsverhältnisse vorgesehen sind.»

Im folgenden skizziert Res Strehle anhand des "Menü-Ansatzes" des IWF die neue Aufteilung der Welt:

Menü 1:

Wenig oder praktisch kein Druck auf Schuldnerländer, die bereits in hohem Maße exportorientiert sind. «Auf Südkorea etwa, das zu den höchstverschuldeten Trikontländern gehört, wurde nie Druck ausgeübt, dasselbe gilt für Südafrika.» Hier geht es um einen politischen 'Bonus': Südkorea und Südafrika sind Frontstaaten, Bollwerke des 'freien Westens' in unstabilen Regionen.

Menü 2:

Dieser 'Bonus' gilt für alle Staaten, die von den USA und der EG als "Frontstaaten" eingeschätzt und eingesetzt werden: Jüngstes Beispiel ist der Spielraum, den der IWF im Zuge der "Golfkrise" den irakischen Nachbarstaaten Türkei, Ägypten und Jordanien verschafft hat. Menü 2 ist ein «Spezialmenü für hochverschuldete Frontstaaten... In diesen Fällen wurde pragmatisch vorgegangen: Schraube anziehen und selektiv lockern, wenn die Stimmung im Lande für die einzelnen Regierungen bedrohlich zu werden drohte. Ähnlich, scheinbar wankelmütig, hat der IWF mit Argentinien und Brasilien verhandelt.»

Menü 3:

Die am meisten ausgepowerten Länder werden vom IWF weitgehend in Ruhe gelassen, sind eher Sache der Kirchen und anderer "moralischer" Institutionen. Zu dieser Gruppe gehören 20 bis 30 stark verschuldete Länder, v.a. in Schwarzafrika und einzelne asiatische Länder wie Bangladesch und lateinamerikanische Länder wie Haiti. Res Strehle arbeitet ganz richtig raus, daß auf diese Länder wenig Druck ausgeübt wird, weil sie - zumindest in nächster Zeit - nicht «in größerem Umfang als Investitionszonen vorgesehen sind.»

Menü 4:

Länder, mit denen das multinationale Kapital was vorhat, kriegen das härteste Menü verpaßt: Schulden werden nur gestrichen, wenn sukzessive "Strukturanpassungen" durchgeführt werden. 17 solcher Ländern sind momentan «Testgebiete für harte Strukturanpassungsprogramme, die auf der Reprivatisierung von Staatsaufgaben, dem Abbau von Preisbindungen und Subventionen und radikaler Exportorientierung beruhen.» (Mexiko, Brasilien, Uruguay, Argentinien, Chile: die Reiseroute von Bush im Dezember 1990 durch Südamerika) «Politische Kennzeichen [dieser Länder] sind die labile, je nach Notwendigkeit auf die eine oder andere Seite kippende 'Balance' zwischen Militärdiktatur und Rechtsstaat sowie als Folge 'Tandems' zwischen Generälen und zivilen Politikern, deren Differenzen in aller Regel inszeniert sind, häufig nicht einmal sonderlich gut.»

Dazu kommt ein «differenziertes militärisches Vorgehen: ... Schematisch formuliert lautet die US-Doktrin: "medium intensity" für Frontstaaten (Israel, Südafrika, Türkei, Panama), "low intensity" für Investitionszonen (Mexiko, Chile, Uruguay, Philippinen) und keine Intervention in Armutszonen (Liberia, Tschad, Somalia, Sudan, Uganda, Haiti).» Das heißt aber keinesfalls, daß es in den Armutszonen nun einen Spielraum für eigenständige Entwicklung gebe — ein oft anzutreffendes Mißverständnis in "Dritte-Welt-Gruppen".

Ein weiterer Aspekt der neuen Kapitalstrategie ist die Tatsache, daß auch der Einsetzung US- oder EG-freundlicher Regimes nicht automatisch Kapitalflüsse folgen. «In Panama, Nicaragua, aber auch in weiten Teilen Osteuropas sind die großen Investitionsspritzen bis jetzt ausgeblieben ... Bulgarien, Jugoslawien, Albanien und Rumänien werden wohl verstärkt zu relativen Armutszonen.»

Und schließlich kommt es zu einer verschärften Lohnabstufung innerhalb der drei Kontinente. «Daß die Löhne für vergleichbare Arbeit in Nord und Süd um das Zehnfache auseinanderliegen, das hatte in den sechziger und siebziger Jahren Neuigkeitswert. Neu ... ist heute, daß wir eine Süd-Süd-Lohndifferenzierung in nahezu ähnlicher Höhe finden.... [Gemäß einer Studie von 1990] betragen die Lohnunterschiede in der Metallindustrie zwischen einem Trikontland mit mittlerem Einkommen und einem absoluten Billiglohnland wie Thailand heute real rund fünf zu eins. Als Folge benötigt ein Metallarbeiter in Thailand allein für den Broterwerb einer vierköpfigen Familie zwölf volle Arbeitstage pro Monat, also rund die Hälfte seiner Arbeitszeit, um für sich allein den monatlichen Minimalbedarf von je sieben Kilogramm Brot und Reis sowie je einem Kilogramm Fleisch und Butter decken zu können. Und hat dabei noch nicht regulär gewohnt, denn für die Miete von ein bis zwei Zimmern müßte eine weitere volle Arbeitszeit aufgewendet werden. Er wird damit faktisch vor die Entscheidung gestellt, zu wohnen oder zu essen, was die Slumentwicklung in dieser Region erklärt. Diese Menschen sind für reguläres Wohnen nicht mehr vorgesehen, die Arbeitskraft wird massiv unter den Kosten ihrer Wiederherstellung entlohnt.»

Wir müssen die Länderperspektive verlassen. «Wir beobachten in vielen Trikontländern mit rascher "Modernisierung", wie etwa Saudi-Arabien, einen augenfälligen Dualismus: Armutszonen neben Investitionszonen, Traditionalismus neben moderner Kapitalverwertung, religiöser Fundamentalismus neben den Kennziffern des modernen Rechnungswesens. Das Verhältnis zwischen beiden Sektoren ist nicht einfach hart gegensätzlich und unverbunden, sondern ein Austauschverhältnis: Die Arbeitskräfte werden "freizügig" aus den Armutszonen aus- und wieder zurückgeführt, wie dies Südafrika bereits gegenüber den schwarzen Homelands praktiziert. In den Investitionszonen ist ihre Existenzgarantie eng an den Arbeitsplatz geknüpft, der ohne wirksame gewerkschaftliche Organisierung wiederum nur höchst prekär garantiert ist.»

In einem solchen Modell «wird die formelle Diskriminierung im rassistischen Südafrika ... mit der Zeit hinfällig. Über Zutrittberechtigung würden dann vermehrt ökonomische und nicht mehr juristische Gesetze entscheiden, nicht Pässe, sondern Kaufkraft. Eine ähnliche Zonierung über unterschiedliche Kaufkraft läßt sich heute in der Stadtentwicklung in den Metropolen feststellen: Immer mehr Räume in Großagglomerationen werden beispielsweise für das ausgegrenzte Drittel der Bevölkerung unbetretbar, nicht weil Zutritt und Benützung formell verboten wären, sondern weil die notwendige Kaufkraft als Voraussetzung der Zutrittsberechtigung fehlt.»

Zu bestellen bei: Information Lateinamerika, Oskar Romero Haus, Heerstr. 205, 53 Bonn 1.

Abonniert die TheKla!

Gleichzeitig mit dieser Wildcat erscheint die

TheKla 14

mit folgenden Artikeln:

- Der Zionismus, Mißgeburt der Arbeiterbewegung
- Die neuen "Enclosures"
- Der Ursprung der Schuldenkrise
- Die Schuldenkrise, Afrika und die neuen Enclosures
- Die Krise der Arbeit/Energie und die Anti-AKW-Bewegung
- Der Energiesektor als strategischer Sektor im Klassenkampf
- Wie man eine passende Krise inszeniert
- Der Golf, Versuchsfeld für die Kriege von Morgen

Mit dem zweimonatlichen Erscheinen der Wildcat sind die Artikel aktueller und kürzer geworden. Im gleichen Zug sollte unsere Buchreihe "TheKla" (Thesen zum Klassenkampf; Theorie und Klassenkampf; oder auch: The Klassenkampf ...) regelmäßiger herauskommen. Hier soll Platz für längere Texte sein, als Material oder theoretische Vertiefung von Wildcat-Artikeln oder im guten Sinne "Schulungsmaterial". Die letzte TheKla ist 1990 erschienen zu "Klassenkämpfen im Sozialismus", demnächst erscheinen zwei neue TheKla-Bände:
Die TheKla 14 reiht sich nicht ein in die "Sonderhefte zum Golfkrieg". In den letzten Wochen erschienen Dutzende solcher Broschüren, die sich auf die immer gleichen Quellen beziehen und die immer gleichen Geschichten hundertfach variieren. Aus diesen Bergen von Enthüllungen haben wir nur zwei Texte rausgefischt, die wir für überdurchschnittlich interessant halten: "Wie man eine passende Krise inszeniert" ist eine Rede des ehemaligen CIA-Agenten Agee, die er im Oktober 1990 hielt. Er arbeitet darin anhand der Parallelen zum Korea-Krieg die wesentlichen Probleme des US-Kapitals heraus — und wieso es einen Krieg als Lösung sieht. Wir meinen, sein Vergleich mit dem Korea-Krieg bietet mehr, als er selber sieht: damals wie heute sah sich das Kapital von einer Welle internationaler Arbeiterkämpfe bedroht. "Der Golf, Versuchsfeld ..." ist ein Artikel des Rüstungskritikers Michael T. Klare. Er stellt in knapper Form die strategisch-militärische Dimension der "neuen Kriege" dar, Kriege, auf die sich das US-Militär seit Anfang der 80er Jahre vorbereitet hat.
In den letzten Monaten hat es nicht an "Material zum Golfkrieg" gefehlt, sondern vor allem an analytischen und theoretischen Ausarbeitungen, die uns helfen, die "neue Weltordnung" einzuschätzen. Wir haben ein paar Texte übersetzt bzw. neu ausgegraben, die unserer Meinung nach genau das sind: Analysen, die wir kollektiv diskutieren können, um besser durchzublicken, um unsere politische Praxis zu vertiefen, um in Bewegungen eingreifen zu können.
"Der Energiesektor ..." ist bereits Anfang der 80er in der Autonomie Neue Folge erschienen. "Der Zionismus ..." ist aus der französischen Zeitschrift Le brise-glace (Eisbrecher). Der Artikel setzt sich mit der Rolle der jüdischen ProletarierInnen in der Arbeiterbewegung in Europa und dem Arbeiter-Antisemitismus auseinander. Die jüdischen ProletarierInnen verkörperten als mobile Arbeiter ein "internationalistisches Proletariat" — deshalb waren sie Vernichtungsziel des Nazismus. Der sozialistische Zionismus war entstanden als Reaktion auf den Antisemitismus der Arbeiterbewegung in Osteuropa. In Palästina wurde er zur Waffe gegen das palästinensische Proletariat.
Die anderen vier Artikel sind vom Midnight Notes Kollektiv in den USA. "Die Krise der Arbeit ..." ist ein älteres Papier zur Anti-AKW-Bewegung vor Tschernobyl und nach "Three Miles Island", es wurde schon mal in der Autonomie Neue Folge 4/5 veröffentlicht. Die anderen sind aus den letzten Midnight Notes vom Herbst 1990. "Die neuen Enclosures" nennen die GenossInnen die Gegenangriffe des Kapitals auf die Kämpfe der ProletarierInnen weltweit. Der Begriff "enclosures" heißt "Einzäunungen", er geht zurück auf die Landnahme des englischen Adels im 16. Jahrhundert. Heute stehen wir einer neuen Welle dieser "ursprüngliche Akkumulation" gegenüber. "Der Ursprung der Schuldenkrise" ist eine aktualisierte Zusammenfassung von mehreren gewichtigen Analysen, die sie in der Vergangenheit zu diesem Thema vorgelegt haben. "Die Schuldenkrise, Afrika ..." diskutiert das neue Szenario der Verwertung am Beispiel Afrika — dem Kontinent, auf dem das Kapital den Midnight Notes zufolge die größten Schwierigkeiten hat (eine Kurzfassung des Artikels war bereits in der Wildcat 52 zu lesen).

TheKla 15 wird kurz danach erscheinen mit Artikeln des Wildcat-Kollektivs

- Klassenkämpfe in der Sowjetunion
- Klassenkämpfe und EG-Integration
- Klassenkämpfe im arabischen Raum
- Geld

Wir wollen in diesem TheKla durch direkte Kontakte, Interviews, Briefe und Flugis ein genaueres Bild von den Leuten, die kämpfen, ihren Problemen und Hoffnungen kriegen. TheKla 15 wird voraussichtlich im Mai 91 erscheinen.

Ein Problem, das uns bisher vom regelmäßigen Erscheinen abhielt, sind die leidigen Finanzen. Für uns ist der Verkauf der TheKla fast nicht abzuschätzen: von manchen TheKlas haben wir in drei Jahren keine 400 verkauft, von anderen innerhalb eines Jahres über 800, manche sind in der dritten Auflage ausverkauft. Wenn wir "seriös" kalkulieren wollten, müßten wir den Preis mehr als verdoppeln. Wir wollen aber am niedrigen "Abgabepreis" festhalten, damit die TheKlas auch Leute erreichen, die sonst selten oder nie "theoretische" Bücher lesen. Deshalb rufen wir Euch auf, die TheKla zu abonnieren. Sie wird in Zukunft 2-3 Mal im Jahr erscheinen. Wie lange wir den niedrigen Preis halten können, wissen wir nicht. Aber wer jetzt 24.- Mark überweist für ein "TheKla-Abo", bekommt auf jeden Fall die nächsten 4 Bände bei Erscheinen portofrei zugeschickt.
Alle, die das Projekt Thekla unterstützen wollen, sollten ein Abo oder noch besser ein Förder-Abo machen.
Eine zweite Möglichkeit — allerdings nur für Wildcat-AbonnentInnen und WeiterverkäuferInnen — ist ein Buch-Abo. Ihr schickt uns eine Karte: "Hiermit bestelle ich die TheKla-Reihe bis auf Widerruf". Ihr kriegt dann bei Erscheinen die TheKlas auf Rechnung zugeschickt und zahlt jeweils eine Mark weniger als im Buchladen (also 7 statt 8).
WeiterverkäuferInnen der Wildcat sollten sich überlegen, ob sie auch die TheKla vertreiben können. Ihr bezahlt 5 Mark pro Expl. + Porto (eine gute Anzahl sind übrigens 6 Exemplare wegen dem Porto!). Das würde uns helfen, besser zu kalkulieren.
Abos könnt Ihr rückwirkend bis zur TheKla 10 machen (dann kostet T10 11.-, T11 6.-, T12 6.- und T13 6.- Mark).

Klassenkampf, Zionismus und Nationalstaat

Die Intifada, der Aufstand der PalästinenserInnen, hat hier zu einem politischen Streit geführt, der wie eine Verlängerung des "arabisch-israelischen Konflikts" aussieht. Auf der einen Seite wird uns gesagt, wir (?) müßten das "Existenzrecht" des Staates Israel verteidigen, weil Deutschland aufgrund der Judenvernichtung eine besondere historische Verantwortung zukomme. Damit wird dann gleich noch die US-amerikanische Kriegsführung in der Region legitimiert. Auf der anderen Seite werden die Argumente des arabischen Nationalismus gegen den Zionismus wiedergekäut und völlig unbekümmert die Forderung nach einem palästinensischen Nationalstaat unterstützt, der angeblich das Ziel der Intifada sei.

Wir wollen und können uns in diesen Streit nicht einmischen. Wir sind keine Staatsmänner und wollen es auch nicht werden. Es ist müßig, über das "Existenzrecht" von Staaten zu diskutieren, solange wir noch von jedem Staat unterdrückt und zur Ausbeutung getrieben werden.

Das wirkliche Problem, das hinter dieser Debatte steckt, ist der Verlauf von Kämpfen, die zur Errichtung eines Nationalstaates führen. Was ist der Ausgangspunkt und Inhalt dieser Kämpfe, und warum schlagen sie um in neue Formen der Unterdrückung? Nur von den Kämpfen gegen die Unterdrückung zu sprechen, ohne die Perspektiven einer grundsätzlichen Revolution zum Thema zu machen, führt zu solchen Scheingefechten, wie der Debatte um Zionismus und Intifada. Jede Seite kann sich moralisch auf das erlittene Elend entweder der jüdischen oder der palästinensischen Menschen berufen. Nebeneinander lesen wir von dem militanten Widerstand der jüdischen Frauen und Männern in den Ghettos und von dem Aufstand der palästinensischen Frauen und Männer in den besetzten Gebieten. Das Verrückte an diesem Nebeneinander ist, daß es teilweise dieselben Gruppen und Menschen waren, die den antifaschistischen Widerstand gegen die Nazis organisierten und die sich dann in Palästina an der Vertreibung der arabischen Bevölkerung beteiligten. Wäre der Zionismus einfach nur bürgerliche Kolonialismus gewesen, wäre die Sache einfach.

> **Der Schreccken, der der Bourgeoisie vom internationalen Proletariat versetzt wurde, muß groß gewesen sein, daß er zum Grauen des Genozids an den Juden führte.**

Aber der Zionismus ist eine **"Mißgeburt der Arbeiterbewegung"**. Dies ist der Titel eines Artikels aus der französischen Zeitschrift "Le brise-glace", den wir im Thekla 14 vollständig abdrucken werden.

Weil in Osteuropa vor dem Hintergrund der Judenvernichtung ein zweiter, ein sozialistischer Zionismus entstand, der den Charakter einer "wirklichen nationalen Befreiungsbewegung" annahm, war das Projekt Israel nicht nur bürgerlicher Kolonialismus, sondern es konnte an den Kämpfen eines militanten Proletariats ansetzen und seine Energien in ein kolonialistisches Projekt lenken. In einer zugespitzten Form stellt sich hier grundsätzlich das Problem nationaler Befreiung. Der Artikel zeigt, wie die sozialistische und antifaschistische Bewegung der Juden in Osteuropa später zum Träger des kolonialistischen Staates Israel werden konnte. (Die Zitate im Folgenden entstammen diesem Artikel.)

Sozialistische jüdische Klassenbewegung

Anders als in Westeuropa war es den Juden in Osteuropa nach ihrer politischen Emanzipation und nach dem Wegfall ihrer besonderen wirtschaftlichen Basis durch die Ausbreitung kapitalistischer Verhältnisse nicht gelungen, sich in diese kapitalistische Wirtschaft zu integrieren. Die meisten einheimischen Kapitalisten weigerten sich, jüdische ArbeiterInnen zu beschäftigen. Die jüdische Gemeinschaft erfuhr eine massive Verelendung. Das jüdische Proletariat wird arbeitslos oder gezwungen, zu niedrigen Löhnen in der Kleinproduktion für die jüdische Bourgeoisie zu arbeiten. Auf diese Weise erhielt sich aber auch die jüdische Gemeinschaft als eine vorkapitalistische Form des Zusammenhalts der Menschen und sie wird zum Träger einer radikalen politischen Bewegung. "Dies ist die Zeit, in der besonders die jüdischen Proletarier Osteuropas beginnen, sich dem Marxismus und der Idee einer proletarischen Revolution anzuschließen. Sie erscheinen auch unter den ersten Proletariern Osteuropas, die sozialistische Organisationen gründen." Das jüdische Proletariat und seine Organisationen waren Teil der Klassenkämpfe in Rußland und Polen. Sie beteiligten sich an der Revolution von 1905 und sind in der folgenden konterrevolutionären Phase der Unterdrükkung doppelt ausgesetzt: als Aufständische und als Juden, die auch von der einheimischen Bevölkerung mit Pogromen bedroht wurden. Aber sie bleiben ausgeschlossen. Die polnischen Gewerkschaften weigern sich z.B. jüdische ArbeiterInnen aufzunehmen und die II. Internationale hat sich nie ernsthaft diesem Ausschluß des jüdischen Proletariats aus den Klassenkämpfen widersetzt. Dieser "erste große Fehlschlag des proletarischen Internationalismus ... schafft die Bedingungen für das Auftauchen des Zionismus".

Aufgrund des Zusammenbruchs ihrer Lebensbedingungen emigrierten Millionen jüdischer Proletarier nach Westeuropa und in die USA - aber sie bringen die jüdische Frage Osteuropas mit. Damit wurden sie zu einer neuen Bedrohung: erstens für die im Westen integrierten jüdischen Bürger, die mit dem nun aufkommenden Antisemitismus ihre Integration gefährdet sahen, und zweitens für das Kapital, das sich vor einer Arbeiterklasse fürchtete, die sich nicht in die Nation integrieren ließ. "Im Gegensatz zu den einheimischen Juden dieser verschiedenen westlichen Ländern, sind die jüdischen Proletarier, die sich in Wellen ergießen, nicht atomisiert. Sie kommen in diesen Ländern an mit der Tradition eines lebhaften gemein-

schaftlichen Bandes, das schwer assimilierbar ist und mit einem gesellschaftlichen Zusammenhalt, einer Kraft, die besonders für die Bourgeoise und ihren Staat berunruhigend war. Dieses gemeinschaftliche Band überschreitet selbst die Grenzen Frankreichs, Deutschlands und Österreichs und bewahrt seine Wurzeln in Osteuropa. Es macht aus den Juden wahrhaft internationalistische Proletarier."

Diese Gestalt des internationalen Proletariers ist es, die von den Nazis in den Juden angeprangert, verfolgt und vernichtet wird. In der Arbeiterklasse sollte der proletarische Internationalismus ausgelöscht werden. Das ist keine bloße Methapher. In der internationalen sozialistischen Strömung gehörten die jüdischen Arbeiterorganisationen wie der "Bund" zum radikalen Flügel. Aufgrund ihrer eigenen Staatenlosigkeit entwickelten sie eine weitaus internationalistischere und anti-staatlichere Haltung als die übrigen sozialistischen Parteien, deren "Internationalismus" mit dem Beginn des I. Weltkrieges endgültig zusammengebrochen war. Selbst nach der Ghettoisierung der Juden in dem von den Nazis besetzten Polen, blieb diese proletarische Figur für die deutschen Besetzer ein Problem. Die bewaffneten Aktionen des jüdischen Proletariats wie der Aufstand im Warschauer Ghetto, der sich vom 19. April 1943 bis in den Mai hinzog und von den Nazis nur mit Einsatz von Artillerie niedergeschlagen werden konnte, regte auch den polnischen Untergrund zu offeneren Aktionen. "Der Schrecken, der der Bourgeosie vom internationalen Proletariat versetzt wurde, muß groß gewesen sein, daß er zum Grauen des Genozids an den Juden führte."

Bürgerlicher und sozialistischer Zionismus

Die jüdische Bourgeoisie sah schon früh die Gefahr, daß der Zustrom der jüdischen Proletarier aus Osteuropa soziale Unruhe bedeuten würde und eine neue Welle des Antisemitismus ihre eigene gesellschaftliche Stellung gefährden könnte. 1897 wurde eine weltweite Organisation gegründet, die eine nationale jüdische Heimat in Palästina schaffen sollte.
"Das erklärte Ziel des Unternehmens war es, den Migrationsstrom von jüdischen Proletariern aus Osteuropa nach Palästina umzulenken, um die Integration der Juden Westeuropas zu schützen."
Eine große europäische Kolonialmacht sollte dafür gewonnen werden, dieses Unternehmen abzusichern. Im Austausch bot man ihr die kolonialistische Ausbeutung der palästinensischen Ländereien an. Dieser "'erste', bürgerliche Zionismus entsprach vollkommen dieser Definition des Kolonialismus. Unter der Bedingung, nur diese Etappe des Zionismus zu meinen, sind die Anschuldigungen von Kolonialismus von Seiten der PLO vollkommen begründet. Wenn der Zionismus sich nur unter dieser Form manifestiert hätte, hätten wir ihn jedoch niemals als israelische Nation, als Staat Israel erscheinen sehen ..."

Das erklärte Ziel des Unternehmens war es, den Migrationsstrom von jüdischen Proletariern aus Osteuropa nach Palästina umzulenken, um die Integration der Juden Westeuropas zu schützen.

Da es dem jüdischen Proletariat nie wirklich gelang, sich in die Klassenkämpfe zu integrieren, weil das Scheitern des proletarischen
Internationalismus ihm den Weg verbaute, sich innerhalb eines internationalen Klassenkampfs zu emanzipieren, entwickelte sich unter den Bedingungen der Ghettoisierung und der Pogrome eine eigenständige sozialistische Lösung: ein jüdischer nationaler Sozialismus, ein sozialistischer Zionismus.
Von den Marxisten und auch innerhalb der jüdischen sozialistischen Bewegung wurde diese Richtung als ideologische Abweichung kritisiert. Der "Bund" polemisierte noch unter der deutschen Besatzung in Polen gegen diese zionistische Lösung, wies ganz klar auf die kolonialistische Bedeutung dieses Projekts hin und warnte vor allem davor, daß die Fixierung auf die Auswanderung nach Palästina den antifaschistischen Kampf schwächen würde. Es stimmt auch, daß der bürgerliche Zionismus an dem aktiven Widerstand gegen die Nazis kaum interessiert war und teilweise sogar mit den Völkermördern kollaborierte. Den sozialistischen Zionismus konnte diese Kritik aber nicht in der Weise treffen. Viele links-zionistische Organisationen beteiligten sich genauso aktiv wie der "Bund" an den Ghettoaufständen und Partisanenverbänden. Die Kritik blieb theoretisch, weil sie die Lage der proletarischen Juden abstrakt betrachtete und ihnen nicht aus der Klemme helfen konnte.
Der sozialistische Zionismus wurde zum "Ersatz für die unmögliche Integration" und verbreitete sich unter dem jüdischen Proletariat auch wegen seiner Kritik an dem bürgerlich-kolonialistischen Projekt.

"Die sozialistischen Zionisten predigten im Gegenteil die nationale Selbst-Befreiung; die Juden müssen sich selbst, durch die "jüdische Arbeit", die Grundlagen ihrer Nation schaffen, ohne auf den guten Willen der Großmächte zu warten. Sie verwandelten so den Zionismus in eine wirkliche nationale Befreiungsbewegung.
Zweitens stürzten die zwei großen, von den sozialistischen zionistischen Parteien geleiteten proletarischen Einwanderungswellen, die sich zwischen 1904 und 1923 auf Palästina ergossen, die koloniale Struktur der Yichouv (die palästinensische jüdische Gesellschaft) um. Man sah von jetzt ab die Idee sich bestätigen, nach der der Kampf der jüdischen Arbeiterklasse Palästinas vor allem darauf abzielt, der jüdischen Bourgeosie die "jüdische Arbeit" aufzuzwingen, eine Ökonomie abzulehnen, die auf der kolonialen Ausbeutung der arabischen Bauern und Arbeiter beruht und eine nationale Ökonomie durchzusetzen, die auf der Arbeit der jüdischen Arbeiterklasse beruht und von ihr geführt wird. Dieser Kampf wurde mit einem vollkommen guten sozialistischen Gewissen geführt, da das angestrebte Ziel die Ablehnung des Kolonialismus und der Ausbeutung der arabischen Palästinenser war. Tatsächlich übersetzte er sich in den Beginn eines Proletarisierungsprozesses der besagten Araber, die zunehmend von den Ländereien vertrieben wurden, die sie immer bebaut hatten."

Nationalstaat - Staat der nationalen Arbeit

Wie kam es zu diesem Umschlagen einer proletarischen Bewegung, die selbst der Ausgrenzung ausgesetzt war, in eine Bewegung, die nun ihrerseits ein anderes Proletariat aus der Wirtschaft ausgrenzte? Die sozialistische Bewegung ist nie über den Irrtum hinausgekommen, die "Befreiung der Arbeiterklasse" mit der "Befreiung der Arbeit" zu verwechseln. Selbst der "Bund", der theoretisch entschieden anti-zionistisch war, machte sich diese Ideologie zu eigen. So forderte auch er die soziale Umschichtung der jüdischen Bevölkerung in Richtung "produktive Beschäftigung", wie es die polnischen Antisemiten taten. Das war nicht bloßer Opportunismus, sondern Ausdruck der allgemeinen orthodox-marxistischen Ideologie, die Arbeiterklasse müsse sich auf der Basis der Arbeit emanzipieren - statt gegen sie. Dabei war das jüdische Proletariat eine der letzten Gemeinschaften, die ihren Zusammenhalt gegen und ohne das Prinzip der kapitalistischen Arbeit erhalten hatte, deren Gemeinschaftlichkeit ohne Territorium und über die nationalen Grenzen hinweg funktionierte. Der sozialistische Zionismus konnte dem jüdischen Proletariat nur einen Ersatz für die unmögliche Integration bieten, indem er diese Gemeinschaft zerstörte und an ihre Stelle das anonyme und abstrakte Band der Nation setze; indem er gegen diese Gemeinschaft die nationale Arbeit als Garantie des Überlebens setzte.

"Deshalb verherrlichen allgemein seit der historischen Geburt einer Nation alle gesellschaftlichen Klassen, die sie bilden (und darin eingeschlossen die "nationale" Arbeiterklasse) mit Eifer ihre nationale Identität. Denn sie hoffen, darin die formale Garantie ihrer gesellschaftlichen Reproduktion zu finden. Das Proletariat ist die Klasse, die in sich die Möglichkeit einer internationalen revolutionären sozialen Bewegung trägt, denn während der weltweiten Krisen kann sie vom Ausschluß aus allen Nationen getroffen werden. Ihre nationale Identität bietet ihr also keine wirkliche Garantie der Reproduktion. Jedoch, solange die Arbeit das wesentliche Moment des Reproduktionsprozesses bleibt - eine Situation, die bis heute der Ersatz für alle Revolutionen ist - existiert immer die Möglichkeit für die Proletarier, die Garantie ihrer Integration zu erobern, indem sie ihre Nation um die Arbeit herum, um ihre Arbeit herum neu zusammensetzen. ...

Der Zionismus ist also selbst, wie wir gesehen haben, als Bewegung von Proletariern entstanden, die darauf abzielte, ihre gesellschaftliche Reproduktion durch die Bildung einer jüdischen Nation zu garantieren, die auf der Arbeit beruht. Damit, und in der reinsten nationalistischen Logik, konnten diese Proletarier den gesellschaftlichen Ausschluß, dessen Opfer sie in Osteuropa waren, nur auf andere übertragen - in diesem Fall aufs palästinensische Volk. Die nationale Identität, die der Zionismus gründete, konnte nur als Ausschlußmaschine funktionieren."

Der Zionismus ist also selbst als Bewegung von Proletariern entstanden, die darauf abzielte, ihre gesellschaftliche Reproduktion durch die Bildung einer jüdischen Nation zu garantieren, die auf der Arbeit beruhte.

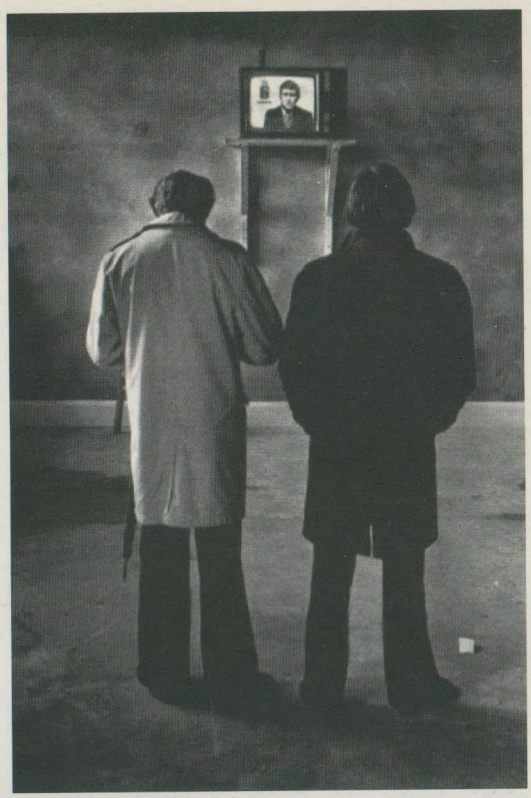
Revolutionärer Befreiungskampf oder Nationalstaat?

Die Forderung nach einem palästinensischen Nationalstaat zeigt Parallelen zur Entstehung des doppelgesichtigen Zionismus. Die Vertreibungen der PalästinenserInnen von ihrem Land, ihr Ausschluß aus der Ökonomie des israelischen Staates und der Angriff auf ihre Gemeinschaft, haben sie zu einer revolutionären Figur im arabischen Raum gemacht, die die nationalen Grenzen durchbrach. In den sozialen und revolutionären Kämpfen der 60er und 70er Jahre spielten die palästinensischen Flüchtlinge und EmigrantInnen in vielen arabischen Ländern eine wichtige Rolle und die Intifada wirkt ansteckend auf das Proletariat in anderen Ländern. So wie der bürgerliche zionistische Plan eines israelischen Staates auf die Drohung antwortete, die die aus dem Osten einwandernden Juden für die in Westeuropa integrierten jüdischen Bürger darstellte, so ist die Forderung der arabischen Nationalstaaten nach einem palästinensischen Staat die Antwort auf die drohende Ausbreitung einer revolutionären Stimmung in der Region. Die palästinensische Unruhe soll nicht auf ihr Staatsterritorium überschwappen.
Für das palästinensische Proletariat ist die Forderung nach einem eigenen Staat, vertreten durch die PLO, die die palästinensische Bourgeoisie hinter sich weiß, zur Hoffnung auf die Beendigung der israelischen Gewaltherrschaft und Ausbeutung geworden - genauso wie Israel für das jüdische Proletariat aus Osteuropa die Hoffnung auf Schutz vor Pogrom und Völkermord bedeutete.

Solidarität mit der Intifada oder anderen Befreiungskämpfen heißt nicht zwangsläufig, sich die Forderung nach einem Nationalstaat zu eigen zu machen. Die revolutionäre Bedeutung dieser Kämpfe liegt darin, daß ihre soziale Sprengkraft über das Ziel hinausgeht, anerkannter Teil der kapitalistischen Staatengemeinschaft zu werden. Deswegen ist es dieser Staatengemeinschaft nur recht, wenn der irakische Staat jetzt gegen die Kurden das mit äußerster Brutalität zuende führt, was die allierten Streitkräfte mit ihrem "regulären" Krieg begonnen haben: die Unterdrückung der proletarischen Revolte in dieser Region.

Das Dilemma dieser Kämpfe, ihren revolutionären Gehalt immer wieder nur in Nationalität übersetzen zu können, ist aber unser eigenes. Solange wir nicht praktisch die Perspektive einer internationalen Revolution entwerfen können, bleibt unsere Kritik genauso abstrakt und theoretisch wie die der marxistischen jüdischen Anti-Zionisten.

Stumpfe Sense Scharfer Stahl



Ein Videofilm über die Wirtschaftskrise, die Kämpfe gegen Ende der 20er, die notwendige Machtübernahme durch die Nazis und den Übergang zur Konterrevolution.

Die Bäuerin Margarethe Hamkens und der Agrarfunktionär Petersen schildern wie mit der Wirtschaftskrise im Übergang des Kapitalismus zum Weltmarkt die Preise für landwirtschaftliche Produkte verfallen. Während in den Städten die Arbeitslosigkeit zunimmt, droht der Landbevölkerung die Zwangspfändung und -versteigerung des Viehes und der Höfe. In Schleswig-Holstein entwickelt sich ab 1927 die Landvolkbewegung. Es ist eine Selbstorganisation der Bauern, die in deutlicher Abgrenzung zu den Parteien des "Systems" entsteht.

Hamkens und Petersen waren in dieser Bewegung aktiv, und erzählen die Geschichte des eskalierenden bäuerlichen Widerstandes, der Demonstrationen von über 100 000 Bauern, der Verhinderung von Pfändungen, des Steuerstreiks und der Anschläge auf Finanz- und Landratsämter. Von der Entwicklung des Kapitals überrollt, kämpfen die Bauern verzweifelt um den Erhalt ihrer Existenz, um den Erhalt der Produktionsmittel, verlangen "Hilfe" vom Staat, der selbst in der Krise die Kontrolle längst verloren und zu keiner Wirtschaftssteuerung mehr in der Lage ist. Dabei versuchen sie ihre Autonomie zunächst zu wahren, mit den Kommunisten wollen sie nix zu tun haben, weil die für die Enteignung und Kollektivierung der Landwirtschaft eintreten, und den Nationalsozialisten, die ihre Forderungen unterstützen, folgen sie noch nicht, weil die die Militanz verurteilen und sich von der Landvolkbewegung distanzieren.

Währenddessen steuert die Krise auf ihren Höhepunkt, noch wächst die Zahl der Arbeitslosen, die Kapitalverwertung in den Fabriken ist blockiert, der Weltmarkt nimmt die Produkte nicht mehr auf, Kapital zirkuliert nicht mehr. Das Kapital ist in sich gespalten, auf der einen Seite die Stahlindustrie und der Maschinenbau, auf der anderen Seite die schon umstrukturierten Bereiche Chemie- und Elektroindustrie.

Josef Bergmann analysiert aus der Sicht des kommunistischen Arbeiters, die Distanz zur Landvolkbewegung, wie sich die Klassengegensätze zuspitzten und das Kleinbürgertum in der Konfrontation von Kapital und Arbeiterklasse zerrieben wurde. Das wurde schließlich auch an den Wahlergebnissen deutlich, bei den Reichstagswahlen 1933 verloren die Nazis, während die Kommunisten dazugewannen. Das Kapital mußte die Krise auf einen Schlag in allen Sektoren lösen.

Plaudernd und sich entschuldigend bringt Sohn-Rethel die Aufgabe des "Mitteleuropäischen Wirtschaftstag" auf diesen Punkt. Hier wurde Anfang der 30er das Konzept der Industrie-und Landwirtschaftskartellierung und Erschließung eines abhängigen südosteuropäischen Wirtschaftsraumes entworfen. Im Zentrum stand das Ausweichen vor der Klassenkonfrontation in Deutschland, die Kosten der Reorganisation sollte das südosteuropäische Proletariat bezahlen. Die Machtübergabe an die Nazis, die Kanzlerschaft Hitlers, als er schon zu den Wahlverlierern gehörte, die brutale Unterdrückung der Arbeiterbewegung, war der Beginn und begleitende Absicherung des wirtschaftspolitischen Programmes, daß die Mehrwertproduktion wieder ankurbeln sollte. Den Arbeitern wurde der Deal Existenzsicherung gegen Arbeit aufgezwungen. Das notwendige Geld für die Industrie wurde vom Staat geliefert, der Verkauf der Produkte wurde vom Staat garantiert. Mittels einer wachsenden Verschuldung wurde die Rüstungsproduktion angeheizt. Und das im weitesten Sinne. Das nazistische Autarkieprogramm brauchte die Bauern, um im Kriegsfall von Agrarimporten unabhängig zu sein, und so konnten ihnen auch feste Preise zugesichert werden, genau das, was die Landvolkbewegung vom Staat forderte. Die Verknüpfung der bäuerlichen Forderungen mit der "Blut und Boden"-Ideologie der Nazis haben die Bauern hingenommen, den Preis haben auch sie erst später bezahlt: die kleinen Landwirtschaften gingen unter, die Erbhofgesetzgebung führte zur massiven Landflucht, die fehlenden Arbeitskräfte mußten durch den Reichsarbeitsdienst ersetzt werden.

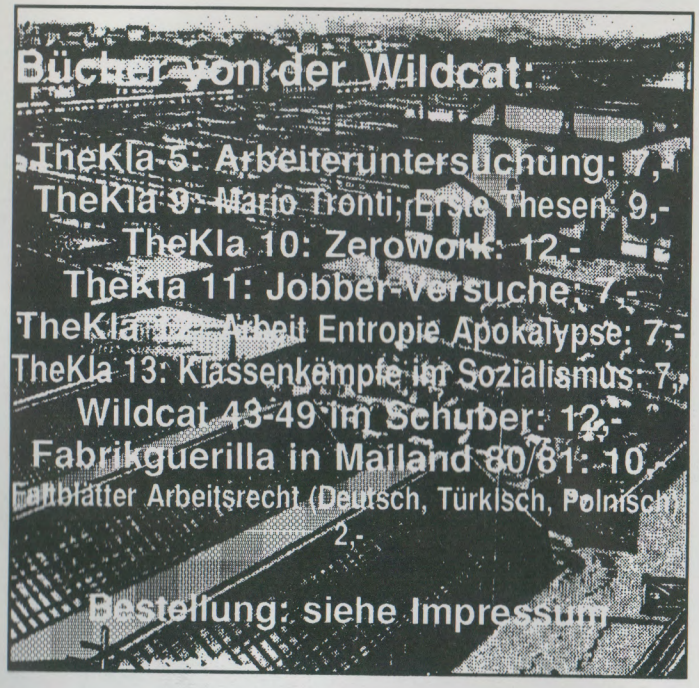
Die Landvolkbewegung konnte dieser Dynamik nichts mehr entgegensetzen, schon zu Beginn der 30er liefen die Bauern, enttäuscht auch von ihrer eigenen Bewegung zu den Nazis über, und waren fortan den Strategien des Kapitals unterlegen: Das Kapital griff zwar ihre Forderungen auf, drehte sie um, garantierte die Existenz und unterwarf sie einem wirtschaftspolitischen Konzept, daß die gesellschaftliche Kooperation und Ausbeutung auf eine neues Niveau anhob.

Das keynesianische Modell der massiven Verschuldung der Nazis hatte nur einen Haken, das vom Staat investierte Geld mußte auch wieder in die Kasse kommen. Das Konzept des "MWT" wollte dem Proletariat Südosteuropas die Gelder durch finanz- und wirtschaftspolitische Transaktionen entziehen, die Nazis waren schließlich wegen des ständig wachsenden Kapitalbedarfs zum Krieg gegen alle Nachbarländer gezwungen. Die Krise führte das Kapital und die Klasse in den Krieg. Und die letzten Bomben des Krieges in Schleswig-Holstein fielen auf Häuser der Aktivisten der Landvolkbewegung.

"Stumpfe Sense Scharfer Stahl" erzählt ein Stück verschütterter Klassengeschichte von unten, eben drum gucken sich die Bauern in Schleswig-Holstein den Film an. Der Film ist Dokumentarfilm im besten Sinn, spannend, lebendig, witzig. Die FilmemacherInnen scheuten sich nicht, die Kamera lange und ruhig auf die AktivistInnen zu halten, du kannst beim Zuhören in ihren Gesichtern lesen; der Reichtum der proletarischen Sprache und das Elend der intellektuellen Apologetik, auch das wird fast nebenbei deutlich. Und der Film lebt von dem historischen Bildmaterial.Dabei gelingt es Zusammenhänge aufzugreifen, an denen sich Texte seitenlang mühsam und oft vergeblich abarbeiten.

Nur warum lachten die meisten in Kiel über den Schlußsatz Josef Bergmanns, daß sich die Krise mit der erneuten, wirtschaftlichen Ausweitung nach Osten erst recht zuspitzen wird?

Der Film kann als U-matic- oder VHS-Video bei Zeitzeichen e.V., 2300 Kiel für 40,-DM bestellt werden



GOLFKRIEG

Jetzt wieder aktuell:

blätter des iz3w
Informationszentrum dritte welt - iz3w

* **Golfkrieg Iran – Irak (Nr. 146) 12/87**

  u.a. mit folgenden Beiträgen:

  – US-Politik im Golf
  – Diktatur der Baath-Partei
  – Islam und Nationalismus

  (Einzelpreis DM/SFR 5,– + Porto

* **Politisierung des Islam (Nr. 147) 2/1988**
  (Einzelpreis DM/SFR 5,– + Porto)

* **Intifada in Palästina (Nr. 150) 6/1988**
  (Einzelpreis DM/SFR 5,– + Porto)

...und in Vorbereitung:

Neue Weltordnung und der arabische Raum
erscheint Mitte März 1991 (Nr. 172)
(Einzelpreis DM/SFR 6,– + Porto)

Alles zusammen für DM/SFR 20,– incl. Porto
bitte Vorauskasse (Scheck)

Bezug: iz3w, Postfach 5328, 7800 Freiburg i. Br.

Schwarzer Faden

Vierteljahresschrift für Lust und Freiheit
Nr.1/91
(laufende Nr.37) enthält:

★

Ich will Euch vom Westen erzählen
von Alexander Zinovjev

★

Was bedeutet anarchistisches Politikverständnis?
von Michael Wilk

★

GATT – Gattastrophe
von Andi Ries

★

Nationalismus und Befreiung Die Kurdenfrage
von Ronald Ofteringer

★

AIDS – der größte medizinische Irrtum?
von Rainer Kaune

★

Das Unglaubliche – Rassismus der Nazis
von Jens Bjørneboe

★

Texte und Kadaver – Elend der Gegenöffentlichkeit
von Jörg Auberg

Außerdem: 500 Jahre Kolonisation, Interview mit Alain Finkielkraut zum Rassismus, Der Faschismus von Vichy ans Licht, Nationalismus-Diskussion, Der schleichende Verlust der Utopie, Nachruf auf Rudolf Michaelis, Free the Murrays, Kein Soldat für Öl, Rez. Stalins Agent, Rez. Operacion Principe, Aktion: Mittwochs frei! u.a. 72S.

Einzelnummer 6.-
Sondernummer Feminismus 6.-
Sondernummer Nr.0-12: 10.-
SF-ABO: 20.-

Red. Schwarzer Faden,
PF 1159,
7043 Grafenau-1
Tel. 07033–44273

Sonderausgabe zum Golf-Krieg

atom Express & Atommüllreisung

atom

Das Golf Inferno

Weltkrieg für die »Wohltaten der Freiheit«

Aus dem Inhalt

★ **Chronik eines angekündigten Krieges:** Zur Geschichte des Golf-Konfliktes

★ **Zwischen den Fronten:** Kurdische und palästinensische Befreiungsbewegungen

★ **Husseins Diktatur:** Fakten und Interviews mit linken Oppositionellen

★ **Jonny reitet wieder:** Die USA und ihre „neue Weltordnung"

★ **Germans to the Front:** BRD: Vom „Pappsoldaten" zum Weltpolizisten

★ **Das verheimlichte Inferno:** Bomben gegen Zivilisten, auf AKW's und Chemiefabriken

★ **Zur Diskussion:** Friedensbewegung: Kopflos? Antiamerikanisch? Antisemitisch?

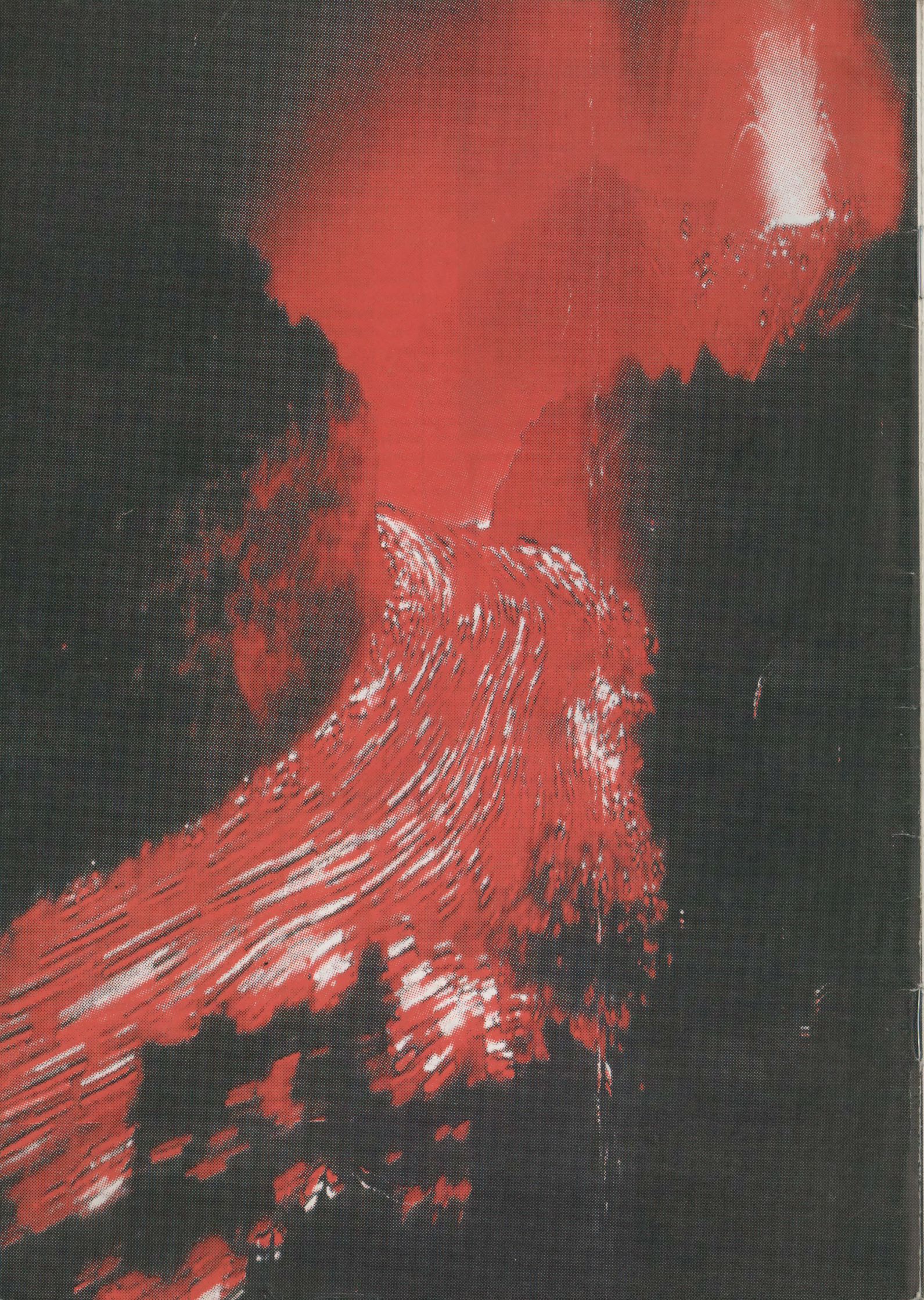
Preis: DM 5,– (für Wiederverkäufer: 3,50 DM, ab 5 Ex.)

Bestelladresse:
atom, Postfach 1109
2120 Lüneburg
(Bei Einzelbestellungen nur gegen Vorauskasse plus 1,– Porto)

Hinweis für unsere Anzeigenkunden:
Wir können nur abdrucken, was wir haben...
Für die nächste Nummer die Vorlagen wieder nach Berlin (bis Anfang Juni!)

März/April 1991

Türkei Information

Einzelheft 3 DM Abo–jährlich 25DM
Postfach 910843, 3 Hannover 91
Tel.: 0511/318654 Fax: 318652
S. Hasselbring 'Sonderkonto'
Postgiroamt Hannover,
Kto.: 569725304 BLZ: 25010030

"PAX AMERICANA"
IM MITTLEREN OSTEN
UND DIE TÜRKEI
+
Einige Aspekte zur Rolle der BRD im Golfkrieg
+
Der Golf – Versuchsfeld der Kriege von Morgen
von **Michael Klare**
+
ENDE DES STREIKS
IN ZONGULDAK
*
Der Druck auf die Frauen wird feiner
+
Prozeß wegen Benutzung der kurdischen Sprache
+
Bilanz der Menschenrechte 1990
+
Auch Kinder wollen sie hängen